Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 12 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Freitag, 17. Juni 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 140**

Neue Teuerungswelle in Sicht!

Kartoffeln, Kohlen, Brot, Fleisch, Mieten und Porto sollen noch teurer werden — Zollwucheroffensive des Bürgerblocks

Heraus zur Abwehr! Fort mit der Hungerregierung!

Der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags war am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr zusammengetreten, um über die etwaige Verlängerung des vorläufigen Zolltarifs zu verhandeln. Wie verlautet, soll eine Zollerhöhung in folgenden drei Fällen vorgenommen werden:

Erstens ist eine Erhöhung des Weizenzolls, d. h. des autonomen Zollsatzes um 50 Pfg. auf 5,50 Mk. vorgesehen.

Zweitens soll der Vertragszoll für Kartoffeln um 100 Prozent, von 50 Pfg. auf eine Mark, und der autonome Kartoffelzoll auf 1,50 Mk. festgesetzt werden. Die Agrarier hatten sogar eine Erhöhung von 2 Mk. gefordert!

Drittens sollen die Fleischzölle, die bisher 21 Mk. betrugen, auf 32 Mk. erhöht werden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese neuen Erhöhungen noch vor dem 1. Oktober 1927 in Kraft treten.

Kohlenwucheroffensive

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 17. Juni.**

Der Reichskohlenrat hat dem Antrag der Braunkohlenkapitalisten auf Erhöhung der Brikettpreise teilweise stattgegeben. Zu dem bereits festgesetzten Jahrespreise tritt für die Monate Januar bis Oktober und März ein Zuschlag von 1 Mark und für die Zeit von November bis Februar ein solcher von 2 Mk. hinzu. Begründet wird diese Preiserhöhung für Braunkohlenbriketts, genau wie die erforderte Erhöhung der Steinkohle mit der angeblichen Verteuerung der Selbstkosten durch — Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Bezeichnend ist, daß diesem Kompromißvorschlag, der die Wünsche der Braunkohlenkapitalisten nicht voll befriedigt, diese nur teilweise zugestimmt haben.

Portoerhöhung gegen Reichstagsbeschluß

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 17. Juni.

Die Postgebührenerhöhung soll trotz des entgegenstehenden Beschlusses des Reichstags durchgeführt werden. Der Postminister Schätzle hat sich von dem Reichsbannerkameraden Marx ausdrücklich ermächtigen lassen, daß er sich um den Reichstagsbeschluß nicht zu kümmern braucht.

*

Wirklich, der Sieg des Bürgerblocks fängt immer mehr an, sich „segensreich" für die breiten Massen der Bevölkerung auszuwirken! Von den tausend Versprechungen, die die Deutschnationalen in den letzten Wahlbewegungen besonders den kleinen Leuten gemacht haben, ist nichts anderes geblieben, als ein elender Raubzug des Kriegstreibergesindels auf die mageren Geldbeutel und dürftig gefüllten Brotschränke des kleinen Mannes sowohl wie der Arbeiterschaft.

Die Kohlenpreise sollen in die Höhe getrieben, Weizen, Kartoffeln und Fleisch neu bewuchert werden! Besonders die letzten geplanten Zollerhöhungen zeigen uns, daß wir es hier mit Wucherplänen der Deutschnationalen und der Großagrarier zu tun haben. Wie es heißt, soll sich Zentrum und Volkspartei diesen Plänen widersetzen. Denn tatsächlich scheint es ja so zu sein, daß die Industrie kein unmittelbares Interesse an teuren Lebensmitteln haben kann, weil diese über kurz oder lang die Arbeiterklasse doch zu energischen Kämpfen um die Lohnerhöhung bringen wird.

Trotzdem glauben wir, daß die Agrarier im Bürgerblock den Sieg davontragen werden! Sie bewilligen ja den Industriellen die Kohlenerhöhung und verlangen eben als Kuhhandelsobjekt die Erhöhung des Brotes, der Kartoffeln und des Fleisches. Wir sehen also, wie innerhalb des Bürgerblockes ein niederträchtiger Handel um das Fell der Werktätigen getrieben wird.

Der Einfluß der Agrarier im Bürgerblock ist so stark, daß er die jetzige Regierung zwingt, den von Stresemann erst am Donnerstag gefeierten Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz ins Gesicht zu schlagen. Denn dort wandte man sich gegen die „künstlichen Zollschranken und Hindernisse", die besonders „dem Handel Schwierigkeiten" auferlegten. Trotzdem also Stresemann diese Beschlüsse in den Himmel hebt, ist seine Regierung dabei, das Gegenteil zu verwirklichen. Diese Differenzen im Lager des Bürgerblocks würden uns nicht interessieren, wenn sie nicht allgemeine Preiserhöhungen und Zollwünsche, besonders auch der Industrie, im Gefolge haben würden.

Die Arbeiterschaft hat für alles die Kosten zu tragen. Darum muß sie sich jetzt endlich auf ihre Kraft besinnen und in geschlossener Front aufmarschieren gegen die Wucher- und Kriegspolitik des Bürgerblocks. Wenn es dem Bürgerblock gelingt, trotz unserer Abwehr bei dem jetzigen parlamentarischen Kräfteverhältnis seine Forderungen durchzudrücken, dann muß die Arbeiterschaft sie beantworten mit dem energischsten Kampf um die Erhöhung der Löhne. Es handelt sich ja nicht nur um Weizen, Kartoffel, Fleisch und Kohle, auch Mieten und Porto sollen erhöht werden! Und diesen Erhöhungen wird eine Erhöhung nach der anderen auf dem Fuße folgen. Das muß dem letzten Arbeiter eingehämmert werden, und das muß ihn veranlassen, für die Schließung der wirtschaftlichen Kampffront der breiten Massen genau so sein letztes einzusetzen, wie für die Schließung der Front gegen die Kriegstreiber.

Diese Hungerblockade des Bürgerblocks hat das werktätige Volk in geschlossener Front mit dem Kampf um die Losungen zu beantworten:

Fort mit der Hungerregierung des Bürgerblocks!
Fort mit den imperialistischen Wucherzöllen!
Her mit der Regierung der Arbeiter und Bauern!
Her mit dem Sozialismus!

Zum Warschauer Schandurteil

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 17. Juni.**

Zu dem milden Urteil gegen den Mörder Kowerda berichtet das „Berliner Tageblatt" aus Moskau durch seinen dortigen Berichterstatter, daß die milde Bestrafung des Mörders Kowerda in Moskau einen „äußerst peinlichen, um nicht zu sagen bedenklichen Eindruck" machte.

Im Gegensatz zu dieser Moskauer Mitteilung läßt sich das „Berliner Tageblatt" aus Warschau berichten, daß in den dortigen politischen Kreisen das Urteil gegen den Attentäter als zu hart empfunden wird. Man ist fest überzeugt, daß der Staatsanwalt, entsprechend dem Antrage des Gerichts, die lebenslängliche Gefängnisstrafe in eine 15jährige umwandeln wird. Aber auch dieses Strafmaß erscheint der polnischen Bourgeoisie zu hoch. Diese Auffassung mag selbst das „Berliner Tageblatt" nicht teilen.

Der „Berliner Lokanzeiger" meldet aus Warschau zum Warschauer Zuchthausurteil gegen den Mörder Kowerda: „Es ist wohl anzunehmen, daß das Urteil die Regierung Moskaus durchaus nicht befriedigen wird. . . . Warschau wird sich aber, wie ich versichern kann, nicht einschüchtern lassen.

Keine völlige Einigung in Genf

Chamberlains Antisowjetfront hat noch Lücken — Briands erwünschte Krankheit
Frankreich bestreitet Deutschland den englischen Judaslohn

(Eig. Meldung.) **Berlin,** 17. Juni.

Ebenso überraschend wie gestern Stresemanns Kapitulation auf die englischen Versprechungen hin erfolgte geschah gestern der Abbruch der Genfer Konferenz, da augenscheinlich die Vertreter Frankreichs nicht gewillt waren, aus ihrer Tasche für England den von den Deutschen geforderten Preis zu zahlen. Briand hat die Konferenz, ohne noch einmal mit den anderen Delegierten zu sprechen, verlassen und ist nach Paris zurückgekehrt, angeblich, weil er ein „entzündetes Auge" bekommen hat und verhandlungsunfähig geworden ist. In Wirklichkeit zeigen aber die französischen Pressekommentare, soweit sie bis jetzt vorliegen, daß der Grund seiner Abreise derfranzösische Widerstand war, weil Frankreich die englischen Vereinigungsbestrebungen gegen die Sowjetunion fast allein aus seiner Tasche bezahlen sollte.

Die deutsche Abendpresse nimmt denn auch in fetten Schlagzeilen ganz offen zu dem für sie enttäuschenden Ergebnis der Konferenz Stellung. Das „Berliner Tageblatt" schreibt: **„Die Genfer Konferenz ohne Ergebnis,** das Ergebnis der dreitägigen Besprechung ist sehr gering, positive Resultate sind bisher nicht erzielt. Ob man in Genf überhaupt noch zu praktischen Entscheidungen gelangt, ist höchst ungewiß. An dieser Bilanz kann all das, was man in das Kommuniqué hineinzugeheimnissen versucht hat, nichts ändern." Und an einer anderen Stelle des Telegramms wird ausgeplaudert, daß bei der gemeinsamen Abfassung des Kommuniques lebhafte Auseinandersetzungen entstanden und lange Zeit zur Abfassung gebraucht wurde: „Da von einer Seite selbst dieser dürftige Inhalt des Kommuniques immer noch als zu weitgehend bezeichnet wurde." (Als diese „Seite" ist unschwer Briand zu erkennen.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Dr. Stresemann hat Briand vor seiner Abreise nicht mehr sehen können. Diese Tatsache wird höchstes Aufsehen erregen. Wir sind nicht geneigt, sie ohne weiteres politisch auszubeuten, aber es ist rein sachlich eine ernste Situation entstanden und die Stunde erfordert einige schwerwiegende Feststellungen. Die Krankheit des französischen Außenministers ... ist tatsächlich vorhanden, wenn sie ihm auch politisch recht gelegen kam... Ohne falsche Sentimentalität werden wir in kurzer Frist sofort nach Genf die Frage prüfen müssen, ob es mit Frankreich überhaupt noch andere Möglichkeiten des Weiterkommens gibt, ob die in der Regierung der Konzentration tatsächlich führenden mächtigen Kräfte (gemeint ist Poincaré) das von Briand begonnene Werk zu übernehmen und fortzusetzen. Heraus aus den Halbheiten und Unwahrhaftigkeiten. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich kann nicht mehr so bleiben, wie es ist. Es muß viel besser oder viel schlechter werden."

In dem Artikel wird dann in ähnlichem Tone aufgeregt über die nur „prinzipiellen" Zugeständnisse Frankreichs in der Räumungsfrage geredet, mit denen man verteufelt wenig praktisch anfangen könne. Und der Artikel schließt: „Mit kühnen Erwartungen und Hoffnungen ist wohl aus Deutschland niemand zu dieser Tagung des Völkerbundsrates gekommen. Aber daß das Ergebnis so dürftig sein würde, ist doch nichts weniger als selbstverständlich. Ueber alle Einzelheiten der diplomatischen Bureaukratie... erhebt sich in ihrer ganzen Bedeutung die Frage nach dem zukünftigen deutsch-französischen Verhältnis. Herr Poincaré hat den Schlüssel für die Zukunft Deutschlands in der Hand." Noch schärfer schreibt naturgemäß die deutschnationale Presse. Sie tobt über den völligen Mißerfolg in Genf, über die Komödie, die an Lächerlichkeit nicht überboten werden kann usw.

*

Diese neue überraschende Wendung in Genf darf die Arbeiter nicht dazu verleiten, etwa die Kriegsgefahr als beseitigt anzusehen. Es ist diesmal dem englischen Imperialismus, weil er für seine Politik nicht die Opfer bringen wollte, nur gelungen, die deutschen Vertreter für sich zu gewinnen. Stresemann hat gezeigt, daß er bereit sei, mit den englischen Verbrechern durch dick und dünn zu gehen. Wenn jetzt ein Rückschlag eintritt, so ist es nur darauf zurückzuführen, daß durch die Haltung Frankreichs die Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie noch einmal zunichte wurden. So z. B. muß bewertet werden, daß die Reichsregierung schon heute eine Besprechung mit Tschitscherin vor seiner Abreise nach Rußland hatte. Aber es wäre ganz falsch, daraus den Schluß zu ziehen, was vermutlich die Sozialdemokratie tun wird, daß jetzt alles auf dem besten Wege zur Verständigung ist. Der Genfer Mißerfolg, der Kriegstreiber von heute, kann morgen — und dies beweist immer wieder die Haltung Stresemanns — zu dem Ergebnis führen, das diesmal noch nicht erreicht wurde.

Trotz dieses Mißerfolges hält man es nach der „DAZ." „für möglich, daß die Mächte sich darauf einigen werden, daß Dr. Stresemann in freundschaftlicher Weise Tschitscherin die Mitteilung zukommen läßt, daß die Aktivitäten der 3. Internationale dem Prestige Sowjet-Rußlands Abbruch tun."

Diese Auffassung der „DAZ." wird bestätigt durch den Pariser Korrespondenten des „Berliner Tageblatts" in folgendem: „Alle Mächte seien darüber einig, daß eine jede Regierung sich innerhalb der Grenzen ihres Landes gegen die bolschewistische Propaganda schützen müsse, aber die Methoden blieben dem Ermessen der einzelnen Regierungen überlassen."

Wenn auch England nicht in Genf den erwünschten Erfolg herbeizuführen vermochte, wird ein verschärftes Vorgehen gegen die revolutionäre und klassenbewußte Arbeiterschaft sowie ihre Organisationen in allen kapitalistischen Ländern und nicht zuletzt auch in Deutschland im Interesse der englischen Politik gegen die Sowjetunion liegen. Eine solche Auswirkung nach der Genfer Tagung kann von England als ein Erfolg der Genfer Zusammenkunft betrachtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0001

Woroschilow über den Krieg

Rede des Volkskommissars für das Kriegswesen, Genossen Woroschilow, in einer öffentlichen Arbeiterversammlung am 9. Juni 1927

Vor einigen Monaten wies Genosse Bucharin darauf hin, daß die Sowjetunion infolge verschiedener, von unserem Willen unabhängiger Ursachen schweren Zeiten entgegengehe. Später habe auch ich in verschiedenen Reden diese Tatsache hervorgehoben und gesagt, daß man uns, trotz aller unserer Anstrengungen, trotz der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetregierung, einen Krieg aufzwingen will.

Die jüngsten Ereignisse haben die Richtigkeit der Analyse des Genossen Bucharin voll und ganz bestätigt. Bereits einige Wochen darauf erhielten wir die Note Chamberlains und bald folgten die allbekannten Ereignisse. Unser Land geht jetzt einer neuen schweren Periode entgegen und es ist unsere Pflicht, uns für diese neuen Prüfungen in vollstem Ernste vorzubereiten.

Man begegnet immer noch der Ansicht, daß es uns gelingen werde, so zu manövrieren, daß wir einen Zusammenstoß mit dem Feinde vermeiden können. Zum Teil ist das natürlich richtig. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit besteht darin, daß wir jetzt in eine solche Periode der Geschichte eintreten, in der unsere Klassenfeinde uns unvermeidlich einen Krieg aufzwingen werden.

Die Feindseligkeit der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetunion wächst.

Wie war unsere internationale Lage bisher? Die Mehrzahl der Länder treibt mit uns Handel, die Mehrzahl der Länder erkennt uns an, zugleich sagt uns aber die kapitalistische Welt durch die Reden einzelner Politiker, durch die Reden der Vertreter des reaktionärsten Teiles der Bourgeoisie, daß sie die Existenz der Sowjetunion bloß als eine Episode betrachte, die liquidiert werden müsse. Die Bourgeoisie der ganzen Welt hat den einzigen Traum, daß wir früher oder später vernichtet werden. Nicht nur England, sondern die ganze kapitalistische Welt glaubt, daß wir, daß unser Staat, der eine ganz neue soziale Struktur hat, der den Sozialismus aufbaut, kein Existenzrecht hat und von der Szene verschwinden muß. In einer solchen Lage befanden wir uns seit zehn Jahren, seitdem die Sowjetmacht besteht.

Zeitweise wurde die Spannung gemildert, zeitweise verschärft. Jetzt erleben wir eine scharfe Zuspitzung dieser Lage. Können wir nach all dem eine neue Periode erwarten, in der sich die Feindseligkeit der kapitalistischen Welt gegen uns mildern wird?

Ich glaube, auf diese Frage mit Nein antworten zu müssen.

Es ist kein Zufall, daß im englischen Parlament die gesamte Bourgeoisie den von den Konservativen beantragten Abbruch der Beziehungen mit uns unterstützt hat, obwohl die englische Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit nicht im geringsten an einem Abbruch der diplomatischen und ökonomischen Beziehungen interessiert ist. Und wenn die Bourgeoisie trotzdem den Bruch unterstützt hat, so spricht das dafür, daß wir nicht berechtigt sind, auf einen neuen Frühling der gutnachbarlichen Beziehungen zu hoffen, sondern uns auf das Schlimmste vorbereiten müssen. Die verhältnismäßig ruhige Periode unserer Existenz ist unzweifelhaft vorüber.

England allen voran!

Die erste Geige spielt und wird bei dem Angriff gegen uns die englische Bourgeoisie spielen. Sie hat gerade deshalb die diplomatischen Beziehungen mit uns abgebrochen, um freie Hand zu haben. Die britische Regierung ist mit allen Kräften bestrebt, uns in einen Krieg hineinzuziehen. Schon der Ueberfall auf unsere Vertretung in Peking, der ohne Zweifel auf die Weisung englischer Regierungskreise vollzogen wurde, verfolgte das erwähnte Ziel. Die englischen Kapitalisten dachten, daß wir auf diesen Köder anbeißen werden. Sie rechneten damit, daß wir auf die Beleidigung und Mißhandlung der Angestellten unserer offiziellen Stellen in China mit aktiven Handlungen antworten werden. Sie dachten vor allem, daß wir gegen Tschangsolin, der den Ueberfall auf unsere Pekinger Botschaft unmittelbar verübt hat, bewaffnet vorgehen würden. Die englischen Kapitalisten wollten drei Fliegen auf einen Schlag treffen: Indem sie uns zu einem Kriege im Osten provozieren wollten, hofften sie, uns vor den Werktätigen Chinas zu kompromittieren. Sie erhofften davon zugleich unsere wirtschaftliche Schwächung und endlich einen herabgeminderten Schutz unserer Westgrenzen, was ihnen erleichtert hätte, unsere Nachbarn auf die Ukraine und Weißrußland zu hetzen.

Unsere Regierung hat aber diese nicht allzu schlauen Pläne des englischen Kapitalismus rechtzeitig und leicht durchblickt. Wir ließen uns nicht provozieren und bewahrten in diesem schweren Augenblick volle Ruhe und kaltes Blut. Nach dem Mißlingen des Ueberfalls auf die Pekinger Vertretung kam der Ueberfall auf unsere Handelsvertretung und die Arcos in London. Dieser Ueberfall verfolgte das Ziel, irgendwelche Dokumente zu finden, die unsere Angestellten kompromittiert hätten und als Material, das uns einer antibritischen Propaganda beschuldigt, hätten benützt werden können. Solche Dokumente wurden nicht gefunden, und der englischen Regierung blieb nichts übrig, als ohne konkrete Beweise zu erklären, daß für einen Abbruch der Beziehungen mit uns genügend Grund vorliege.

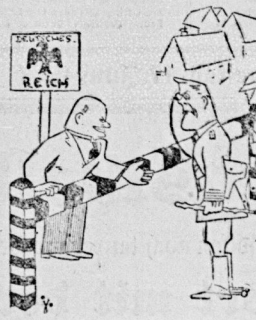
Die weiteren Handlungen der englischen Bourgeoisie sind allen bekannt. Sie werden sowohl in der Note des Genossen Litwinow an Polen, als auch in der in den Zeitungen veröffentlichten Regierungskundgebung gekennzeichnet. Wir klagen die englische Bourgeoisie ganz unzweideutig nicht nur der Schuld an der Organisierung des Gesandtenmordes in Warschau an, sondern auch dessen, daß der englische Geheimdienst innerhalb unseres Landes Brandstifter, Banditen und Mörder organisiert und unterstützt. In der Regierungskundgebung wurde nur ein Teil jener Beweise veröffentlicht, über die wir verfügen. Aber auch dieser Teil genügt, um auf die gesteigerte Arbeit unserer Feinde hinzuweisen, die unverhüllt von englischen offiziellen Organen geleitet wird. Wir wußten sehr gut, daß die proletarische Welt und die kapitalistische Welt, daß diese zwei Welten nicht lange friedlich nebeneinander bestehen können. Aber indem wir uns dieser Binsenwahrheit bewußt waren, lavierten wir, um die friedliche Atempause möglichst lange zu erhalten. Die englische Bourgeoisie bekämpfte uns erbittert seit den ersten Tagen des Bestehens Sowjet-Rußlands. Zuerst durch bewaffnete Intervention, sodann durch Unterstützung Kolschaks und Denikins mit Geld und Waffen. Diese beiden Trümpfe haben wir England aus der Hand geschlagen.

Von 1921 bis 1924 hoffte die Bourgeoisie, wir würden, wenn es schon möglich war, uns mit Waffengewalt zu stürzen, vielleicht selbst in unseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten ersticken. Bald hat sich jedoch die Bourgeoisie davon überzeugt, daß auch dies nur ein frommer Wunsch gewesen ist. Die Wirtschaft der Sowjetunion wuchs und erstarkte. Daraufhin begann man augenscheinlich wieder zu den alten Kampfmethoden zurückzukehren. Während der letzten Jahre rüstete England in rasendem Tempo gegen uns, in Polen wie in Estland, in Rumänien wie in Lettland. Diese Vorbereitungen brachten gewisse Früchte in der Gestalt einer bedeutenden Steigerung der militärischen Kräfte Rumäniens und besonders Polens. Und wenn es trotz alledem England auch heute noch nicht gelingt, diese Länder in den Kampf gegen uns zu treiben, so liegt das nicht am Mangel eines „guten" Willens seitens Englands, sondern an den politischen Widersprüchen, die das Zustandekommen einer Einheitsfront gegen uns verhindern.

Dem Abbruch der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion hätte logischerweise als nächster Schritt ein militärischer Angriff gegen uns folgen müssen. Wenn dies nicht der Fall war, so nur deshalb, weil sich die englische Bourgeoisie offensichtlich verrechnet hat.

Aus all dem geht hervor, daß England mit dem Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion sein Ziel, das in der unmittelbaren Eröffnung kriegerischer Handlungen gegen uns besteht, nicht erreicht hat. England ist nicht genügend stark und wird heute oder morgen auch schwerlich genügend stark sein, um einen Krieg gegen uns zu organisieren. Wenn aber ein Krieg in der allernächsten Zeit auch wenig wahrscheinlich ist, so muß in einer Perspektive von ein bis zwei Jahren mit einem Krieg gerechnet werden. Wenn es auch der englischen Bourgeoisie jetzt nicht gelungen ist, uns in einen Krieg hineinzuziehen, so wird sie sich dadurch nicht entmutigen lassen. Die englischen Imperialisten haben allzu viel Gründe, um den Sturz der Sowjetunion leidenschaftlich zu wünschen. Sie haben nach der Oktoberrevolution sehr große Kapitalien verloren, die in englischen Unternehmungen in Rußland angelegt waren, und in letzter Zeit haben sie sehr große Verluste in China erlitten. Die Entfaltung der chinesischen Revolution erschütterte die Macht Englands auch in Indien, dieser Hauptbasis des englischen Imperialismus.

All dies drängt England zu aktivem, energischem Vorgehen gegen uns. Es handelt sich hier natürlich nicht darum, daß wir damit beschäftigt wären, in China Revolutionen zu „machen" und gegen die englische Regierung Ränke zu schmieden. Es handelt sich darum, daß sich jede Revolution, jede revolutionäre Bewegung unvermeidlich mit uns solidarisiert. Anders kann es auch nicht sein, da wir, das Land der proletarischen Diktatur, das einzige Land sind, das als erstes in der Welt eine sozialistische Wirtschaft aufbaut und der ganzen Menschheit Freiheit bringt. Gerade deshalb hassen uns so sehr die Kapitalisten der ganzen Welt, insbesondere aber die englische Bourgeoisie, die ihre Klasseninteressen am klarsten erkannt hat.



Der Durchmarsch perfekt, wenn — — —

Wenn ich auch für meine Person der Ansicht bin, daß ein Krieg in diesem Jahre wenig wahrscheinlich ist, die Ereignisse entwickeln sich doch so rasch, daß wir nicht mit Bestimmtheit voraussagen können, was uns in der nächsten Zukunft erwartet.

Wird es England gelingen, eine Einheitsfront gegen uns zustande zu bringen?

Es ist begreiflich, daß England allein gegen uns nicht kämpfen kann. Es verfügt wohl über die mächtigste Flotte der Welt, es verfügt aber nicht über entsprechende Landkräfte, die bei Landungsoperationen irgendwelche ernste Bedeutung in einem Kampfe gegen uns haben könnte. Es erübrigt sich, zu erwähnen, daß die Banditenüberfälle, Bombenattentate usw., wie sie in Leningrad gemacht wurden, zu keinen merkbaren Resultaten führen können. Zu einer wirklichen Hineinziehung unseres Landes in einen Krieg, zu einem Angriff gegen uns sind andere Mittel notwendig. Eine ernste Tatsache wäre es nur, wenn es England gelänge, eine, wenn nicht militärische, so wenigstens ökonomische einheitliche Angriffsfront aller kapitalistischer Staaten gegen uns einzurichten. England versucht es auch. Die Hoffnung darauf, daß wir noch kein Industrieland sind, und, daß uns eine ökonomische Blockade große wirtschaftliche Schwierigkeiten bereiten kann, schafft die Voraussetzung für einen erfolgreichen militärischen Angriff gegen uns.

Ich glaube nicht, daß England eine solche Einheitsfront gegen uns zustande bringen wird. Die Interessen der einzelnen kapitalistischen Länder sind allzu widerspruchsvoll. Das zeigte schon der jüngste Schritt der englischen Imperialisten, der Abbruch der Beziehungen mit unserer Union. Unmittelbar nach diesem Abbruch erhielten wir zahlreiche Anträge von kapitalistischen Gruppen anderer Länder, die uns Kredite zu nicht ungünstigeren Bedingungen, wie wir sie von England bekamen, angeboten haben. Andererseits müssen die kapitalistischen Staaten auch mit ihrer inneren Lage, mit der Stimmung der Arbeitermassen rechnen, und in einzelnen Ländern auch damit, daß die Einstellung des Handels mit der Sowjetunion unvermeidlich schwere Folgen für die Wirtschaft ihrer eigenen Länder haben wird.

Allenfalls müssen wir auch auf das Schlimmste gefaßt sein. Und das Schlimmste besteht darin, daß die englische Bourgeoisie mit allen Kräften eine Einheitsfront, einen militärischen Angriff gegen uns vorbereiten wird.

Die Rote Armee, die Arbeiter- und Bauernmassen sind zur Abwehr bereit!

In welcher Lage befinden wir uns? Ich habe erst vor kurzem den ganzen ukrainischen Militärkreis besichtigt, ich besuchte die Schwarze-Meer-Flotte, das Donez-Becken, ich hatte Gelegenheit, die Stimmung der Arbeiter- und Bauernmassen zu beobachten. Ich muß sagen, daß — abgesehen von der Roten Armee, die schon naturgemäß immer bereit sein muß — auch die Arbeiter- und Bauernmassen in jedem Augenblick bereit sind, das sozialistische Vaterland mit jedem Blutstropfen zu verteidigen.

Heute genügt das aber nicht mehr. Wohl kann man uns heute mit einem unmittelbaren militärischen Angriff nicht mehr besiegen. Unsere Armee ist in einem Zustande, daß sie mit Erfolg jeden Angriff des Feindes abwehren kann. Aber um zur Abwehr wirklich gerüstet zu sein, müssen wir unser Hinterland vorbereiten. Wir müssen die Verteidigung unserer Sowjetrepublik so vorbereiten, daß das Wirtschaftsleben des Landes auch im Falle von Kriegsoperationen in normalen Bahnen verlaufen kann.

Es ist selbstverständlich, daß wir gegen den Krieg sind. Wir bauen unsere Wirtschaft auf, und unser sozialistischer Aufbau entwickelt sich in einem solchen Tempo, daß wir in fünf bis zehn Jahren einen Wirtschaftsorganismus haben werden, der so festgefügt ist, daß er durch nichts erschüttert werden kann. Heute kann uns noch ein Krieg, wenn wir uns nicht in der notwendigen Weise vorbereiten, große wirtschaftliche Schwierigkeiten bereiten.

Das einzige Mittel zur Vermeidung dieser Gefahren ist die Verzehnfachung unserer Anstrengungen in der gesamten Wirtschaftsarbeit. Das sind nicht leere Worte. Wenn jetzt wirklich ein Krieg ausbricht, dann werden wir das ohnehin tun müssen, ob wir wollen oder nicht. Wenn wir es aber nicht sofort tun, dann können wir in eine Lage geraten, in der uns ein Krieg alles kosten kann, was wir in der Periode der friedlichen Atempause erreicht haben. Wir müssen schon jetzt alles ganz genau berechnen, wir müssen im Falle eines Krieges genau wissen, welche Produktionszweige eingeschränkt, welche erweitert werden sollen, wie wir mit den Arbeitskräften disponieren müssen, damit unser Wirtschaftsapparat seine Arbeit ohne Unterbrechung fortsetzen kann.

Die zweite Aufgabe ist: auf der Hut zu sein, und zwar viel mehr als bisher. Unsere Feinde stiften Brand, werfen Bomben und dergleichen. All dies erfordert, daß jeder Arbeiter besonders aufmerksam alles beobachtet, was um ihn her vor sich geht, daß er als Mitglied der herrschenden Klasse in der Sowjetunion sein eigenes Gut mit wachsamen Augen behütet. Es muß eine solche Atmosphäre geschaffen werden, daß sich kein Verräter in unsere Reihen einschleichen, daß kein Verräter uns irgendeinen Schaden zufügen kann.

Wachsamkeit und angestrengte Arbeit, darin müssen unsere Vorbereitungen zum Kriege zu einer Selbstverteidigung gegen einen Angriff bestehen.

Der bürgerliche Presseschwindel entlarvt

Kein Ausnahmezustand in der Sowjetunion

(WTB.) Moskau, 16. Juni.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion ist ermächtigt, die von der Auslandspresse wiederholt verbreitete Meldung über die Verhängung des Kriegszustandes über Moskau und Leningrad, über Mobilmachung in der Ukraine und angebliche Massenexpressalien in verschiedenen Städten der Sowjetunion als Erfindung zu bezeichnen und aufs entschiedenste zu dementieren. Jeder Grundlage entbehren insbesondere die Meldungen von der Erschießung weiterer 28 ehemaliger Offiziere in Moskau, sowie von Massenerschießungen in Wladiwostok, Tscheljabinsk, Tiflis, Charkow und anderen Städten. Das normale Leben sei nirgends gestört und keinerlei Maßnahmen in Abänderung der Einreise- und Ausreiseordnung der Sowjetunion seien getroffen. Eine Massenausreise von Ausländern sei keineswegs zu verzeichnen.

*

Diese offizielle Meldung eines bürgerlichen Telegraphendienstes enthüllt die Sensationsmeldungen der bürgerlichen Presse als glatten Schwindel. Auch die hallischen Zeitungen brüllten: „Sowjet-Rußland mobilisiert!" und brachten sensationelle Meldungen über Truppenzusammenziehungen und andere Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion. Mit diesen Schauermeldungen soll bewußt eine Stimmung gegen die Sowjetunion geschaffen werden. So helfen die bürgerlichen Zeitungen bei der Mobilmachung zum kommenden Krieg gegen die Sowjetunion. Denkende Arbeiter lassen sich nicht irreführen.

Scharfe Sprache gegen englische Spione

(Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.)

(WTB.) Moskau, 16. Juni.

Das Militärtribunal in Kronstadt verurteilte den ehemaligen Kommandanten eines der baltischen Flotte angehörenden Schiffes Klepikow wegen Spionage zugunsten Englands zum Tode, seine Frau wegen Beihilfe zu drei Jahren Gefängnis. Kl. versorgte einen in Finnland sich aufhaltenden Vertreter des englischen Geheimdienstes mit Geheimberichten über den Zustand der Kriegsstreitkräfte der Sowjetunion, besonders der Flotte. Kl. hat seine Spionagetätigkeit eingestanden.

Tschitscherins Kampf gegen die Antisowjetfront

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Juni.

Nach den bürgerlichen Pressemeldungen hat der Außenkommissar der Sowjetunion, Tschitscherin, heute Mittag dem Reichskanzler Marx einen Abschiedsbesuch abgestattet, um voraussichtlich morgen von Berlin nach Moskau zurückzukehren. Der Aufenthalt des russischen Außenministers ist in den letzten Tagen von der deutschen Regierung noch zu einer informatorischen Fühlungnahme benutzt worden, wobei unter anderem der ebenfalls in Berlin anwesende deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau dem Außenkommissar der Sowjetunion, Tschitscherin, über die Eindrücke der deutschen Delegation von den Genfer Beratungen über die großen europäischen Fragen, insbesondere die mit der Sowjetunion zusammenhängenden Pläne unterrichtete. Diese Informationen sind, wie regierungsseitig ausdrücklich betont wird, als ein freundschaftlicher Akt der deutschen Regierung aufzufassen.

Ein neuer Tschekaprozeß Niedners

(Eig. Meld.) Stuttgart, 16. Juni.

Am 17. Juni beginnt in Stuttgart der Prozeß gegen Baikhardt und Genossen, die angeklagt sind, im Jahre 1924 einen Kriminalbeamten erschossen zu haben. Herr Niedner ist mit seinem Senat nach Stuttgart übersiedelt, um dort gleichsam als Auftakt zu dem von ihm so sehnsüchtig für August erwarteten Prozeß gegen die Zentrale der KPD. wieder einmal einen Tscheka-Prozeß vom Stapel zu lassen.

Die Rechtssozialisten im Schlepptau der Bürgerlichen

(Eig. Meldg.) Dresden, 16. Juni.

Wie der „Vorwärts" berichtet, wurde in der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages sowohl der sozialdemokratische Mißtrauensantrag, wie der kommunistische Auflösungsantrag mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Für Annahme stimmten die Sozialdemokraten und die kommunistischen Abgeordneten, sowie die beiden Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei. Gegen die Anträge sämtliche bürgerliche Parteien, einschließlich der deutschnationalen und der vier Abgeordneten der ASPS. Der Sprecher der Nationalsozialisten, Dittmann, begründete die Zustimmung seiner Partei zum Mißtrauensvotum mit dem Verbot des Witing durch die sächsische Regierung.

Drunter und drüber in der SAJ.

(Eig. Drahtm.) Güstrow, 17. Juni.

In der letzten Mitgliederversammlung der Güstrower Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat diese beschlossen, aus dem Verbande der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands auszutreten, da der Bezirksvorstand mehr als fünf Wochen lang alle Materialien sperrte, weil die Mitgliedschaft mit der die Arbeiterinteressen preisgebenden Politik der Verbandsführer nicht einverstanden war.

Der angebliche Erfinder einer Hartgeld- und Papiergeldzählmaschine ist als Schwindler entlarvt und auch festgenommen worden.

Wegen Unterschlagung von Mitgliederbeiträgen in Höhe von 10 000 Mk. wurde der Vorsitzende des Chemnitzer Vereins „zur Aufwertung rotgestempelter Tausendmarkscheine", Lehmann, verhaftet.

Vor Reichstagswahlen in Finnland. Demnächst finden in Finnland die Ritsdagswahlen statt. Es hat ein sehr heftiger Wahlkampf eingesetzt, der vorwiegend auf innerpolitischen Fragen beruht. Sämtliche Parteien haben bereits ihre Kandidatenlisten eingereicht. Die Kommunisten haben 230 Kandidaten aufgestellt, die Sozialdemokratie 161 und die Agrarier 129.

Zwei englische Fliegeroffiziere wurden bei einem Absturz in der Nähe von Standford getötet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0002

Schwere Wahlniederlage der irischen Regierung

(Eig. Meldung.) **London, 15. Juni.**

Die endgültigen Ziffern über die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Irland zeigen einen außerordentlich starken Rückgang der Regierungsparteien.

Von 57 Mandaten verliert die Regierung 12, während die republikanische Partei ebensoviel Mandate gewinnt. Die Arbeiterpartei gewinnt ebenfalls, und zwar 7 Mandate. Alle übrigen Parteien haben starke Verluste. Die radikalen Sinnfeiner, die früher über 14 Mandate verfügten, haben jetzt nur noch 5 Sitze. Die stärkste Oppositionspartei, die republikanische Partei de Valeras, hat mit 44 Sitzen die parlamentarische Stärke der Partei des Präsidenten Cosgrave erreicht.

Die Hauptwahlparole für alle Parteien war die irische Verfassung, die die Annahme des englisch-irischen Vertrages und des Treueides auf den König von England forderte. Die republikanische Opposition unter Führung de Valeras lehnt den englisch-irischen Vertrag ab und fordert die nationale Unabhängigkeit Irlands. Bisher hat die republikanische Partei ihre Mandate im Parlament nicht ausgenützt. Trotz der entschiedenen Niederlage der Regierung Cosgrave, die zugleich eine Niederlage der Baldwin-Regierung ist, ist ein wesentlicher politischer Umschwung in Irland nach den Wahlen nicht zu erwarten. Selbst wenn die Republikaner jetzt ins Parlament einziehen, werden die bürgerlichen Splitterparteien sich mit der Regierungspartei zu einem Block zusammenschließen, der der Opposition immer noch parlamentarisch überlegen ist.

Die schwere Niederlage des Präsidenten Cosgrave, die trotz des reaktionären Proportionalwahlsystems in einem katastrophalen Mandatsverlust zum Ausdruck kommt, zeigt die wachsenden Zerfallstendenzen, **die das britische Weltreich im Innern zu erschüttern drohen.**

Neue Schwierigkeiten für die französische Regierung

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Paris, daß die innerpolitische Situation in Frankreich dauernde Zuspitzungen erfährt. Neue Ereignisse in der französischen Kammer bedrohen die Existenz des Kabinetts Poincaré. Gestern entstand ein großer Krach in der Kammer über die widerholte Verschleppung der Debatte über eine Verordnung bezüglich der Verwaltungsreform.

Der Justizminister Barthou verlangte unter Stellung der Vertrauensfrage eine neue Vertagung der Diskussion. Es wäre zu einer **gefährlichen Situation für die Regierung** gekommen, wenn Poincaré nicht eingegriffen hätte. Das Leben oder Sterben des französischen Kabinetts hängt an einem Fädchen.

Genosse Doriot soll verhaftet werden!

Die „Vossische Zeitung" läßt sich aus Paris melden:

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer gab der Justizminister Barthou die Erklärung ab, daß der kommunistische Abgeordnete Doriot, dessen Rückkehr nach Paris von der „Humanité" für Anfang nächster Woche angekündigt wird, sofort nach seinem Eintreffen verhaftet werden soll.

*

Diese Verhaftung soll auf Grund eines Urteils erfolgen, das während der Parlamentsferien ausgesprochen wurde. Nach der Ansicht der französischen Regierung hat die parlamentarische Immunität während der Parlamentsferien keine Gültigkeit. Die Kommunisten haben heftig gegen diesen Skandal protestiert und haben der Regierung angekündigt, im Falle der unrechtmäßigen Verhaftung Doriots die Werktätigen in ganz Frankreich zu einem scharfen Kampfe gegen die Klassenjustiz der französischen Bourgeoisie aufzurufen.

Die Lehrerschaft will streiken

In Paris natürlich — in Deutschland schläft sie noch

(Eig. Drahtm.) **Paris, 17. Juni.**

Da die Lehrerschaft der höheren Schulen keine Aussicht auf Auszahlung der geforderten und dringend notwendigen Gehaltserhöhung hat, beschloß sie, bei den bevorstehenden Abiturienten-Examen zu streiken.

Mussolini mimt den starken Mann

(WTB.) **London, 17. Juni.**

„Daily Expreß" berichtet aus Brüssel: Nach dort auftauchenden Nachrichten soll die italienische Regierung beschlossen haben, die italienische Botschaft in Brüssel zeitweilig einem Geschäftsträger zu überlassen, um dem Mißfallen der italienischen Regierung über die Haltung Vanderveldes gegenüber Mussolini Ausdruck zu geben. Vandervelde hat, wie erinnerlich, an einer sozialistischen antifaschistischen Kundgebung am 1. Mai teilgenommen, auf der verschiedene Redner Mussolini angriffen.

Bei tschechischen Faschisten wurden 70 Maschinengewehre und eine große Menge Munition beschlagnahmt.

Prozeßkomödie gegen die Genossin Borodin

(ChNA.) **Schanghai, 15. Juni.**

Die Gerichtsverhandlung gegen die Gattin Borodins und drei sowjetrussische diplomatische Kuriere wurde Pressemeldungen zufolge auf den 17. Juni in Peking anberaumt. Zum Richter wurde das Mitglied des Peking-Tribunals Ho ernannt. Als Verteidiger werden der Vorsitzende des Pekinger Rechtsanwaltsverbandes Matacheng und zwei Brüder Kuotingpao auftreten. Der Oberste Gerichtshof lehnte es ab, den amerikanischen Rechtsanwalt Fox als Verteidiger zuzulassen. Fox wird als Vertreter der Angeklagten fungieren.

Reorganisation der Provinz Honan

(ChNA.) **Hankau, 15. Juni.**

Vor der Abreise der Kuomintangführer zur Konferenz nach Tschentschau veröffentlicht das Zentralkomitee der Kuomintang eine Mitteilung, worin gesagt wird, **daß das Zentralkomitee nachstehende Beschlüsse zur Lage in der Provinz Honan angenommen hat: Die Kuomintangorganisationen und Arbeiter-** und Bauernorganisationen der Provinz Honan zu reorganisieren, **sämtliche Truppen der Honan-Provinz dem General Schauliang — einem besonderen Delegierten, der vom Zentralkomitee der Kuomintang nach Honan entsandt wird — zu unterstellen, alle bewaffneten Streite zwischen Arbeiter- und Bauernverbänden einerseits und den Truppen andererseits einzustellen, widrigenfalls strenge Maßnahmen gemäß der revolutionären Disziplin zu treffen sind, und eine Sonderkommission zu ernennen zur Entscheidung der Frage über die Lage in Honan.**

Unruhen in Kanton?

(Eig. Meld.) **London, 16. Juni.**

Wie aus Kanton berichtet wird, kam es im Anschluß an Arbeiter-Demonstrationen zu Unruhen, wobei mehrere Personen verwundet und eine getötet wurden. Zwei Regimenter Fukien-Truppen sollen gemeutert haben und zu den Hankauer Truppenverbänden übergegangen sein.

Massenmeetings in Wuhan

(ChNA.) **Hankau, 15. Juni.**

In den letzten Tagen fanden in Wuhan gewaltige Meetings zu Ehren der Siege der Nationaltruppen in Honan statt. In den angenommenen Resolutionen wurden folgende Forderungen aufgestellt: Vormarsch auf Peking und Nanking zwecks Vereinigung des Landes und Zertrümmerung der Reaktionäre fortsetzen; weiter, Expedition gegen Tschangkaischek entsenden und energischen Protest einlegen gegen Entsendung japanischer Truppen nach China.

Keine Einigung zwischen Tschangtsolin und Tschangkaischek

(Eig. Meld.) **London, 16. Juni.**

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Peking sind die Hoffnungen auf einen Ausgleich zwischen Tschangtsolin und Tschangkaischek geschwunden. Die Verhandlungen zwischen beiden sind eingestellt.

(WTB.) **London, 17. Juni.**

Aus Tsingtau wird gemeldet: Nachdem General Tschangtschungtschang, der Schantungbefehlshaber und Anhänger Tschangtsolins, den japanischen und chinesischen Behörden mitgeteilt hatte, daß er nicht die Verantwortung für die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen in Schantung übernehmen könne, wurden 1500 Mann japanischer Truppen nach der Hauptstadt der Schantungprovinz Tsimanfu entsandt. Ferner sind Verstärkungen nach Tsingtau aus Sasebo entsandt worden.

Neue Kämpfe in Indonesien

(Eig. Meldung.) **Amsterdam, 15. Juni.**

Der blutige Terror, mit dem die holländischen Kolonialbehörden nach der großen Aufstandsbewegung die indonesische Freiheitsbewegung liquidieren zu können hoffen, führt an den verschiedensten Orten zu zeitweiligen Wiederaufflammen des Verzweiflungskampfes der Eingeborenen. So kam es in den letzten Tagen bei Tellang im Bezirk Soppeng (Südcelebes) zu heftigen Kämpfen zwischen einer etwa 50 Mann starken Partisanengruppe der Eingeborenen unter Führung eines gewissen Ali und den Polizeitruppen. Die Eingeborenen, die rote Fahnen mitführten, versuchten, eine Polizeiwache zu stürmen, um politische Gefangene zu befreien. Drei Aufständische wurden getötet, zwölf, darunter der Führer, gefangengenommen, die übrigen entzogen sich der Polizei.

Aus Labocan wird gemeldet, daß wiederum zwei Aufständische zum Tode, mehrere andere zu langjährigen Gefängnis- und Verbannungsstrafen verurteilt wurden.

In der holländischen Kammer wurde eine Interpellation über die vor einigen Tagen in Amsterdam und Haag erfolgten provokatorischen Haussuchungen bei indonesischen Studenten eingebracht.

Urbahns als Kläger

Ende Mai fand in Hamburg ein Prozeß statt, in dem das ehemalige Parteimitglied Urbahns als Kläger gegen die bürgerlichen „Hamburger Nachrichten" auftrat. Das Hamburger Blatt hat anläßlich einer kommunistischen Anfrage in der Bürgerschaft folgende Sätze geschrieben:

„Man vergleiche damit den Fall des Genossen Urbahns, der doch verurteilt ist und soviel Blut deutscher Volksgenossen auf dem Gewissen hat — aber immer noch frei herumläuft."

Wegen dieses Satzes verklagte Urbahns die Schriftleiter der „Hamburger Nachrichten" wegen formeller Beleidigung und Verleumdung wider besseren Wissens. Zur Begründung seiner Klage führte Urbahns vor dem Gericht nach den „Hamburger Nachrichten" u. a. folgendes aus:

„Die Oktober-Unruhen habe er (Urbahns) zwar vorbereitet, auch die Anwendung von Gewalt gewollt, an den Geschehnissen des 23. und 24. Oktober 1923 (den bewaffneten Kämpfen) aber sei er schuldlos, die Kämpfe seien gegen seinen Willen ausgebrochen, er habe sich zu der Zeit in Chemnitz aufgehalten."

Die Darstellung von Urbahns über seine Tätigkeit im Oktober 1923 entspricht durchaus den Tatsachen. Wir unterstreichen das deshalb, weil seine ultralinken Gesinnungsgenossen immer wieder Legenden über seine Teilnahme an den Hamburger Oktoberkämpfen verbreiten. Die Frage, ob ein Kommunist, wie sich Urbahns vor dem Gericht nannte, in einem solchen Fall als Beleidigter die Gerichte anrufen soll, wollen wir in diesem Zusammenhang nicht erörtern, sondern nur der Vollständigkeit halber erwähnen, daß das Gericht die beiden bürgerlichen Schriftleiter freisprach.

Die Internationale Arbeitskonferenz erfolglos

(Eig. Meldung.) **Genf, 16. Juni.**

Die Beratungen der Internationalen Arbeiterkonferenz sind beendet, ohne jeglichen Erfolg für die Arbeiterschaft. Selbst der „Vorwärts" muß dies bestätigen, indem er die Genfer Tagung als „ein Eingeständnis der Ohnmacht" bezeichnet und darüber folgendes für die Arbeiterschaft sehr wichtiges Urteil fällt: „Die Internationale Arbeitsorganisation hat sich als unfähig erwiesen, eine ihr durch den Vertrag zugewiesene Aufgabe in Angriff zu nehmen."

Streik in der Rheinschiffahrt?

(Eig. Meldg.) **Duisburg, 16. Juni.**

In der Rheinschiffahrt ist mit einem allgemeinen Streik zu rechnen, falls die vom Schiffahrts-Personal der Rheinschiffahrt gestellten Forderungen nicht bewilligt werden. Zwischen dem Deutschen Verkehrsbund sowie dem niederländischen, französischen und belgischen Amsterdamer Organisationen, die gleichfalls in eine Lohn- und Arbeitszeit-Bewegung eingetreten sind, ist seit längerer Zeit eine Fühlungnahme angebahnt worden, jedoch kann von einem gemeinsamen Vorgehen schon deswegen keine Rede sein, weil die revolutionären Organisationen nicht zu einem einheitlichen Vorgehen einbezogen sind, wie es von letzteren erstrebt wird, bisher jedoch ohne Erfolg.

Die „Kommunistische Internationale"

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Heft 23, Jahrgang 1927, Preis 30 Pf., ist soeben erschienen.

Inhalt: Vorbereitung des Krieges. Semard: Die imperialistischen Kriegsdrohungen und Frankreich. Schami: Kriegsgefahren in den arabischen Ländern. Heckert: Die wirtschaftliche Lage, die Gewerkschaften und die Wirtschaftskämpfe in Deutschland. Bosse: Der Abti-Imperialismus und die amerikanische Arbeiterklasse. De Vries: Der jüngste Parteitag der holländischen Sozialdemokratie. Blitkewitzkij: Die Konzentration in England. F. G.: ISK, Mitteilungsblatt des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. B. B.: „Der Klassenkampf". Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure oder durch die Post. (Postabonnement 1 Mk. statt 1,25 Mk.) Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg — Berlin NW 6.

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

15]

Jaroslav Hašek

(Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner)

„Ich hab halt schon ein Pech mit diesen Behörden, Frau Müller, sie wern sehn, wie viele jetzt zu mir Hunde kaufen kommen wern", seufzte Schwejk.

Ich weiß nicht, ob die Herren, die nach dem Umsturz das Polizeiarchiv prüften, die Posten des Geheimfonds der Staatspolizei entzifferten, wo stand: B — 40 K, F — 50 K, L — 80 K usw., aber sie haben sich entschieden geirrt, wenn sie dachten, daß B, F, L, die Anfangsbuchstaben irgendwelcher Herren waren, die für 40, 50, 80 usw. Kronen die tschechische Nation an den schwarzgelben Adler verkauften.

„B" bedeutet Bernhardiner, „F" Foxterrier, „L" heißt Leonberger. Alle diese Hunde brachte Bretschneider von Schwejk zur Polizeidirektion. Es waren abscheuliche Scheusäler; die nicht das geringste mit der reinen Rasse gemeinsam hatten, für die sie Schwejk Bretschneider bezeichnete.

Der Bernhardiner war eine Kreuzung aus einem nicht reinrassigen Pudel und irgendeinem Straßenköder, der Foxterrier hatte die Ohren eines Dachshundes, die Größe eines Fleischerhundes und krumme Beine, als hätte er die englische Krankheit durchgemacht. Der Leonberger erinnerte mit dem Kopf an das haarige Maul eines Stallpintschers, hatte einen abgehackten Schweif, die Höhe eines Dachshundes und einen kahlen Hintern, wie die berühmten nackten amerikanischen Hündchen.

Dann kam der Detektiv Kalous um einen Hund zu kaufen und kehrte mit einem verstörten Biest zurück, das an eine gefleckte Hyäne mit der Mähne eines schottischen Schäferhundes gemahnte; und in den Posten des Geheimfonds erschien ein neues: D — 90 K. Das Ungetüm spielte die Rolle einer Dogge ...

Aber auch Kalous gelang es nicht, etwas aus Schwejk herauszubekommen. Es erging ihm so wie Bretschneider. Selbst die geschicktesten politischen Gespräche leitete Schwejk auf die Behandlung der Hundeseuche bei jungen Hunden über, und die scharfsinnigst erdachten Fallen endeten damit, daß Bretschneider von Schwejk abermals ein neues unerhört gekreuztes Scheusal wegführte.

Und das war das Ende des berühmten Detektivs Bretschneider. Als er in seiner Wohnung bereits sieben solche Scheusäler hatte, sperrte er sich mit ihnen im Hinterzimmer ein und gab ihnen solange nichts zu fressen, bis sie ihn auffraßen.

Er war so ehrenhaft, daß er dem Aerar die Begräbniskosten ersparte.

In seinem Dienstvermerk auf der Polizeidirektion waren in die Rubrik: „Beförderung im Dienst" folgende Worte voll Tragik eingetragen: „Aufgefressen von den eigenen Hunden."

Als Schwejk später von dieser tragischen Begebenheit erfuhr, sagte er:

„Aber das eine möcht ich nur gern wissen, wie sie ihn beim letzten Gericht zusammsetzen wern."

7.

Schwejk zieht in den Krieg

Zu der Zeit, als die Wälder am Flusse Rab in Galizien das österreichische Militär über die Rab flüchten sahen und die österreichischen Divisionen unten in Serbien eine nach der anderen auf die Hosen bekamen, was ihnen längst gebührte, erinnerte sich das österreichische Kriegsministerium auch Schwejks, damit er der Monarchie aus der Schlamastik helfe.

Als man Schwejk die Verständigung brachte, daß er sich in einer Woche auf der Schützeninsel zur ärztlichen Untersuchung einfinden solle, lag er gerade im Bett, abermals von Rheuma gepackt.

Frau Müller kochte ihm in der Küche Kaffee.

„Frau Müller", ertönte aus dem Zimmer leise die Stimme Schwejks, „Frau Müller, kommen Sie auf einen Moment her."

Als die Bedienerin beim Bett stand, sagte Schwejk wiederum mit leiser Stimme: „Setzen Sie sich, Frau Müller."

In seiner Stimme war etwas geheimnisvoll Feierliches.

Als Frau Müller sich gesetzt hatte, verkündete Schwejk, sich im Bette aufrichtend: „Ich geh zum Militär!"

„Heilige Jungfrau", schrie Frau Müller auf, „was wern Sie dort machen?"

„Kämpfen", antwortete Schwejk mit Grabesstimme, „mit Oesterreich stehts sehr schlecht. Oben rücken sie uns schon auf Krakau und unten nach Ungarn! Wir wern gedroschen wie Korn, wohin man schaut, und drum beruft man mich ein. Ich hab Ihnen doch gestern aus der Zeitung vorgelesen, daß unser teures Vaterland düstere Wolken bedräuen."

„Aber Sie können sich doch nicht rühren."

„Das macht nichts, Frau Müller, ich wer im Wagerl zum Militär fahren. Sie kennen doch den Zuckerbäcker um die Ecke, der hat so ein Wagerl. Vor Jahren hat er drin seinen lahmen, bösen Großvater auf die frische Luft gefahren. Sie wern mich in diesem Wagerl zur Assentierung ziehn, Frau Müller."

Frau Müller brach in Tränen aus: „Soll ich nicht um den Doktor laufen, gnä' Herr?"

„Nirgends wern Sie hingehn, Frau Müller, ich bin bis auf die Füße ein ganz gesundes Kanonenfutter und in einer Zeit, wos mit Oesterreich schief geht, muß jeder Krüppl auf seinem Platz sein. Kochen Sie ruhig den Kaffee weiter."

Und während Frau Müller verweint und aufgeregt den Kaffee seihte, sang der brave Soldat Schwejk im Bett:

„General Windischgrätz und die hohen Herren
als die Sonne aufging, gaben die Befehle:
hop, hop, hop!
Gaben die Befehle, schrien aus voller Kehle:
Hilf uns doch, Jesus Christ, und Jungfrau Maria;
hop, hop, hop!

Die erschrockene Frau Müller vergaß unter dem Eindruck des fürchterlichen Kriegsgesanges an den Kaffee, und am ganzen Körper zitternd hörte sie entsetzt, wie der brave Soldat Schwejk im Bette weitersang:

Mit der Jungfrau Maria auf die starken Brucken,
Piemont, wir werden doch hinüberrucken;
hop, hop, hop!
Ja das war ein Kampf bei Solferino dorten,
Blut floß dort in Fülle, floß an allen Orten;
hop, hop, hop!
Blut bis zu den Knien wie im Fleischerladen,
weil sich die Achtzehner dort geschlagen haben;
hop, hop, hop!
Achtzehner, Ihr braven, fürchtet nicht Gefahren,
denn man bringt Euch schon die Löhnung nachgefahren;
hopp, hopp, hopp!

„Gnä' Herr, um Gotteswillen", erscholl es klagend aus der Küche, aber Schwejk beendete schon sein Kriegslied:

Löhnung nachgefahren und Menage zum Fressen,
Welches Regiment könnt sich mit uns messen?
hop, hop, hop!"

Frau Müller stürzte aus der Tür und lief um den Arzt. Sie kehrte nach einer Stunde zurück, indes Schwejk eingeschlummert war.

Und so wurde er von einem dicken Herrn geweckt, der seine Hand ein Weilchen auf Schwejks Stirn ruhen ließ und sagte:

„Fürchten Sie sich nicht, ich bin Doktor Pavel aus der Weinberge — zeigen Sie die Hand — dieses Thermometer geben Sie sich unter die Achsel — So — zeigen Sie die Zunge — noch mehr — halten Sie die Zunge — woran ist Ihr Herr Vater und Ihre Mutter gestorben?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0003

Stadt-Theater

Heute 1582
Freitag, 8 Uhr
Fidelio
Sonnabend 8 Uhr
Adieu Mimi

Walhalla

Telephon 283 85
Täglich 8 Uhr
Der Riesenerfolg
Die lustige Witwe
Operette in 3 Akten von **Franz Lehar**
mit **Lydia Petry** und **Hans Forstner** in den Hauptrollen
Gewöhnliche Preise

Wenn das nicht gut ist

hören die Sorgen auch nicht nachts auf. Ich führe Bettwaren als Spezialität, was heißen will: bedeutende Auswahl, vorzügliche Qualitäten und natürlich

besondere Preisniedrigkeit

Metallbettstellen mit Patentmatratzen: Mk. 15,—, 17,—, 20,—, 24,—, 26,—, 28,—, 32,— usw.
Holzbettstellen: Mk. 25,—, 28,—, 33,—, 36,—, 40,— usw.
Kinderbettstellen:
aus Holz Mk. 17,—, 23,—, 30,—, 32,—, 38,— usw.
aus Eisen Mk. 15,—, 18,—, 21,—, 23,—, 26,—, 28,—, 34,— usw.
Stahldrahtmatratzen: Mk. 8,50, 11,—, 15,—, 17,—
Echte Patentmatratzen: Mk. 20,—, 25,—, 29,—
Auflegematratzen:
dreiteilig mit Keil Mk. 15,—, 19,—, 22,—, 25,— usw.
einteilig mit Keil Mk. 12,—
Steppdecken: Mk. 12,25, 18,—, 19,50, 23,—, 27,—, 30,— usw.
Daunendecken: Mk. 55,—, 60,—, 70,—, 78,—, 90,—, 95,— usw.
Federbetten: Oberbett Mk. 18,—, 29,—, 38,—, 47,—, 57,—
Unterbett Mk. 16,—, 26,—, 32,—, 42,—, 47,—
2 Kissen Mk. 11,—, 17,—, 21,—, 26,—, 32,—
per Stand Mk. 45,—, 72,—, 91,—, 115,—, 136,—
Reformunterbetten: Mk. 8,—, 12,—, 15,—, 18,—
Chaiselongues: Mk. 32,—, 36,—, 40,—, 45,—, 50,—, 53,—, 58,— usw.
Bettchaiselongues: Mk. 125,—, 140,—
Schränke: weiß, eiche und nußbaum lackiert Mk. 50,—, 65,—, 85,—, 105,—, 130,— usw.
Nachtschränke: Mk. 18,—, 22,—, 24,— usw.
Schlafzimmer zu staunend billigen Preisen
Enorme Auswahl — Auf Wunsch Zahlungserleichterung

1589
Bettenhaus
Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2, Eingang Kanzleigasse
2 Min. vom Markt

Achtung! Achtung!

Der 1587
Kraft- und Artisten-Club „Atlas"
veranstaltet zur Eröffnung der Reichsarbeitersportwoche am Sonntag, den 19. Juni 1927, nachmittags 3 Uhr, sein
Sommervergnügen
im groß. „Volkspark-Saal". Kapelle: Proletarische Marinevereinigung
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand

Sprechapparate (auch Teilzahlung) Schallplatten (Empor zum Licht usw.) Reparaturen sämtlicher Fabrikate
führt aus 1585
Otto Weiße, Parkstraße 14
Kein Laden — Kein Laden

Die Beleidigung gegen Frl. Wötzel nehme ich zurück 1583
Frau Berges

Spendet für die „Rote Hilfe"

Weißenfelser Volkschor

Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Herrenberg: 1826
KRÄNZCHEN
Von 5 Uhr an:
Wurst-Preisschießen

Sonnabend, den 18. Juni, abds. 8 Uhr:
Versammlung
im Stadttheater (Volksbad)

Fahrräder

200 neue Damen- u. Herren-Fahrräder
für Mk. 59,— 65,— 75,— 85,— 95,— und 105,—
müssen in kurzer Zeit verkauft werden
Alte Räder nehmen in Zahlung
Gebrauchte Räder billig u. gut erhalten
Zubehörteile konkurrenzlos
Reparatur aller Systeme. Emaillieren und Vernickeln *1824
„Amos" Fahrradbau und Reparaturwerkstatt
Ammendorf-Osendorf
Regensburger Straße 71 („Dreierhaus")

Bei 10 Mk. Anzahlung und wöchentlich 3 Mk. Abzahlung
erhalten Sie sofort ein 266
Ia. Marken-Fahrrad
Fahrrad-Vertrieb G. m. b. H.
nur Steinweg 32
am Rannischen Platz

Lest den Klassenkampf

Internationaler Bund aller Opfer d. Krieges u. d. Arbeit

Ortsgruppe Weißenfels
Sonnabend, den 18. Juni 1927, im „Hermannsgarten"
Proletarischer Unterhaltungs-Abend
bestehend in *1820
Gesangs- und Musikvorträgen, Rezitation und Theater
Anfang 7.30 Uhr — Ende 2 Uhr
Hierzu ladet die Arbeiterschaft herzlichst ein
Die Ortsverwaltung

Es macht schlank!
Kruschen Salz treibt die überflüssigen, wässerigen Massen auf natürliche Weise aus dem Körper heraus. Deshalb ist Kruschen-Salz von großem Einfluß auf das körperliche Normalgewicht. Es erfrischt das ganze innere System.
Mark 3,— pro Glas.
Max Landmann, Sanitäts-Drogerie, Ammendorf, Hallesche Straße 10

10 Maurer

werden sofort eingestellt. Zu melden Baustelle Huttenstraße beim Polier Becker 1565
Baugeschäft Franz Walter

Walter Kretzschmar

Weißenfels, Gr. Burgstr. 27
*1825 bringt sein
Barbier u. Frisiergeschäft
den Genossen und Kameraden in empfehlende Erinnerung

Damentaschen
in Leder 268
sehr billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr. 19
Lederwaren-Haus

Große
Margarine-Kisten
billigst als
Feuerholz
F. H. Krause
Landsberger Straße 3

Beyerlinge
Kindernährzwieback für Säuglinge und Kinder
Hersteller:
Franz Beyer Zeitz
Nährmittelfabrik
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels, Fischgasse 1

Morgen
Schlachtefest
Bätz, Weißenfels

Burg-Theater

Der Mann im Feuer
8 Akte, dramatisch, sensationell
Mit Lloyd macht sich beliebt
2-Akter, Lustspiel
Ferner: **Der Leuna-Film**

Unser großes Extra-Angebot

bietet ganz besondere Vorteile

Der Verkauf beginnt Freitag, den 17. Juni und dauert bis Sonnabend, den 25. Juni
Dauerwäsche-Kragen moderne Form . . . . 50 ₰
Binder, nur Neuheiten . . . . . . 65 ₰
Fertige Krawatten für Umlegekragen 85 ₰
Schicke Diplomaten vornehme Muster . . . . . . 50 ₰
Hosenträger, guter Gummi mit Leder 95 ₰
Einsatzhemden, kar. Einsätze . 2.40 1,85
Oberhemden mit 1 Kragen 4,80
Beachten Sie unsere Auslagen
Der weiteste Weg lohnt sich 1590
Dauerwäsche Waschbär
Schmeerstraße 2, dicht am Markt

Lichtspiel-Theater Wittenberg

bietet für Freitag bis Montag ein erstklassiges Programm
Der Teufel von Rio Grande
5 spannende Akte mit Fred Thompson, dem Fürst der Abenteurer und seinem Wunderpferd „Silberkönig"
Kinderseelen klagen Euch an
Ein vorzügliches Drama in 7 Akten nach der Erzählung „Die drei Ringe" von Paul Keller, wie es stärker bisher nicht dagewesen ist. Mit Albert Steinrück, N. Lissenko, Walter Rilla, Claire Rommer usw. 1528
Ein Filmwerk von ungeheurer Wucht
mit reinsten und stärksten Schöpfungen deutscher Filmkunst
Anfang 6 und 8.20 Uhr — Sonntag 4, 6.15 und 8.30 Uhr

Fein- und Kernseifen
billigst bei 1584
M. Winkler,
Glauchaerstraße 27

Prima
fettes Fleisch u. alle Wurstsorten
Fett und Schmeer
Täglich von 4 Uhr an
„Heiße" 1589
Karl Kessler
Weißenfels,
Marienstraße Nr. 21
Telephon 614

1 Bandonion zu verk. Seebener Straße 164

Wir empfehlen: *1819
Frischen Schweinebauch . . . 1,10 ℳ (mit Beilage)
dicken Schmer . . . . Pfund 1,00 ℳ
Prima argentinisches
Ochsenfleisch
zu bekannt billigsten Preisen
sämtliche Wurstwaren billigst
Mittwochs und Sonnabends Verkauf auf dem Wochenmarkt
Karl Wahl & Sohn
Zeitz, Wasservorstadt 12

AUFPOLSTERN
272] von Matratzen, Sofas und Chaiselongues auch auf Teilzahlung
KARL WENIG
Merseburg, Karlstraße 18

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Nichtewitz gesucht.
Meldungen sind an den Genossen **Hermann Göbel** abzugeben

Gewerkschaftshaus Wittenberg

Sonnabend, den 18. Juni 1927, abends 7 Uhr:
Sommernachtsball
mit Gartenkonzert
Hierzu ladet freundlichst ein 1827
Arbeiter-Sportverein Wittenberg

Vollfrische durchleuchtete Eier
Stück 10, 11 u. 12 Pf.
Knickeier, nur wenig angeknickt 8 Pf.
Jedes schlechte Ei aus meinem Geschäft wird ersetzt
Eier-Zentrale, Zeitz
*1821 Kramerstraße 7

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Fahrräder

Ia. Marken
10 Mark Anzahlung
3 Mark Wochenrate
Paul Lucke, Halle a. S., Bäckerstr. 1 (Glauchaer Str.)
Reparatur-Werkstatt
Emaillieren — Vernickeln

Langestr. 7
RADIO- Apparate und Teile
liefert
Hermann Lisy
Tabakwaren-Spezialgeschäft
Telefon 231 78
Telefon 231 78
Langestr. 7

Bahnhofs-Tunnel
Inhaber: Ernst Kadler
Gaststätte für jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigsten Preisen
sowie gut gepflegte Biere
Jeden Mittwoch Schlachtefest!

Fahrräder
Anzahlung 10 Mk., Wochenrate 3 Mk.
Fr. Franke
Landwehrstraße 4 — Tel. 294 78
Reparaturwerkstatt
Landwehrstraße 2

Vereine
bestellen am besten ihre
Drucksachen
bei der Produktiv-Genossenschaft in Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14, die schnell und preiswert liefert
Fernruf 21045, 21047

Fleischerei
Otto Ulbricht, Glauchaer Straße 28
Empfehle meine
Fleisch- und Wurstwaren
Nur erste Qualität

Friedrichsbad Zwintschöna
Bahnhof Dieskau
Herrliches Schwimm-, Luft- und Sonnenbad
Kristallklares, sauerstoffhaltig. Quellwasser
Dieses Jahr auf ca. 200 Zellen erweitert

SINGER
Nähmaschinen Akt.-Ges.
Zahlungserleichterungen
Teile — Nadeln — Reparaturen
Halle a. S., Leipziger Str. 23, Mühlweg 22
Bitterfeld, Mühlstr. 24

Familienbad Ammendorf-Skopau
Haltestelle der Fernbahn Halle-Merseburg
Schönstes Bad der Umgebung
Reinstes Flußwasser
10000 qm Luft- u. Sonnenbad in freier Natur
Für Familien herrliche Sitzgelegenheit unter uraltem Baumbestand

Flugplatz-Kasino
Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber
7 Minuten v. d. Endstation d. Linie 1

Leder im Ausschnitt
Spezialität: Eisenleder
Ferner reichhaltiges Lager in Damen-, Herren-, und Kinderschuhen
Hartmann & Hansen
Mansfelder Str. 4

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krukenbergstraße Nr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen Begräb.-Versicherungs-Verein
Tel. 25920

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
K. Möller, Schmeerstr. 1

Niemberger Molkerei
empfiehlt ihre Produkte
Hauptniederlage Lindenstr. 52
Ferner Filialen:
Martinstr. 12, Beesenerstr. 1
Rannischestr. 22, Schillerstr. 16
Ludwig-Wucherer-Straße 57
Raffineriestr. 47 — Tel. 22416

Rind- u. Schweineschlächterei
Max Reußner
Langestr. 30 — Langestr. 30
Prima Fleisch- und Wurstwaren
Spezialität:
ff. Aufschnitt

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Damen- und Herren-Frisiersalon
Gute und schnelle Bedienung zugesichert
Rich. Kutschbauch,
Gr. Klausstr. 7

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie reell und billigst bei
Amand Weiss
Halle an der Saale
Kleinschmieden 6

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak

Steinweg 46—47
Ecke Taubenstraße

Kauft nach wie vor Eure
Farben und Tapeten
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Telefon 214 65

Gewerkschaftshaus Halle
Harz 42/44
Uebernachtung zu soliden Preisen
Guter und preiswerter Mittagstisch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0004

Deutsche! Vergeßt unsere Kolonien nicht!

„Deutschland braucht Kolonien!"

Als Söldnerlohn für die Kriegsdienste unter englischem Kommando gegen die Sowjetunion

Kakao, Tabak
Kaffee, Fette
Baumwolle, Kautschuk, Oel - ich wette
Davon brauchst Du das Meiste täglich
Doch kommts vom Ausland, das ist kläglich!
Wenn Kolonien wir wieder hätten
Das könnt uns vor der Pleite retten.

Erfolge deutscher „Kulturtätigkeit" in Südwestafrika

Nun läßt sich Stresemann schon fünf Tage lang in Genf von der Sonne bescheinen. Mit ihm Chamberlain, Briand, Zaleski und wie die Minister-„Kollegen" noch alle heißen. Neben den Strahlen der warmen Frühlingssonne ist Stresemann noch anderen Strahlen ausgesetzt. Das sind die des englischen Einflusses. Chamberlain läßt alle Minen springen, um die imperialistische Einheitsfront gegen die Sowjetunion herzustellen. Für die imperialistischen Herrscher bildet die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion eine tödliche Gefahr. Diese Diktatur hat der imperialistischen Ausbeutung 150 Millionen Bevölkerung entrissen. Die Gefahr dieser Diktatur ist vom Standpunkt des englischen Imperialismus aus so groß, daß sie mit Eisen, Gas und Blut beseitigt werden muß.

Der Kreuzzug gegen die „rote Gefahr" wird von den Imperialisten in Genf vorbereitet. Die „Kollegen" gaben sich einander intime Frühstücks, um dabei ungestört feilschen zu können. Hin und wieder findet dann gegen Abend immer einmal ein großes Theater statt, was man „öffentliche Sitzung" nennt. Ueber die brennenden Punkte finden aber „intime Besprechungen" statt. Daß England an der Spitze des Kreuzzuges gegen den proletarischen Staat steht, ist nicht verwunderlich, denn der englische Kapitalismus ist am meisten zerfetzt und die englische Bourgeoisie ist die reaktionärste. Die deutsche Bourgeoisie ist auch bei der Sache. Denn hinter der Kriegsgefolgschaft gegen die Sowjetunion winkt ein guter Preis — Kolonien. Das ist der erste Drang des neudeutschen Imperialismus.

„Deutschland braucht Kolonien." Der Lehrer sagt es in der Schule, der Pastor predigt es von der Kanzel; er predigt es auch bei Kriegerfesten und bei der Einweihung von Stahlhelmfahnen. Denkmäler werden eingeweiht. Alles zum Gedenken der „guten, alten Zeit, in der die deutsche „Kultur" in die fernen Lande getragen wurde".

Bieruntersetzer, die wir oben als Rahmen benutzt haben, machen in nationalen Kneipen auch tüchtig Reklame. In der vorigen Woche hat in Königsberg eine Tagung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft stattgefunden, der Stresemann einen Begrüßungsartikel im „Kolonialdeutschen" gewidmet hat, worin es heißt:

„Wie einst das deutsche Volk in seiner Begeisterung für die Kulturpflichten in fremden Erdteilen einig war, so möge auch die heutige Tagung der kolonialen Verbände ein Wahrzeichen deutscher Einigkeit werden, mit dem Ziele, gleichberechtigt im Rahmen des Völkerbundes mitzuarbeiten an der kolonisatorischen Tätigkeit in fernen Ländern.

Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen."

45000 Hereros wurden während des deutsch-südwestafrikanischen Krieges in die Wüste getrieben, wo sie elend umkamen

Das nennt sich Kolonialpolitik!

Die deutschen Imperialisten haben mit ihrer Kolonialpolitik später als die anderen begonnen. Ihre ersten Schritte machten sie fast schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Und trotzdem: wieviel Blut und Schmutz, wieviel Gewalttätigkeit und Grausamkeit haben sie auf sich geladen! . . .

Und dann die Grausamkeiten und die Räubereien der Diener des deutschen Imperialismus an der Bevölkerung der Kolonien! Peitschenhiebe galten als die leichteste Strafe in Kamerun. Während des Aufstandes in Kamerun wurden auf Befehl der deutschen Beamten Lesit und Wehlau Hunderte von Negern zusammengebunden und den heißen Sonnenstrahlen so lange ausgesetzt, bis sie verdursteten. Der Abschaum des deutschen Militarismus wurde in die Kolonien geschickt, daher die unerhörten Grausamkeiten. Frauen wurden in Gegenwart ihrer Männer mit Ruten gepeitscht, ganze Ortschaften wurden in Brand gesteckt, dem Hungertod preisgegeben. Bei jeder Gelegenheit wurde geschossen. Zu Beginn des Hereroaufstandes zählte dieser Stamm ungefähr 100 000 Menschen. Nach der offiziellen Statistik waren am 1. Januar 1913 nur noch 21 699 vorhanden: 7071 Männer, 9208 Frauen und 5420 Kinder.

Im Jahre 1905 brach in Ostafrika ein neuer Aufstand aus. Die Einführung der Zwangsarbeit, unmenschliche Steuern und dauernde Exekutionen hatten den Aufstand des Stammes Matmuba hervorgerufen. Die deutschen Soldaten ließen ihrem Beutedurst freien Lauf. Im Jahre 1913 erklärte das deutsche Kolonialamt in einem offiziellen Bericht, daß 20 000 Einheimische damals ums Leben gekommen sind. Der deutsche Professor Schilling aber behauptet, daß nicht weniger als 150 000 Einheimische während des Aufstandes umgebracht worden sind. Dörfer wurden verbrannt, die Ernte vernichtet. Viele entkräftete Eingeborene wurden die Beute der Löwen. Die Löwen waren übersättigt mit Menschenfleisch zu jener Zeit . . .

•

Die Seele der alten Kolonialpolitik waren die absolute Monarchie und der feudale Adel. Karl Marx schildert das in seinem „Kapital" folgendermaßen.

Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in den Bergwerken, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen mit dem Erdenrund als Schauplatz.

In der weiteren Schilderung zeigt Marx die Grausamkeiten, die Barbarei und die Greueltaten, die die erste Epoche der Kolonialpolitik kennzeichnen.

Die Geschichte der holländischen Kolonialwirtschaft — und Holland war die kapitalistische Musternation des 17. Jahrhunderts — entrollt ein unübertreffbares Gemälde von Verrat, Bestechung, Meuchelmord und Niedertracht. Nichts ist charakteristischer als ihr System des Menschendiebstahls in Celebes, um Sklaven für Java zu erhalten. Die Menschenstehler wurden zu diesem Zwecke abgerichtet . . . Die weggestohlene Jugend wurde in den Geheimgefängnissen von Celebes versteckt, bis sie reif zu Verschickung auf die Sklavenschiffe war . . . Um sich Malakkas zu bemächtigen, bestachen die Holländer den portugiesischen Gouverneur. Er ließ sie 1641 in die Stadt ein. Sie eilten sofort zu seinem Hause und meuchelmordeten ihn, um auf die Bezahlung der Bestechungssumme von 21 875 Pfund Sterling zu „entsagen". Wo sie die Füße hinsetzten, folgte Verödung und Entvölkerung. Banjuwangi, eine Provinz von Java, zählte 1750 über 80 000 Einwohner, 1811 nur noch 8000 . . .

Die Behandlung der Eingeborenen war natürlich am tollsten in den nur zum Exporthandel bestimmten Pflanzungen, wie Westindien, und in den dem Raubmord preisgegebenen reichen und dichtbevölkerten Ländern, wie Mexiko und Ostindien. Die Puritaner Neuenglands setzten 1703 eine Prämie von 40 Pfund Sterling auf jeden indianischen Skalp und jede gefangene Rothaut, 1720 Prämie von 100 Pfund Sterling auf jeden Skalp, 1744, nachdem Massachusetts-Bay einen gewissen Stamm zum Rebellen erklärt hatte, folgende Preise: für männlichen Skalp, 12 Jahre und darüber, 100 Pfund Sterling, für gefangene Weiber und Kinder 50 Pfund Sterling, für Skalps von Weibern und Kindern 50 Pfund Sterling! Einige Dezennien später rächte sich das Kolonialsystem an der unterdes aufrührerisch gewordenen Nachkommenschaft der frommen Pilgrim Fathers. Unter englischem Antrieb und Sold wurden sie tomahawked. Das britische Parlament erklärte Skalpieren für ein Mittel, welches Gott und die Natur in seine Hand gegeben . . .

Der außerhalb Europas direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floß ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital. Holland, welches das Kolonialsystem zuerst völlig entwickelte, stand schon 1648 im Brennpunkt seiner Handelsgröße . . . Hollands Volksmasse war schon 1648 mehr überarbeitet, verarmter und brutaler unterdrückt als die des übrigen Europas insgesamt."

(Aus Sinowjew: „Der Krieg und die Krise des Sozialismus.")

Hendrik Witboi,
Führer der Nama

Oberst Leutwein,
der Henkersknecht

Samuel Maharero,
Führer der Herero

Während der Tagung des Völkerbundsrates in Genf wird Deutschland seine Forderung auf koloniale Mandate erheben. In diesem Augenblick wird es selbstverständlich, daß den Deutschen Kolonien nur gegen konkrete Gegenleistungen zugesprochen werden. In diesem Augenblick ist es mit dem Neutralitätsgefasel vollends vorbei. Die Forderung nach Kolonien kann die deutsche Bourgeoisie nur im Kampfe gegen Sowjet-Rußland, als Gegenleistung für Kriegsdienste im Solde der Imperialisten erfüllt bekommen. Gegenwärtig ist es aber auch um die Herrschaft der Imperialisten in den Kolonien schlecht bestellt. Die Kolonialvölker wehren sich gegen die Unterdrückungsfeldzüge der Imperialisten, die heute in den Kolonien nicht nur Wirtschaftsgebiete, sondern auch strategische Festungen zur Beherrschung weiter Gebiete sehen. Wo sich die unterdrückten Kolonialvölker gegen ihre Bedrüder auflehnen, da werden sie mit Kriegsschiffen und gedrillten Truppen zur „Raison" gebracht. So war es in China und in allen anderen Kolonialländern, die sich bisher gegen die imperialistische Herrschaft auflehnten. Jetzt kommen neue Meldungen aus Indonesien, wo ein neuer Verzweiflungskampf der Eingeborenen ausgebrochen ist. Die Zuspitzung der Verhältnisse in Aegypten bereitet den englischen Imperialisten Kopfschmerzen. Sie haben „zur Vorsorge" schon ihre Kriegsschiffe mit 28,5 Zentimeter-Geschützen an der ägyptischen Küste auffahren lassen.

Ueberall in diesen Kolonialgebieten gärt und brodelt es. Die unterjochten Völker wollen die Willkürherrschaft der Fremden nicht mehr dulden. Sie lehnen sich gegen die Blutherrschaft auf, und die Marschroute der Revolution in China zeigt, daß all das Blut, was die Imperialisten schon in ihren Kolonialländern fließen ließen, gerächt werden wird. Die grausame Herrschaft, die auf die Kolonialsklaven ausgeübt wurde, bekommt ihren Lohn: **das Sklavenheer steht auf!**

„Pardon wird nicht gegeben!"

„Politisch", sagt Lenin, „bedeutet Imperialismus Drang nach Gewalt und Reaktion überhaupt". Rosa Luxemburg und G. Sinowjew haben in ihren bereits mehrfach erwähnten Schriften über den Imperialismus sehr klar den gewalttätigen, den grausamen Charakter der modernen imperialistischen Politik herausgearbeitet. Der Boxerkrieg ist eines der schauderhaftesten Beispiele dafür.

Bebel verlas in seiner China-Rede einen im „Lokal-Anzeiger" abgedruckten Brief über den Boxer-Feldzug. Dort heißt es: „Lebende Feinde gibt es bekanntlich in diesem Feldzug nicht. Wen nicht die Kugel oder das Bajonett gleich hinrafft, dem wird der Gnadenstoß erteilt."

Ein anderer ebenfalls in der Presse veröffentlichter Brief berichtet: „Wir haben . . . sämtliche Forts, worin chinesisches Militär und Räuber (!), genannt Boxer, waren, eingenommen und alles niedergemacht, ob Soldat, Räuber, Chinesen (soll offenbar bedeuten: unbeteiligte Männer), Frauen oder Kinder, das war uns gleich. Alles niedergestochen oder geschossen."

Ein dritter Bericht: „So ein Gemorde und Geschlachte ist geradezu toll; was daher kommen soll, weil die Chinesen außerhalb des Völkerrechtes stehen (!), weshalb auch keine gefangengenommen werden, sondern alles wird erschossen oder, um die Patronen zu sparen (!), sogar erstochen. **Am Sonntagnachmittag haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erstechen müssen."**

Ein letzter Brief (wir könnten noch eine ganze Anzahl weiterer, auch ausländischer Belege geben) mag die Wirkung zeigen, die die blutrünstigen Abschiedsworte des „Obersten Kriegsherrn" auf die deutschen Kulturkämpfer gemacht haben: „Alles, was uns in den Weg kam (nach Eroberung einer Stadt), ob Mann, Frau oder Kinder, alles wurde abgeschlachtet. Nun, wie da die Weiber schrien. Aber des Kaisers Befehl lautet: „Keinen Pardon geben!" — und wir haben Treue und Gehorsam geschworen, und das halten wir auch." (Siehe zum ganzen Boxerkrieg die Broschüre „Chinapolitik und Sozialdemokratie vor dem Reichstag." Berlin 1900. Sie enthält beide Reden Bebels, eine Rede Singers und das Verlegenheitsgestammel des damaligen Kriegsministers v. Goßler, das die „Antwort" auf Bebels große Anklagerede darstellen sollte. Bebels Rede gehört in ihrem anklagenden Teil zum sachlich Schlagendsten, was je ein Vertreter der deutschen Arbeiterklasse der eigenen Bourgeoisie und ihrer Regierung ins Gesicht geschleudert hat.)

(Aus: „Das erwachende China." Von Karl Aug. Wittfogel.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

„Die Gefahr"

Politische Betrachtung eines Parteilosen

„Das Vaterland ist in Gefahr!", so riefen damals, 1914, die Deutschnationalen und trieben mit diesem Schlagwort das Volk in einen Krieg hinein. Die Sozialdemokraten schlossen sich begeistert dem „Hurragebrüll" an. Die heuchlerischen Worte des „kirchenfesten Friedenskaisers": „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", ließen selbst die Sozialdemokraten ihre Ziele vergessen, zu Kreuze kriechen und sich in die Reihen der deutschen Mordorganisationen (sprich preußisches Militär) stellen.

Als Ursache der künstlich und mit allen recht- und unrechtmäßigen Mitteln diplomatischer Kulissenschieberei heraufbeschworenen „Vaterlandsgefahr" benutzte man den Mord von Serajewo. Schon damals (1914) erkannten jedoch weitblickende Männer, von denen heute viele in den Reihen der Kommunistischen Partei zu finden sind, die fadenscheinigen Machenschaften der „kaiserlichen Regierung".

Die Ermordung des russischen Gesandten in Warschau, die von reaktionären Blättern, selbst von den Sozialdemokraten, als eine politisch belanglose, individuelle Terrorhandlung hinzustellen versucht wird, empört die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft.

Die Reaktion geht an diesem Mord vorbei. „Ohne Belang. Was geht es uns an?", so fragte gestern ein „deutscher Mann". Die kommunistische Presse und Partei, somit dem gesamten Proletariat, denken darüber anders. Was treibt man um des Geschehens von 1914 ein Volk in den Krieg? Im Namen des Kaisers, der Könige und Fürsten, im Namen der Kirche selbst, die dieses Morden gutheiß, wurde dieser Krieg vom Zaun gebrochen. Der Kriegsgeist schwebte damals schon vor dem Serajewo-Mord in der Luft und kam aus den Schlössern und Palästen der Herren von „Gottes Gnaden". Diese wollten ja den Krieg.

Heute stehen dieselben Mordbrenner hinter dem Mörder von Warschau und schüren das Kriegsfeuer. Das merkt selbst der politisch Uninteressierte.

Ein kleines Häuflein schwer reicher Weltmagnaten versucht ein falsches, frivoles Spiel zu gewinnen, und der Gewinn heißt: Krieg!

Der Friedenswille der Sowjetunion, von dem selbst der der Kommunistischen Partei Fernstehende überzeugt ist, wird jedoch den Kriegstreibern entgegenstehen und das gesamte Proletariat fest und unerschütterlich die „rote Front" herrichten heißen! Der Imperialismus will ein Feuerchen schüren, doch das Feuer im Lager der „roten Armee" brennt schon und wird glühendheiße Flammen schlagen, die die Mörderfront von Peking über London nach Warschau verbrennt.

Rote Pfingsten waren in Berlin, rote Pfingsten wird es in der Welt noch werden!

Wenn auch die „Tägliche Rundschau" in ihrer Nummer vom 9. Juni die revolutionäre Größe Max Hoely' in Zweifel zieht und ihn Mordbrenner nennt, der kein Recht habe, eine politische Rolle zu spielen, so wird das deutsche Proletariat doch dafür sorgen, daß aus „proletarischer Entschlossenheit" ein Wille wird, und daß die Faust des Proletariats zu einem Schlage ausholt, von dem sich die Reaktion nicht wieder erholen soll.

Alle Werktätigen werden in der Einheitsfront stehen. Die sich immer mehr erhebende Auflage des „Klassenkampf", sowie anderer kommunistischer Organe beweist mir, daß der pfingstlichen Eroberung Berlins durch die roten Frontkämpfer auch der Endtieg über die Feinde der werktätigen Massen zu gegebener Zeit folgen wird. Artus.

Beratung der Steuerkapitel im Haushaltausschuß

Alle kommunistischen Anträge auf Ermäßigung abgelehnt

In der gestrigen Haushaltsitzung wurde der Etat verabschiedet. Selbstverständlich waren die sehr wichtigen Steuerkapitel Gegenstand einer ausgiebigen Erörterung. Merkwürdigerweise hatten die bürgerlichen Vertreter verhältnismäßig wenig Interesse an den zahlreichen Steuerarten und beschäftigten sich nur mit den Gewerbesteuern, wobei sie auf dem Prozentsatz, den der Magistrat „endgültig" vorgeschlagen hatte, herumritten, allerlei Kniffeleien erfanden und schließlich den Bezirksausschuß als Popanz an die Wand malten. Daß der Magistrat die

Gewerbesteuern sehr kräftig als Einnahmeposten

vorgesehen hatte, wurde von ihnen kaum bemerkt. Es mußte ihnen erst durch unseren Sprecher klargemacht werden, daß die geringe Senkung von 120 000 RM., **die der Magistrat obendrein auf die Grundsteuer, d. h. auf die Mieter, abgewälzt hat,** trotzdem einen Mehrhundertsatz von 750 Prozent austrägt und nicht nur 575 Prozent. Die Bürgerlichen verlangten jedoch noch eine weitere Senkung der Gewerbesteuer, was den Oberbürgermeister auf den Plan rief. Dieser drohte mit einem Nachtragsetat zur Gewerbesteuer und zeigte sich bereit, „auf dem Papier" einen Etat nach dem Sinne der Bürgerlichen aufzustellen. Gegen die Erhöhung der Grundsteuer hatten außer uns nur die Hausbesitzer Einwendungen, „weil dadurch neuer Unfriede zwischen Mieter und Hausbesitzer bei der Umlage eintreten würde". Auf den naheliegenden Gedanken, die erhöhte Umlage nicht vorzunehmen, kam Herr Thier nicht, obgleich ihm ein solcher Verzicht bei den jetzigen hohen Mieten besonders leichtfallen dürfte. Um aus den Ueberweisungen, was ein mitleidiges Lächeln allerseits hervorrief, denn der Fall, daß ein Stadtverordnetenausschuß den Haushalt mit Reichsmitteln finanzieren will, steht wohl in der Welt einzig da.

Unsere Anträge zum Steueretat wurden sämtlich abgelehnt. Sie betreffen Ermäßigung des Zuschlages zur Grundvermögensteuer auf 100 Prozent, die Erhebung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital, Freistellung der Veranstaltungen von Arbeitervereinen von der Vergnügungssteuer, Freistellung von Einkommen bis zu 3000 RM. von der Hundesteuer, Erhöhung der Wertzuwachssteuer nach einem gestaffelten Tarife, Streichung der Biersteuer, kräftige Herabsetzung der Werksabgaben und Verwendung der Beträge zur Erhöhung der Arbeiterlöhne und Verbilligung der Tarife usw.

Herr Dürrfeld von der SPD. hielt unsere Anträge für „unüberseh bar", sprach sich aber doch für Streichung der Biersteuer aus, ohne sich um die Wirkung des Ausfalls an Einnahmen zu kümmern, was er uns väterlichst anempfohlen hatte.

Das Kapitel „Steuern und Abgaben" wurde schließlich mit knapper Mehrheit angenommen. Bei dem Kapitel „Grundeigentum und Berechtigungen" rühmte der Berichterstatter, Herr Steinbrück, daß die Einnahmen sich gehoben hätten. Da jedoch die Güter nur reichlich 20 000 RM. als Mehr ergaben, steht fest, daß

die Verschacherung der Stadtgüter Gimritz, Flugplatz und Reideburg ein trauriges Spiegelbild im Etat

bieten. Unser Antrag, die Marktstandsgelder zu ermäßigen, wurde abgelehnt. — Die Etats des Paul-Riebeck-Stifts und der Hospitalverwaltung wurden angenommen, nachdem unsere Anträge auf Erhöhung der Pflegesätze abgelehnt worden waren.

Der Magistrat wird wohl von seinen Ordnungsblockfreunden ordentlich die Nase voll bekommen haben, denn ein derartiges Wursteln, wie mit den Steuern in der gestrigen Sitzung, ist wohl noch nicht dagewesen. Die Herrschaften haben wohl Interesse an einem möglichst hohen Einfluß auf die städtischen Geschäfte, ihren Wählern gegenüber möchten sie aber gern die Verantwortung von sich auf andere abwälzen. Es wird sich ja zeigen, ob der Magistrat sich zum Gegenstand einer Komödie politischer Scharlatane, wie sie im Ordnungsblock vertreten sind, machen läßt.

Am kommenden Montag wird sich nun die Stadtverordnetenversammlung mit diesem wichtigsten Teil der Etatberatung beschäftigen. Es wäre wünschenswert, wenn einmal die Gewerbetreibenden, die Kleinhändler usw., diese Versammlung besuchten, um sich zu überzeugen, daß der von ihnen gewählte Ordnungsblock keineswegs ihre Interessen vertritt.

Der Riffkabyle Achmed Hassan Mattar trotzt die SPD.-Führer-Lügen

(Zu den bevorstehenden Antikolonial-Kundgebungen im Bezirk Halle-Merseburg)

H. Die sozialdemokratischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, die trotz der verstärkten Kriegsrüstungen pazifistische Phrasen dreschen und den räuberischen Völkerbund als „Hort des Friedens" bezeichnen, müssen logischerweise auch die imperialistische Kolonial-Politik verteidigen. Namhafte Führer der SPD., wie Sollmann, Cohen und andere fordern — gemeinsam mit den ärgsten Monarchisten — „Mandate" über Kolonialgebiete. Eine etwas schamhafte Umschreibung! In Wirklichkeit handelt es sich um dieselben Methoden und Ziele, die heute noch England, Frankreich und die anderen Räuberstaaten anwenden, um den „Wilden" die Vorzüge der europäischen Zivilisation beizubringen. Ihre Handwerkszeuge sind Bibel, Schnaps, Syphilis und Maschinengewehre. Hier ist alles beim alten geblieben. **Dagegen ist bei den unterdrückten Kolonialvölkern ein gewaltiger Umschwung eingetreten.** Der Weltkrieg hat ihren Glauben an die Sittlichkeit und Humanität der heutigen Gesellschaftsordnung vollkommen erschüttert. Die siegreiche, proletarische Revolution in Rußland hat ihnen gezeigt, daß die Sklavenherrschaft der Ausbeuter nicht unüberwindlich ist. Ihr Verlangen nach den Bibelsprüchen der Missionare hat merklich nachgelassen. Dagegen fordern sie nationale Freiheit und soziale Gleichheit. Sie fordern dies nicht nur, sondern sie sind auch bereit, für die Verwirklichung dieser Forderungen zu kämpfen und zu sterben. Die heldenhaften Kämpfe der Unterdrückten in China, Indonesien, Indien und besonders in Marokko werden nicht früher aufhören, bis die Imperialisten aus ihren „Mandatsgebieten" verschwunden sind. Die Kolonialvölker haben auch die große Bedeutung der internationalen Solidarität begriffen und versuchen mit Recht, die Arbeiter der kapitalistischen Länder für die Unterstützung ihres Kampfes zu gewinnen. Hierzu gehört auch

Achmed Hassan Mattar.

Der Hof der spanischen und französischen Imperialisten, die Marokko unterjochen wollen, verbieten ihm, sein Vaterland wieder zu betreten. Der Völkerbund lehnt es ab, Marokko als selbständigen Staat anzuerkennen und die Anklagen, die Achmed Hassan Mattar dort gegen die Blutherrschaft der Spanier und der Franzosen erheben hat, anzuhören. Aber die Riffkabylen kämpfen unerbittlich um ihre Freiheit und appellieren an die Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt. Durch die Liga gegen koloniale Unterdrückung und die IUV. war es dem Genossen Mattar möglich, in vielen Kundgebungen über die Lage der Kolonialvölker zu berichten. Jeder ehrliche Arbeiter wird diese Aufklärungsarbeit begrüßen. Anders dagegen die Führer der SPD. Sie behaupten in ihrer Presse, Achmed Hassan Mattar sei gar kein Riffkabyle, sondern in Breslau geboren. Mit dieser Hetze haben sie einen schweren Reinfall erlebt. Das Organ der SPD. in Zittau sah sich gezwungen, am 30. Mai folgendes mitzuteilen:

„Gestern mittag kam Herr Achmed Hassan zu uns auf die Redaktion. Er versicherte uns, daß er in Landshut gesprochen habe und daß er sich die Behauptung, er stamme aus Breslau, nur so erklären könne, daß ihn die Berichterstatter einige Zeit vorher bei seiner Rede in Breslau gesehen haben.

In der Tat konnten wir uns davon überzeugen, daß Herr Mattar aus dem Rif gebürtig ist und einen Paß der internationalisierten Zone von Tanger besitzt. Er war im Sommer 1925 Delegierter Abd el Krims auf der Genfer Völkerbundstagung und nahm auch als Vertreter des Rifs auf dem Brüsseler Kongreß gegen koloniale Unterdrückung im Februar dieses Jahres teil."

Das SPD.-Organ versucht dann seinen Hereinfall durch eine wüste Kommunistenhetze zu verdecken. Es behauptet, daß es der KPD. weniger um den Freiheitskampf der Riffkabylen, sondern viel mehr um zugkräftige Aushängeschilder zu tun sei. Sie bedauern Herrn Mattar, daß er sich mißbrauchen ließe, der KPD. Vorspanndienste zu leisten. Der Redakteur hat dann Mattar auch gebeten, etwas über die Aussichten des Kampfes der Riffkabylen zu sagen . . .

„Herr Mattar bedauerte außerordentlich die Kapitulation Abd el Krims, erklärte aber, sowohl im Hinblick auf dessen Verbannung als auch auf die jüngste Nachricht von dem Tode eines neuen Führers der Kabylen, daß es Führer genug im Rif gäbe und an die Stelle jedes Toten oder Gefangenen sofort ein neuer treten werde. Jeder einzelne der Riffkabylen ist bereit, sich für die Freiheit seines Stammes erschießen zu lassen."

Die Schlußfolgerungen des SPD.-Redakteurs sind besonders interessant: **„Es wird die Aufgabe des international organisierten Proletariats sein, durch wirtliche, politische Aktion den Kampf im Rif zu unterstützen."**

Worte, Worte nichts als Worte. Vor acht Tagen haben sie den anerkannten Vertreter der Riffkabylen als einen Schwindler und Hochstapler bezeichnet, heute müssen sie diese Verleumdung zurücknehmen und beteuern ihre Solidarität und ihr Einverständnis mit internationalen Aktionen. **So sieht die Politik der SPD. aus!**

Wir heißen den Genossen Achmed Hassan Mattar herzlich willkommen und sind überzeugt, daß die mitteldeutsche werktätige Bevölkerung durch Massenbesuch dieser Kundgebungen unzweideutig den Beweis liefert, den Freiheitskampf der unterdrückten Kolonialvölker in jeder Weise zu unterstützen.

Antikolonial-Kundgebungen, in denen Achmed Hassan Mattar aus Marokko sprechen wird

Gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker!
Gegen die imperialistische Kriegsgefahr!
Für die Sowjetunion!
Für die nationale Revolution in China!

finden statt in:

Weißenfels, am Montag, dem 20. Juni, 8 Uhr, „Stadttheater";

Eilenburg, am Dienstag, dem 21. Juni, 8 Uhr, „Stadthalle";

Dommitzsch, am Mittwoch, dem 22. Juni, 8 Uhr, „Roter Hirsch";

Lützen, am Donnerstag, dem 23. Juni, 8 Uhr, „Bürgergarten".

Werktätige aller Stände, erscheint in Massen!

Der Leuna-Film in Halle

Ab Mittwoch, den 15. Juni, läuft in Halle im „Burgtheater", Gr. Gosenstraße,

der Aufmarsch des mitteldeutschen Proletariats am 20. März

Jeder Arbeiter, jeder RFB.-Kamerad muß sich diesen gewaltigen Aufmarsch ansehen. Der Film läuft nur drei Tage, es finden jedoch täglich zwei Vorstellungen statt.

Die Einwohnerzahl Halles

nähert sich, wie vom Statistischen Amt mitgeteilt wird, mit raschen Schritten der 200 000. Am 1. Juni sind noch der Fortschreibung 198 242 Personen in Halle wohnhaft gewesen, so daß sich vom 1. Januar 1927 bis 1. Juni ein Mehr von 1322 Köpfen, und seit dem 1. Juni 1926, also für die letzten 12 Monate, ein Mehr von 3247 Personen ergibt.

Das ist ein Zuwachs, wie ihn Halle vor dem Weltkriege nur in guten Entwicklungsjahren gehabt hat.

Es ist wieder die Zunahme des Zuzugs der Einzelpersonen, die den großen Zuwachs in der Hauptsache erklärt. Etwa 400 Personen Gewinn entfallen allein auf diese Einzelpersonenwanderung.

Außerdem sind die Sterbefälle in der einheimischen Bevölkerung weiter im Rückgang, was um so mehr zu beachten ist, als die Zahl der in Halle verstorbenen Ortsfremden merklich im Anwachsen begriffen ist. Von in 1926 monatlich etwa 55 in Halle verstorbenen Ortsfremden, sind wir auf 98 im Mai 1927 gelangt, ein Ausfluß hauptsächlich der vermehrten Unterbringungsmöglichkeiten in den öffentlichen Kliniken.

Da die Geburten sich gegenwärtig nicht weiter rückwärts entwickeln, so haben wir in der einheimischen Bevölkerung einen monatlichen Ueberschuß der Lebendgeborenen über die Verstorbenen von etwa 80 bis 100 Köpfen zu verzeichnen, wodurch der monatliche Gesamtgewinn bis auf 500 Personen ansteigt.

Darf man eine fremde Katze töten?

Das fürchterliche Gejaule von Katzen, das gerade in dieser Zeit sehr häufig zu hören ist, hat schon manchen ruhigen Schläfer die Nachtruhe geraubt und fast zur Verzweiflung getrieben. „Was ist dagegen zu tun" wird oft gefragt, und oftmals erhält man den Ratschlag, die Biester, die meistens noch aus irgendwelchen Nachbargrundstücken stammen, zu töten. Tatsächlich hat denn auch schon manche Katze ins Gras beißen müssen, das ihr nicht gelegt worden wäre, hätte sie den Frühling mit weniger ruhestörendem Lärm zur Nachtzeit begrüßt. Eine Katze, die stumm ist und nur Mäuse fängt, wird nirgends Anstoß erregen, wenn jedoch der Kater anstatt einer Maus der Katze nachjagt, dann weiß sich der durch ein Katzenkonzert in seiner Ruhe gestörte Mensch oftmals nicht anders zu helfen, als Gift zu streuen, oder die unerwünschten Musikanten auf ähnliche Art zu beseitigen.

Vielfach besteht der irrige Glaube, man dürfe ungestraft fremde Katzen töten. Jedoch nicht einmal auf eigenem Gebiete, auch dann nicht, wenn sich die Katze als schadenbringend erweist, darf man eine fremde Katze töten oder verletzen. Es wird dies als Sachbeschädigung oder Eigentumsverletzung ziemlich streng bestraft. Gerichtliche Entscheidungen in dieser Angelegenheit liegen mehrfach vor. Sogar als Dieb kann der Katzentöter in Frage kommen.

Kolonialwarenunterschlagungen vor dem Richter

Ein unehrlicher Lagerist im Verein mit dem Kraftwagenführer und dem Geschirrführer der Firma veruntreuten große Mengen Kolonialwaren und Waschmittel und gab sie etwa zum halben Preis an einen hiesigen Kolonialwarenhändler in der Schillerstraße ab, der die Waren dann vertrieb. Wegen dieser Sache standen sie nun als Angeklagte vor Gericht. Sch. hat schon wiederholt Mein und Dein verwechselt und ist dafür bestraft worden. Er hat den jungen Lageristen zu den Diebstählen verführt. Kaufmann H. hat für über 2200 Mark der gestohlenen Waren gekauft. Die geschädigte Firma ist durch eine Hypothek abgefunden, die auf H.'s Grundstück eingetragen wurde. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von 1 bis 10 Monaten, die außer einem Verurteilten, allen ausgesetzt wurde.

Hallische Tageschronik

Selbstmord eines Reformrealgymnasiasten. Weil ihm von seinen Lehrern Vorhaltungen über seine Leistungen in der Schule gemacht wurden, erschoß sich ein 20jähriger Oberprimaner des hiesigen Reformrealgymnasiums. Demnach scheinen die „Vorhaltungen" nicht so harmlos gewesen zu sein.

Beim Wäschehaushängen tödlich verunglückt ist am Dienstag die 70jährige Ehefrau Marie Portius, Königstraße 23. Sie stürzte ab und erlitt einen Schädelbruch sowie innere Verletzungen. Sie waren so schwer, daß noch am gleichen Tage der Tod eintrat.

Eine Dampferfahrt nach Wettin veranstaltet der RFB., Abteilung Norden, Sonnabend, den 2. Juli. RFB.-Kapelle und Spielmannszug werden für Unterhaltung sorgen. In Wettin kameradschaftliches Beisammensein in zwei Lokalen. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zahl der ausgegebenen Karten empfiehlt es sich, solche schon jetzt zu entnehmen. Erhältlich bei den RFB.-Funktionären und in den Buchhandlungen, Harz 42/44 und Lerchenfeldstraße 14.

Achtung, Holzarbeiter-Jugend! Morgen, Sonnabend, abend ½8 Uhr, Thielenplatz treffen sich alle Mitglieder der Jugendgruppe zum Empfang der Dessauer Kollegen. Sonntag früh ½8 Uhr Rannscherplatz, 8 Uhr Wettinerplatz: Sammelpunkt zur Zoo-Besichtigung. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Theater und Konzerte

Franz Lehár: „Die lustige Witwe"

Diese Operette, die den Spielplan des Walhalla-Theaters in der zweiten Monatshälfte ausfüllt, ist alt, aber keineswegs „altersschwach". Sie ist textinhaltlich nicht mehr wert als alle anderen Operetten und übt dennoch, auch heute noch, eine große Zugkraft aus. Vielleicht gerade deswegen, weil sie alt ist. Die Walzermusik wiegt über, und wenn man auch versuchte, das Alter durch Ansätze von Tango, Shimmy und Charlestone zu übertünchen, so lag doch der Erfolg mehr bei dem von Lehár gewollten musikalischen Rhythmus.

Die Interpretion zeigte allerdings einige Mängel, die aber leicht abzustellen sind. Zunächst muß mehr Wert auf die Gleichmäßigkeit des Balletts gelegt werden. Das Balleit zum Duo „Dummer, dummer Reiter" war sehr originell und wirkungsvoll. Albert Schwarzburger als Camillo de Rossillon ist gesanglich sehr merkt und wurde erst später etwas stärker. Schauspielerisch ist er viel zu leblos für die ihm zugeteilte Rolle. Auch muß er viel mehr Sorgfalt auf seine Maske legen. Hans Forstner als Graf Danilo zeigte eine ausgezeichnete Routine, gutes Spiel, ansprechende, volle Stimme und erntete dadurch reichen, verdienten Beifall. Daneben ist besonders Lydia Petry als die lustige Witwe, Roland Miller als Baron Mirka und Beatrice Helgers als seine Frau zu erwähnen. Arthur Klapproths Komik, die die Walhalla-Besucher übrigens schon früher kennengelernt haben, zwang oft zum Lachen und trug sehr wesentlich zum Erfolg des ganzen bei. Erwähnt soll noch Hanns Epstein werden, der das Orchester sicher leitete und damit ebenfalls zum Erfolg beitrug. Tz.

Volksbühne. Zu unserem morgigen großen Sommerfest ab 3 Uhr in der „Saalschlaßbrauerei" sind bis morgen, Sonnabend, 1 Uhr, Eintrittsgutscheine noch im Vorverkauf in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, zu haben. Ab 2 Uhr ist die Kasse in der „Saalschlaßbrauerei" geöffnet. Die Geschäftsstelle bleibt nachmittags geschlossen. Für jedes Kind ist eine kühle Erfrischung in der „Saalschlaßbrauerei" vorgesehen. Das Fest beginnt um 3 Uhr, Umzug der Tiere unseres Zoo gegen 4 Uhr, „Der Vetter aus Bremen", erste Aufführung ½5 Uhr, zweite ½6 Uhr. Auftreten eines singenden Baren. Bei den Konzerten tritt als Einlage das Gesangsquartett vom Stadttheater mehrmals auf. Blumenverlosung. Kinderbelustigungen. Kurschdahn, Karussell, Luftballon-Wettfliegen. Kinderkaffeezug. Großes Feuerwerk. Abends Tanz in beiden Sälen. Man sichere sich Karten im Vorverkauf in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Telephon 234 79.

Heute abend besuchen alle hallischen Arbeiter und Jungarbeiter den **Werbeabend der Jugend!** Dort läuft der Film: **Das Gesicht des roten Rußlands**
6-Akte aus dem Reiche der Arbeiter und Bauern.
Eintritt 50 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 25 Pf.
Veranstalter: KPD. und KJVD., Ortsgruppe Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Lederarbeiter!

Am 17. August und folgende Tage findet in London der 4. Kongreß der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter statt. Für den II. Wahlkreis wurde von den Mitgliederversammlungen unserer Ortsvereine der Kollege Albert Fischer, Metzingen, Mitglied des Landtages, als Kandidat aufgestellt. Wir ersuchen alle Ortsverwaltungen, die Kandidatur des Kollegen Fischer zu unterstützen.

Ortsverein Metzingen. Ortsverein Backnang.
Ortsverein Heilbronn. Ortsverein Murrhardt.

Achtung, Schuhmacher!

So muß der gültige

Stimmzettel der Schuharbeiter

für den

Vierten internationalen Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter in London

aussehen:

3. Wahlkreis

Als Kandidaten sind vorgeschlagen:

1. [illegible]
2. Möckel, Karl (Erfurt)
3. [illegible]
4. [illegible]
5. [illegible]

Zu wählen ist nur ein Delegierter. Es müssen also vier Namen gestrichen werden!

Wer läßt sich noch einfangen?

Wer wird zum Verräter seiner Klasse?

Folgender Rundbrief der Werksgemeinschaft der **Cröllwitzer Papierfabrik** vom April d. J. flog uns auf den Tisch:

„Da wir von befreundeter Seite darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß Sie unseren Bestrebungen im allgemeinen und unserem Werkverein im besonderen, Interesse entgegenbringen, erlauben wir uns, an Sie heranzutreten mit der Bitte, daß Sie unserem Werkverein als Mitglied beitreten.

Zweck und Ziele sind Ihnen ja bekannt; wir bestreben **harmonische Einigkeit unter den Arbeitskollegen** in Verbindung mit den Meistern und Angestellten, um erstmals unsere gute Arbeitsmöglichkeit zu behalten und ferner unsere Interessen geschlossen dem Arbeitgeber gegenüber in sachlicher Weise zu vertreten (?!). Solchem Zweck und solchen Zielen wird auch dann sich der Arbeitgeber nicht verschließen und unseren Wünschen, die wir bestimmt aber passend vortragen, gerecht werden. (!)

Die schmutzigen Anwürfe dieser Tage von anderer Seite beweisen, welche Bedeutung der Werksgemeinschaft schon beigemessen wird; denn einer unbedeutenden Werksgemeinschaft würde die gegnerische Seite keine Zeile widmen. Gerade dieses Geschreibsel beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind und hoffen wir, daß auch Sie durch Ihre aktive Mitgliedschaft dazu mit beitragen. — Am Fuße des Briefes haben wir noch kurz die Vorteile des Werkvereins angeführt und bitten, falls Sie irgendwelche Auskunft noch haben wollen, sich von den Vorsitzenden, Herrn Berner, Seebener Straße 160, zu wenden.

Mit Deutschem Gruß
Werksgemeinschaft der CVP.
Karl Berner.

Die Werksgemeinschaft erhebt einen Wochenbeitrag von 65 Pf. und gewährt dafür: eine Bundeszeitung alwöchentlich, im Krankheitsfalle 4 Mark Unterstützung pro Woche. Bei Invalidität nach zwei Jahren Mitgliedschaft 12 Mark pro Monat. Im Sterbefalle an die Hinterbliebenen einen Sterbegeldzuschuß bis zu 250 Mark. Wochenbethilfe 35 Mark. Sterbegeld für Ehefrau 60 Mark."

Es hilft alles nichts! Der klassenbewußte Arbeiter hat die Rolle der gelben und weißen Zetlen in den Betrieben erkannt. **Berlin** hat es gezeigt: **Die Arbeiterschaft ist rot!**

Was erwarten die jugendlichen Metallarbeiter vom Treffen in Wernigerode

Am Sonnabend, dem 18., und Sonntag, dem 19. Juni, wird ein DMVB.-Jugendtreffen in Wernigerode stattfinden. Hier werden sich die organisierten Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter des DMV. treffen und zum Ausdruck bringen, daß auch sie eine Kraft darstellen und daß sie ihre Forderungen an den Kapitalismus stellen lautbar werden. Aber nach allem, was bisher über das Jugendtreffen verlautbar wurde, sieht es nicht so aus, als wenn die Einberufer es zu diesem Zwecke ausgenutzt sehen wollten. Genau wie im vorigen Sommer in Thale, plant man am Sonnabend eine Jugendleiterkonferenz, eine Demonstration und am Sonntag eine Wanderung nach dem Brocken. Wir wollen nicht sagen, daß diese Wanderung nach dem Brocken nicht stattfinden sollte. Im Gegenteil, da die proletarische Jugend tagtäglich schwer ausgebeutet wird und der Urlaub fast nie mehr als drei bis vier Tage im Jahr beträgt. **Aber es muß doch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß diese überaus ernste Zeit auch noch andere Aufgaben an das Jugendtreffen stellt.**

Die Jugendleiterkonferenz beschäftigt sich nur mit sehr allgemeinen Themen. Wird man sich mit der drohenden Kriegsgefahr beschäftigen? Wird Stellung genommen zum Ergebnis der Nationalisierung? Werden die Maßnahmen besprochen, eine starke Kampfesfront zu schaffen, um gegen Ausbeutung und Unternehmerterror Front zu machen? Nichts von alledem wird die Konferenz besprechen. Dort werden lediglich die Vertreter der Jugendlichen (viele im Alter von 40 Jahren und darüber) ein bißchen über den Stand der Organisation reden, und der Kollege Engelbert Graf wird sich mit dem Thema beschäftigen: „Jugendliche und Erwachsene in der Organisation." Nach der bisherigen Praxis zu urteilen, wird man sich aber nicht unter diesem Thema beschäftigen mit der größeren Selbständigkeit der Jugendlichen, werden die Jugendlichen ihre Erfahrungen und Forderungen wiederum so gut wie gar nicht zum Ausdruck bringen können.

Viele jugendlichen organisierten Metallarbeiter erwarten von diesem Jugendtreffen mehr als vom letzten. Bei vielen hat sich politische Klarheit über die letzten Ereignisse durchgesetzt. Mit irgendwelchen Phrasen, daß junge Proletarier nichts mit Politik zu schaffen haben, ja daß sie vielleicht sogar schädlich für sie wäre, kommt man über diese Tatsache nicht hinweg. **Die Jugendorganisationen der Bourgeoisie werden zum Kampfe gegen die arbeitende Klasse systematisch erzogen. Die Organisationen des Jungproletariats brauchen auch eine Schulung, um den Klassenkrieg gegen den Kapitalismus führen zu können.**

Diese Fragen zu besprechen, ist unbedingt Aufgabe des Jugendtreffens in Wernigerode.

Kameraden des Braunkohlenbergbaues!

Nicht nur Eure Lohnforderung ist von den Unternehmern abgelehnt. Die Unternehmer erklärten in den Verhandlungen sogar, daß sie ihren Anteil an der Rente auf die Löhne anrechnen, daß sie die Rechte der Betriebsräte beseitigen wollten.

Es ist klar: Alle diese Versuche werden den Kohlenbaronen gelingen, wenn Ihr nicht eine feste Abwehrfront schafft auf allen Gruben, in allen Zahlstellen des Verbandes.

Die Rußland-Delegierten an die deutsche Arbeiterschaft

Einen Aufruf zur englischen Kriegsprovokation, zur aktiven Solidarität mit Sowjet-Rußland richten die Mitglieder der bisherigen deutschen Rußlanddelegationen an ihre Klassengenossen in der soeben erschienenen **Nr. 12 der „Einheit"**. Grundlegend wird darin u. a. die Ursache der englischen Feindschaft gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland behandelt.

Ein anderer Artikel setzt sich auseinander mit dem Schlichtungswesen; verschiedene Mitarbeiter nehmen noch einmal kritisch Stellung zum Kieler Parteitag der SPD. Ein SPD.-Mitglied schreibt einen Brief zum Roten Pfingsttreffen und der Haltung des „Vorwärts", u. a. m.

Die reichhaltige Nummer gehört **in die Hand jedes Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionärs.**

Abonniert „Die Einheit"! Verlag Berlin S 14, Alexandrinenstraße 62. (Vierteljahr 1,10 Mark, Einzelheft 20 Pfennig.)

Der 15. Verbandstag der Holzarbeiter

Zweiter Verhandlungstag

Frankfurt a. M., 14. Juni. (Eig. Bericht.) Es wird in der Diskussion zum Vorstandsbericht fortgefahren. Timm (Jugendleiter) tritt den Ausführungen Kiefers entgegen und hält die Bestimmung älterer Kollegen zu Jugendleitern für richtig. Er verteidigt die Zusammenarbeit mit dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, der nach seiner Auffassung die Gesamtinteressen der „deutschen Jugend" (!) vertrete.

Winkler-Meiningen unterstützt den Hauptvorstand in seiner Ausschußpolitik und macht die Kommunisten für alle Mißerfolge verantwortlich.

Berlin-Wismar hält zwar die Trennung der erwerbslosen von den arbeitenden Kollegen für schädlich, kann aber andererseits die Notwendigkeit einer organisierten Zusammenarbeit zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden, wie sie die Opposition fordert, nicht begreifen.

Klinger-Königsberg: Zur Stärkung der Kampfkraft des Verbandes ist es notwendig, alle Kollegen, unberücksichtigt ihrer politischen Meinung, zur Mitarbeit heranzuziehen.

Kiefer-Berlin bringt eine **Entschließung zur Jugendfrage** ein.

Nachdem Neuberger-Nürnberg sich für die offizielle Verbandsvorstandspolitik ins Zeug gelegt, wird die Diskussion gegen die Stimmen der Opposition auf Antrag Stuttgart geschlossen, um eine sachliche Entgegnung des Kollegen Pieck auf die provozierenden Vorwürfe einzelner Kommunistenfresser zu verhindern.

Im Schlußwort beweist der Redakteur Kaiser, daß er immer noch nichts gelernt und nichts vergessen hat. Für ihn gibt es in der ganzen Welt nur einen Herrn, den Kapitalismus, und seinen getreuen Diener, den Reformismus, der die Interessen seines Herrn vertreten muß. Hinter der Phrase, daß es nicht lohne, auf die Vorschläge der Opposition einzugehen, glaubte er seine Unsachlichkeit verbergen zu können.

Tarnow muß im Schlußwort eingestehen, daß der Hauptvorstand mit einer gewissen Angst zum Verbandstag erschienen ist. Die Opposition hat reichlich viel Material vorgebracht und man kann über einzelne Vorschläge ernst diskutieren. Die Redner der Mehrheit beschränkten sich wie immer auf die „praktischen" Anregungen. Er wendet sich in seinen Ausführungen gegen den Genossen Pieck und versucht unter Ausnutzung aller rhetorischen Künste jeden Argumente zu entkräften. Es sei nach der Meinung Tarnows nicht erwiesen, daß die sozialen Unterstützungen unbedingt zur Schwächung der Kampfkraft führen müßten. Den Mitgliederverlust könne man nicht dadurch erklären, daß der Verband zu wenig aktiv gewesen sei. Da er für den Beweis seiner Behauptungen in Deutschland kein Mittel finden kann, benutzt er aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus dem russischen Gewerkschaftsorgan („Trud"). Aus der russischen Gewerkschaften müßten mitunter die Verkürzung der Arbeitszeit als Forderung vor die Lohnerhöhung stellen. In Wirklichkeit haben die deutschen Gewerkschaften, wie es der Textilarbeiter-, der Kali- und Bergarbeiterkampf am klarsten bewiesen haben, vollständig versessen, gegen die bis zu 12 Stunden lange Arbeitszeit einen energischen Kampf zu führen. Nach Tarnows Auffassung könne man die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften nicht mit der der Kommunistischen Partei vergleichen. Diese könne in einer Zeit der Krise wohl an Mitgliedern zunehmen, während die Gewerkschaften aus Mangel an Erfolgen in einer solchen Periode wenig Werbekraft entwickeln können. Er versucht die Opposition dadurch zu diskreditieren, daß er sie als ein Werkzeug ihrer Partei hinstellt. Daß die Reformisten durch ihre Koalitionspolitik zu ausgesprochenen Werkzeugen der Bourgeoisie werden müssen, begreifen allmählich immer mehr Holzarbeiter. Wenn man die Reformisten jetzt fragt, was sie mit ihrer Taktik bisher erreicht haben, so müßte man auch beachten, in welcher Situation die Politik des Verbandes gestanden habe. (1918 — marschierende Sozialisierung, 1927 — Bürgerblockregierung.) **Tarnow erklärt ganz offen, daß er nicht mehr zu der Auffassung von Karl Marx in der Frage des Klassenkampfes stehe.** Daß er mit dieser Auffassung keine Erfolge erzielen kann, ist klar, und trotz aller Versuche, mit demagogischen Redewendungen die oppositionellen Kollegen gegeneinander auszuspielen, werden Tarnow und alle Reformisten nicht erreichen, den Widerstand der Holzarbeiter gegen eine solche Politik zu zersplittern.

Bannwolf empfiehlt im Namen der **Vorberatungskommission** die von der Opposition gestellten Anträge auf Aenderung der **Schreibweise der „Holzarbeiterzeitung"**, Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft abzulehnen, was die Mehrheit auch tut. Die **Entschließung der Opposition** zum Geschäftsbericht wie die zur Jugendfrage werden ebenfalls gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt.**

Hierauf wird in die Beratung des dritten Tagesordnungspunktes **„Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes"** eingetreten. Hierzu referiert M. Schleicher. Er behauptet, daß trotz der herrschenden Krise, auch oft ohne Streiks, mit Hilfe von Verhandlungen Erfolge erzielt werden konnten. Die Festlegung des „geplanten" Lohnabbaues der Unternehmer in Tarifverträgen, mit dem sie ihre frühere Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen wollen, mußte vom Hauptvorstand abgelehnt werden. In der Sägeindustrie wurden nur 3 Pf. Lohn abgebaut. Innerhalb des Unternehmerlagers bestand eine Opposition, die jeden Vertragsabschluß zu verhindern suchte. Schleicher muß auch zugeben, daß gerade in der Zeit, wo die wirtschaftliche Situation einen Kampf der Kollegen gegen die Tarifverschlechterungen in bezug auf die Arbeitszeit notwendig machte, ein solcher aus finanziellen Gründen nicht geführt werden konnte, was die Opposition schon lange vorher festgestellt hat. Kein Unternehmer hätte aus dem Eingeständnis einer finanziellen Schwäche des Verbandes irgendeinen Vorteil ziehen können, wenn die Verbandsleitung ein wenig mehr auf die Kraft der Organisation, als nur auf den Kassenschrank, vertraut hätte. (Daß große Lohnkämpfe auch mit geringen finanziellen Mitteln geführt werden können, das könnten unsere „erfahrenen" Kollegen von den englischen Bergarbeitern wie von den „rückständigen" chinesischen Kulis gelernt haben, wenn sie überhaupt noch Lehren annehmen würden.) Die Behauptung Schleichers, daß die Auswirkungen des letzten Schiedsspruches nicht in dem Maße zuträfen, wie sie die kommunistische Presse charakterisiert hat; seine weitere Behauptung, daß der Lohn der ungelernten und angelernten Arbeiter in der Holzindustrie mit am höchsten stände und daß das allgemeine **Lohnniveau** sich immer mehr dem Vorkriegsstand nähere, vergaß er leider zu **beweisen.** Wenn die Steigerung der Löhne der Ungelernten auch prozentual höher ist, so beweist das nur, daß sie in der Vorkriegszeit eben dementsprechend niedrig waren. Trotz der Kennzeichnung der Scharfmacher methoden eines Borsig hat aber Schleicher die Hoffnung auf eine Bekehrung der Unternehmer noch nicht aufgegeben, denn diese Hoffnung ist ja die ganze Grundlage der reformistischen Lohnpolitik. Um einen Bittsteller für das Verfagen in der Lohnpolitik zu finden, drischt er auf die Unorganisierten los und glaubt, den Kommunisten noch eine besondere Vorliebe für diese Unorganisierten anhängen zu können. Er sieht in ihnen nur die Streikbrechergarde des Unternehmertums, vergißt aber, daß es nur die erbärmliche, die Interessen der Kollegen schmählich im Stich lassende, verräterische Arbeitsgemeinschaftspolitik war und ist, die zahlreiche Arbeiter zum Unglauben an die Organisation geführt und in das Lager der Indifferenten gestoßen hat.

In der Nachmittagssitzung berichtet Dammer über die Lohn- und Vertragsbewegung der Branchen. Auch er kann noch weniger „Erfolge" aufzeigen als sein Vorredner. Die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse **haben in den einzelnen Branchen einen höheren Mitgliederverlust als bei den Tischlern gebracht.** Die Verbandsleitung konnte nicht immer über alle Vorgänge in den einzelnen Branchengruppen des Reiches genügend unterrichtet werden. Fast in allen Branchen haben die Unternehmer Lohn- und Akkordtarife abgebaut. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die schon vor der allgemeinen Krise in den Branchen besonders stark herrschte und sich während der Krise noch steigerte, hat die Unternehmeroffensive begünstigt. **Wenn auch keine Streiks geführt werden konnten, so sei doch alles ausgenutzt worden, um für Verbesserungen zu kämpfen.**

Berichte aus den Ortsausschüssen des ADGB.

Kelbra

Am Sonnabend, dem 11. Juni, fand in der „Sängerhalle" in Kelbra eine Kartellsitzung statt, in der zum ersten Punkt der Tagesordnung der Kollege Schröter zur politischen Lage referierte. Er ging vor allem auf die jüngsten Ereignisse in China und auf die Ueberfälle der russischen Botschaften in China und England sowie die Ermordung des russischen Botschafters in Polen ein, die alle die Kriegsgefahr nahegerückt haben. Rußland soll vernichtet werden und die deutschen Proleten als Kanonenfutter dienen.

In der Diskussion sprach u. a. der Reformist Rößler, der recht sonderbare Theorien entwickelte. Er sprach vom „roten Imperialismus" des roten Rußland. Rußland dürfe als proletarischer Staat überhaupt keine Handelsbeziehungen zu kapitalistischen Ländern haben. Auf der einen Seite schließt Rußland freundschaftliche Verträge mit der deutschen Regierung und auf der andern Seite bekämpft die KPD. die deutsche Regierung. Die demagogische Schlußfolgerung dieses Reformisten ist, daß die KPD. liquidiert werden und — in die SPD. und als solche auch war den Kollegen der Gewerkschaftsopposition natürlich ein leichtes, diese Ausführungen zu widerlegen. Die **Entschließung zur politischen Lage** (siehe „Klassenkampf" vom 15. Juni) wurde dann auch einstimmig bei Stimmenthaltung der Reformisten angenommen.

Dann wurde die **Abrechnung von der Maifeier** bekanntgegeben: Einnahme: 106,40 Mk. Ausgabe: 96,10 Mk. Bestand: 10,30 Mk. Ferner wurde zur **Krankenkassenwahl** Stellung genommen und der Vorstand beauftragt, nochmals in Verbindung zu treten mit dem Kartellvorstand in Sangerhausen zwecks näherer Information in eine Koalitionsregierung reingehen müsse. Es mationen.

Im Punkt „Verschiedenes" verliest der Vorsitzende ein Rundschreiben über die Arbeitsgerichte.

Naumburg

Die Kartellsitzung am 15. Juni hatte 5 Tagesordnungspunkte. Rublack, der sozialdemokratische Kartellvorsitzende, terrorisierte die Delegierten wie üblich und hetzte soviel als möglich gegen die Vertreter der Opposition. Zu einer lebhaften Debatte kam es besonders über eine **Resolution zur Kriegsgefahr**, da die oppositionellen Kollegen sich gegen die Formulierung wandten: „Nie wieder Krieg", da sie auf pazifistischer, anstatt auf der Grundlage des Klassenkampfes aufgebaut sei. Die Mehrheit der Delegierten, 15 Mann, stimmten aber für Rublack.

Kollegen der Opposition! Beteiligt Euch restlos an allen Gewerkschaftsversammlungen; kontrolliert Eure Delegierten, daß sie bei keiner Kartellsitzung fehlen und dort Euren Willen vertreten!

Delitzsch

In der letzten Sitzung am 13. Juni wurde als besonderer Punkt das **Arbeitsgerichtsgesetz** behandelt. In fünfviertelstündigem Vortrag schilderte Dr. Fränkel, Dürrenberg, das Entstehen und die Grundzüge des Arbeitsgerichtsgesetzes. In sehr sachlicher und vor allem gut persönlicher Weise erläuterte er die einzelnen Bestimmungen des Arbeitsgerichtsverfahrens. Er hob besonders hervor, daß etwas Positives für die Arbeiterklasse nur erreicht werden kann, wenn die Beisitzer der Arbeiter genügend Rückgrat zeigen und daß sie sich bewußt sein müssen, daß sie eine Klasse zu vertreten haben. Er bezeichnet das am 1. Juli in Kraft tretende Arbeitsgerichtsgesetz als wesentlichen Fortschritt im Arbeitsgerichtsverfahren.

Der Vorsitzende, Kollege Gebhardt, warnt die Kollegen, allzuviel Hoffnung auf dieses Gesetz zu setzen. Die Zusammensetzung der Gerichte biete keine Gewähr für besonders arbeiterfreundliche Urteile, da nach § 18 die Vorsitzenden von der Landesjustizverwaltung bestellt werden.

Der Vorsitzende gibt dann noch bekannt, daß in den letzten drei Jahren allein in Leipzig 78 000 Kirchenaustritte zu verzeichnen sind, allein im Jahre 1926: 12 000. Beschäftigungslose Lehrer sind in Preußen 29 243 vorhanden.

Zum **Gewerkschaftsfest** am 28. August werden die Gewerkschaftskollegen aufgefordert, schon jetzt bei den Kassierern die Kinder eintragen zu lassen, um feststellen zu können, wie stark die Beteiligung wird. Vorsitzender des Festausschusses ist Kollege Max Härtel, Dübener Vorstadt 9.

Der **Reichs-Arbeitervortrag** findet in Delitzsch am 26. Juni statt. Eine starke Beteiligung der Arbeiterschaft wird erwartet.

Die **Freidenker** veranstalten am Sonnabend, dem 2. Juli, auf der Holzweißiger Kippe eine Sonnenwendfeier. Abmarsch ½7 Uhr von der Turnhalle. Auch hier wird zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert.

Die **Landkrankenkassenwahlen** finden in diesem Jahre statt. Es muß also versucht werden, daß auch hier das Landproletariat Führung und Vorsitz erhält, genau wie in der Ortskrankenkasse.

Jeder Gewerkschaftskollege wird aufgefordert, sich für die Stärkung seiner Organisation einzusetzen, um die notwendigen Kämpfe gegen den Klassenfeind erfolgreich aufnehmen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0007

Betriebsmord!

Tödliche Sonntagsarbeit

(Eig. Meld.) **Ammendorf**, 16. Juni.

Der vielen Ammendorfern bekannte Schuhmacher **Wilhelm Maus**, der zuletzt in Schkopau wohnte, war in der **Ammendorfer Papierfabrik** beschäftigt. Er war gewiß kein Freund von Sonntagsarbeit, ließ sich aber letzten Endes zureden, am Sonntag, dem 12. Juni, doch zu arbeiten. Hierbei fiel ihm ein Eisenrohr auf den Kopf, so daß er sofort mit dem Krankenwagen nach dem Bergmannstrost geschafft werden mußte, wo er am 14. Juni **seinen Verletzungen erlegen ist.**

Schon wieder Messingwerk Hettstedt

Gräfenstuhl, 16. Juni.

In der Nachtschicht zum Montag verunglückte auf dem Kupfer- und Messingwerk Hettstedt der Arbeiter **Emil Wiese** aus **Gräfenstuhl**. Er war seit kurzer Zeit an der Schmidtschen Walze im Bandwalz-Werk beschäftigt und geriet mit dem rechten Fuße zwischen das aus der Walze über die eiserne Kastenbahn laufende Messingband. Er wurde oberhalb des Knöchels verletzt und in das Hettstedter Knappschaftskrankenhaus gebracht

Schwarze Listen

Die „Rote Fahne" ist in der Lage, folgendes vertrauliche Schreiben eines VBMJ.-Betriebes (Verband Berliner Metallindustrieller) zu veröffentlichen:

Vertraulich! Berlin-Weißensee, den . . . . .

Fa. . . . . G. m. b. H.

Berlin-Wittenau.

Wir beabsichtigen, den (folgt Namen und Beruf des einzustellenden Arbeiters) bei uns zu beschäftigen. Da d . . . angibt, vom . . . . 1927 bis . . . . 1927 bei Ihnen gearbeitet zu haben, möchten wir Sie höflichst um Auskunft bitten, ob Sie uns den Genannten als fleißig, ordentlich und nüchtern empfehlen, besonders darüber, **ob er kein Aufwiegler (!), Hetzer (!)** oder dergleichen ist.

Mit der Versicherung üblicher Verschwiegenheit danken wir Ihnen im voraus und erklären uns zu Gegendiensten gern bereit.

Hochachtungsvoll

Stempel: Riebe-Werk, Aktiengesellschaft,
Bureau für Arbeiterangelegenheiten
1 Freikuvert Runcykiewicz.

Zu diesem Schreiben wird als Anhang ein Formular geliefert, auf dem die betreffende Firma folgende Fragen beantworten muß: Beschäftigungsdauer, Beschäftigungsart, Leistungen, Führung, Grund der Entlassung, **Ist der Angefragte zu empfehlen?** Sonstige Bemerkungen.

Washingtoner Abkommen

„Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß der Achtstundentag nur Wirklichkeit werden wird, wenn sie ihn erkämpft!"

Diese Sätze schreibt die „Leipziger Volkszeitung" am Schlusse ihrer Betrachtung über die Arbeitszeit-Debatten **auf der** Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Worte und Taten sind für die „LV." allerdings zweierlei; die Arbeiterschaft **aber muß** diese Erkenntnis mehr und mehr in die Praxis umsetzen.

Die englischen und deutschen Regierungsvertreter in Genf mühten sich, wie jedesmal, nach Kräften, um plausible Gründe für die **noch immer nicht erfolgte Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zur Durchführung des Achtstundentages** zu finden.

Der englische Regierungsvertreter behauptete, daß in England 90 Prozent der Arbeiter praktisch in den Genuß der 48-Stunden-Woche kommen. Im übrigen könne seine Regierung erst ratifizieren, wenn die Garantien für gleichlautende Auslegungen (!) in allen wichtigen Ländern geschaffen sind. — Diese Auslegungen müßten, nach der **Erklärung des deutschen Regierungsvertreters Dr. Feig**, auch erst in Deutschland Gesetzeskraft erhalten, ehe die Ratifizierung vorgenommen werden könne. Dies soll durch **Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes** geschehen. Im übrigen **sei in Deutschland schon jetzt eine immer strengere Anwendung des Grundsatzes des Achtstundentages** auf dem Wege der Gesetzgebung, der Verordnungen und der Kollektivverträge **herbeigeführt worden (!).** Dabei verwies Feig ausgerechnet auf die letzten reaktionären Machwerke der Bürgerblockregierung, auf das **Arbeitszeitnotgesetz**, auf das vorliegende Gesetz über den „Schutz von Mutter und Kind" und auf **verschiedene Schiedsgerichte** der letzten Zeit.

Die Arbeiter werden hier wieder einmal mit **aller Deutlichkeit** auf den **Wert dieser Institution zur Verkleisterung der Klassengegensätze** hingewiesen, an der mitzuarbeiten den Amsterdamer Reformisten weder Geld noch Zeit zu kostspielig sind, die von den klassenbewußten Arbeitern aber nicht scharf genug bekämpft werden kann.

Arbeiter im Kampf

Sosnitza. Gegen die Annahme des Schiedsspruches für den oberschlesischen Kohlenbergbau durch den BAV. macht sich eine immer breitere Bewegung der empörten Bergarbeiter bemerkbar. In einer Zahlstellenversammlung in Sosnitza am 6. Juni wurde **eine Entschließung einstimmig (einschließlich der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre) angenommen, die den schärfsten Protest gegen die Annahme des Schiedsspruches und gegen die Bezirksleitung des BAV. zum Ausdruck bringt.**

Nordhausen. Der Streik im Steinsetzgewerbe Nordhausen, Salza usw. ist noch nicht beendet. Die Unternehmer wollen den Tarifvertrag nicht mehr anerkennen.

Essen. In der **Metallindustrie der Gruppe Nordwest** wurde seitens der Metallarbeiterverbände **das Arbeitszeitabkommen zum 31. Juli gekündigt.** Die Forderungen der Metallarbeiter sind: Der strikte Achtstundentag, die dreiteilige Schicht für die Hütten- und Walzwerkarbeiter und Lohnausgleich.

Soeben erschienen!

Die Rote Gewerkschafts-Internationale Nr. 5*)

Aus dem Inhalt: L. Heller: Die Imperialisten und der Durchbruch der nationalen Front in China. — George Hardy: Der Generalrat der englischen Trade Unions im Kampf gegen die Minderheitsbewegung. — L. Zoobock: Die Beschränkung der Rechte der englischen Trade Unions. — Isa Strasser: Arbeitslosigkeit und Offensive gegen die Arbeitslosen. — L. Z.: Die Offensive gegen die Arbeitslosen in England. — S. Perewosniko: Arbeitslosigkeit und Offensive gegen die Erwerbslosen in Deutschland. — S. S-i: Die Arbeitslosigkeit in Italien. — J. Segall: Die Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern. — A. Baral: Vorstoß gegen die Erwerbslosen in Oesterreich. — Apelt: Die gesetzliche Arbeitszeitregelung in Deutschland. — S. Slobodski: Die Ergebnisse der faschistischen „Revolution" in Italien. — G. Beitschek: Die Gewerkschaftsfrage auf dem 4. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. — J. Wilenkin: Der amerikanische Imperialismus und der Kongreß der Panamerikanischen Arbeitsföderation. — Der Kohlenkrieg und die Konferenz der revolutionären Bergarbeiter.

Außer diesen Artikeln enthält die Nummer eine ganze Reihe von Zeitschriften- und Buchbesprechungen sowie die offiziellen Aufrufe des Vollzugsbureaus der Roten Gewerkschafts-Internationale. **Preis 1,50 Mk.**, Organisationsausgabe 1 Mk.

***) Führer-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 131/132.**

Neues aus aller Welt

Ein schwerer Autobusunfall in Berlin

Gestern nachmittag ereignete sich vor dem Hause Hauptstraße 6 in Schöneberg ein furchtbares Unglück. Ein vollbesetzter Kraftomnibus der Linie 5, schlug bei dem Versuch, einem kopflos gewordenen Radfahrer auszubiegen, um und begrub die Insassen unter sich. Die auf dem Verdeck Mitfahrenden wurden in weitem Bogen auf das Pflaster geschleudert. 26, zum großen Teil Schwerverletzte, wurden in die Krankenhäuser überführt, den Chauffeur des Kraftomnibusses soll keine Schuld treffen.

Selbstmord eines Schupobeamten!

Wir meldeten bereits kurz das rätselhafte Verschwinden eines Schupobeamten in **Moest** bei Raguhn. Es handelte sich um den Schutzpolizeibeamten Karl **Pieper** von der Dessauer Ordnungspolizei. Er wurde in einem Kornfeld, hundert Meter hinter Moest erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Pieper hatte sich mit seiner Dienstpistole einen Schläfenschuß beigebracht, der sofort tödlich war. Er war am Sonnabendabend mit einem anderen Beamten zu einer Streife in der Gegend kommandiert worden hatte ein Lokal besucht und war nicht wieder gekommen. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib hatten erst am Montag Erfolg.

Massenvergiftung

In einer Fabrik ätherischer Oele in Mißlitz bei Brünn beschäftigte Arbeiter fanden auf dem Boden mehrere Flaschen mit verschiedenen Flüssigkeiten. Die Arbeiter kosteten von dem Inhalt der Flaschen und elf von ihnen tranken größere Mengen. Kurze Zeit darauf wurden sie von heftigem Unwohlsein befallen; drei Arbeiter sind bereits gestorben, ein vierter liegt hoffnungslos darnieder. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um eine Vergiftung von Nitrobenzol.

Tragödie eines Kindes

Der zwölf Jahre alte Sohn Hermann des Gutsarbeiters Nötiger in Evera hat sich am Sonnabend in selbstmörderischer Absicht bei Rethmar in den Kanal gestürzt und ist ertrunken. **Kanalarbeiter**, die den Vorfall bemerkten und herbeieilten, **konnten den Knaben** nur noch als Leiche aus dem Wasser ziehen.

Mord in einer Arbeiterkaserne

In der polnischen Arbeiterkaserne zu Zepzig erschlug der polnische Arbeiter Bernatzki seinen Arbeitskollegen Pach durch mehrere Stockhiebe über den Kopf. **Beide waren am Tage zuvor wegen** eines polnischen Mädchens beim Tanz in Streit geraten, obwohl sie beide verheiratet waren. Der Mörder ist flüchtig. Der Tode hinterläßt eine Frau und vier unversorgte Kinder.

Straßenbahnzusammenstoß in Kassel

In einer Kurve am Brasselsberg in Kassel stieß in voller Fahrt ein Motorwagen der Straßenbahn, der mit 12 bis 14 Personen besetzt war, mit einem entgegenkommenden unbesetzten Motorwagen zusammen. Durch den Anprall wurden die beiden Vorderplattformen vollkommen eingedrückt und fast alle Insassen durch Glassplitter verletzt. Der Fahrer des besetzten Wagens trug die schwersten Verletzungen davon.

Chamberlin und Levine besuchen Magdeburg. Wie WTB. hört, werden die beiden Ozeanflieger, Chamberlin und Levine, zu einem Besuche der Stadt Magdeburg und der Deutschen Theater-Ausstellung heute, Freitag, nachmittag hier eintreffen.

Arbeiter-Sport

An die Arbeiterschaft von Halle

Das Arbeiter-Sport- und Kultur-Kartell Halle veranstaltet vom 19. bis 26. Juni eine Reichsarbeiter-Sportwoche. Das Kartell hat sich zur Aufgabe gemacht, etwas Großzügiges zu leisten und zu bieten. Wir bitten die Arbeiterschaft, ob Hand- oder Kopfarbeiter, sich rege an den einzelnen Aufführungen, die an den Tagen, auf den bestimmten Plätzen stattfinden, einzustellen, um Zeuge zu sein, was der Arbeitersport leistet. **Sonntag**, den 19. Juni, früh ½8 Uhr: **Werbe-Umzug** von 4 Spielmannszügen (Reichsbanner, Roten Frontkämpfer, Schwimmer und Fichte) von den äußeren Stadtteilen nach dem Hallmarkt. Dort mittags ½12 Uhr Platzkonzert, Singen vom Bezirk des Arbeiter-Sängerbundes; hier wird ein gutes Programm geboten. **Montag**, den 20. Juni, ½8 Uhr: Massenreigen von Radfahrern, Aufführungen der Athleten und Turisten. **Dienstag**, den 21. Juni: Aufführungen vom Turn- und Sportverein „Fichte". **Mittwoch**, den 22. Juni: Vortrag mit Lichtbildern. **Donnerstag**, den 23. Juni: Fußballspiele in Trotha, Peißnitz und Minerva-Platz; Sandanger: Handballspiel Fichte 1. gegen Städtemannschaft, hier wird guter Sport gezeigt. **Freitag**, den 24. Juni: Werbeabend unter Mitwirkung des Kinder- und Frauenchors und der Gemischten Chöre. **Sonnabend**, den 25. Juni: 6,30 bis 7,00 Uhr: Vortrag im Radio (Mitteldeutscher Sender), Genosse K. **Oertell**. 7,00 Uhr: Schwimmaufführungen an der Gemsmerbrücke. **Sonntag**, den 26. Juni: früh leichtathletische Vorkämpfe auf dem Stadion.

1 Uhr Umzug vom Roßplatz.

2½ Uhr: Aufführungen der einzelnen Vereine. Angestellte, Beamte, Arbeiter, nun liegt es an Euch, die Werbewoche zu besuchen, damit wir mit Euch gemeinsam für Gleichberechtigung bei Stadt und Kommune für unsere Kinder und Jugend demonstrieren können. Seht Euch die letzte Stadtverordnetensitzung an. **30 000 Mark** wurden für die bürgerlichen und ganze 6000 Mark für die Arbeiter-Vereine bewilligt. Wo bleibt da die Gleichberechtigung? Die bürgerlichen Vereine besitzen eigene Plätze und Vereinsheime, wir Arbeitersportler werden von unseren Plätzen verdrängt. Wir müssen unsere Zusammenkünfte in Schanklokalen machen, was wir Sportler verwerfen, denn Alkohol und Zigarettendunst schädigt unsern Körper und Geist. Darum heißt es: **Hinein in die Arbeiter-Sportvereine**, und auf zur **Reichs-Arbeiter-Sportwoche**.

Ferner machen wir noch bekannt, daß in **Zörbig** am Sonntag, dem 19. Juni, ein Bezirkstreffen der Fußballer stattfindet. In der Heide Waldfest von den Keglern und Athletenklub Achilles. Auf dem Fichte-Sportplatz Kinderfest.

Wir bitten die Arbeiterschaft, zu diese Feste zu besuchen, meidet die bürgerlichen Plätze.

Sonntag, den 19. Juni, früh ½8 Uhr: Treffpunkt der Vorstands- und der technischen Ausschußmitglieder auf dem Hallmarkt. — **Dienstag** abend nach den Aufführungen von „Fichte" technische Ausschußsitzung des Kartells bei **Müller**, Hallmarkt. — Zur Reichs-Arbeiter-Sportwoche fallen alle Vereins- und Uebungsabende aus. **Im Auftrag des Technischen Ausschusses: Fr. Werge.**

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Der Vorstand ladet den gesamten Vorstand, den technischen Ausschuß sowie die Festkommission zu einer Sitzung am Sonnabendabend 7.30 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft ein. Wir bitten, restlos zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Transparente am Sonnabend ebenfalls in der Sitzung abzuholen sind. J. V.: K. Oertel.

Werbeveranstaltung 2. Kreis, 6. Bezirk in Zörbig

Zur Tat soll und muß das Werbetreffen am 18. und 19. Juni in Zörbig werden, zu einem Markstein in unserem Bezirk für alle Fußballvereine, zum Aufrütteln derjenigen, welche uns noch fremd gegenüberstehen. Der **Deutsche Arbeiter-Theater-Bund** wird sich uns zur Seite stellen und an beiden Tagen mit uns werben für das hohe Ziel, was wir erreichen wollen und müssen, nun liegt es an jedem einzelnen Bezirksmitglied, dafür Sorge zu tragen, daß eine restlose Beteiligung vor sich geht. Ein machtvoller Aufmarsch kann nur werben für den Arbeiter-Sportgedanken. Das Programm der Veranstaltung an beiden Tagen haben wir verschiedentlich bekanntgemacht. Die leichtathletischen Kämpfe sind für

Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. Juni in Zörbig zum Werbe-Treffen des Bezirks

alle ein Betätigungsfeld, aber wie traurig schaut es hier aus. Leichtathletik ist die Vor- und Grundschule für alle Sportarten. Wer selbige richtig beherrscht, wird auch ein richtiger Sportler. Gleichzeitig ist es für den RAST. am 26. Juni eine kleine Machtprobe. Hand- und Fußballwettkämpfe werden steigen und guter Sport ist im voraus gesichert.

Der Deutsche Arbeiter-Theater-Bund wird am Sonnabend mit Theater aufwarten und am Sonntag mit einer Massen-Freilichtaufführung unter einer Mitwirkung von zirka 150 Personen. Der gastgebende Verein Zörbig 07 hat keine Kosten gescheut, um einem jeden ein paar genußreiche Stunden in Zörbig zu bereiten. Freiquartiere usw. stehen zur Genüge bereit.

Sportgenossinnen und -genossen! Ein letzter Appell sei nochmals an alle gerichtet: **Am 18. und 19. Juni auf nach Zörbig und der Erfolg ist uns sicher!**

Mitteilungen des Hauptspielausschusses.

Infolge mehrerer Absagen zu dem Spiel in Zörbig hallische Städtemannschaft — Bezirksmannschaft. Die Mannschaften stehen in folgender Aufstellung:

Stadt Halle. Wernicke (Viktoria), Geist (Teutonia), Reichardt (Minerva), Gessing, (Fichte), Unsold (Viktoria), Dönitz (Teutonia), Hadicke (Teutonia), Schubert (Fichte), A. Heinrichs (Trotha), Mayer (Teutonia), Jäckel (Trotha). Ersatz: Kunze (Fichte), Zieger (Viktoria), Jäckel (Trotha).

Bezirk. Volkland (Ammendorf), Schlüter (Askania), Schmidt (Teicha), Becker (Ammendorf), Dilchner (Bruckdorf), Hohmann (Ammendorf), Gärtner (Gröbers), Engelhardt (Wörmlitz), Schulze und Förster (Lettin), Gold (Bruckdorf). Ersatz: O. Förster (Lettin), Hoffmann (Diemitz), Oehlmann (Gröbers).

Das Sportlerinnenspiel wird von Viktoria — Giebichenstein ausgetragen.

Arno Pezold, Obmann.

Achtung, Vereinsvorsitzende der Fußballsparte des 6. Bezirks! 150 Quartiere mit freier Verpflegung sind noch in Zörbig frei. Meldet sofort, mit wieviel Mann Ihr am Sonnabend, 18,21 ab Halle, kommt an **Paul Harnisch**, Zörbig, Am Schloß.

T.-V. „Die Naturfreunde", Unterbezirk Weißenfels-Halle. Am Sonnabend, dem 18. Juni, findet in Ammendorf eine Sonnenwendfeier statt. Die Ortsgruppen beteiligen sich möglichst geschlossen daran. Meldungen wegen Quartier und Mitwirkung gehen an Naturfreundehaus am Hopfenberg in Ammendorf.

Die Gebietsleitung.

Othello 1. — Quedlinburg 1. 6 : 0. Othello 1. — Canena 1. 5 : 1. Othello 2. — Reinstädt 1. 0 : 1. Othello 2. — Achilles 2. 7 : 1. Othello 2. — Canena 2. 8 : 2. Othello 3. — Fichte 1. Jugend 0 : 7. Othello Sportlerinnen — Cröllwitz Sportlerinnen 2 : 0.

Zangenberg 1. — Geschwenda 1. 4 : 4. Zangenberg 2. — Geschwenda 2. 11 : 1. Zangenberg 3. — Gschwenda Jugend 1 : 5. Zangenberg 1. — Naundorf 1. 2 : 4. Zangenberg 2. — Luckenau 2. 6 : 1. Zangenberg 3. — Theißen 3. 1 : 3.

Spiele für 19. Juni: Zangenberg 1. — Hohenmölsen 2. in H., 13 Uhr. Zangenberg 2. — Grana 2. in G. 15 Uhr. Zangenberg 3. — Leißling 1. in Z. 12 Uhr.

Vereinsmitteilungen

HFC. Teutonia 08. Zu der am Dienstag, dem 21. Juni 1927, stattfindenden Spielausschußsitzung müssen sämtliche aktiven sowie passiven Sportgenossen erscheinen zwecks Besprechung zum Reichs-Arbeitersporttag. J. A.: Kurt Krüger. [402

Schiedsrichter Schanze, Fichte, zur Kenntnis, daß das Spiel Othello 1. — Nietleben 1. um 10 Uhr in Nietleben stattfindet. [403

Freier Wassersportverein Halle (Handball). Minerva-Sportlerinnen und dem Schiedsrichter zur Kenntnis, daß das Spiel gegen Schwimmer-Sportlerinnen am Sonntag aus technischen Gründen nicht stattfinden kann. [404

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Reformrealgymnasium Gesangsstunde. — Sonnabend, 18. Juni, abends ½8 Uhr, vom Riebeckplatz: Abmarsch zur Sonnenwendfeier nach Ammendorf. — Die Volkstanz- und rhythmische Gruppe wirkt in der Reichs-Arbeitersportwoche am Montag und Freitag im „Volkspark" mit! [405

Aus dem Geschäftsverkehr

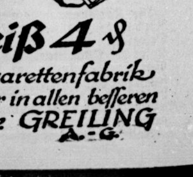
Das **Familienbad Ammendorf-Schkopau**, herrlich in der Aue gelegen, hält sich den Badenden empfohlen. Siehe heutiges Inserat.

Das **Friedrichsbad in Zwintschöna** hat seinen Betrieb auf zirka 200 Zellen erweitert und verweisen wir auf heutiges Inserat.

Die große Nachfrage

nach unseren Marken zu befriedigen, war uns in den letzten Monaten nicht mehr möglich, obwohl wir dauernd neue Maschinen aufstellten und unsere Belegschaft vergrößerten. Im vergangenen Vierteljahr haben wir unsere Produktion gegen die gleiche Zeit des Vorjahres verfünffacht. – Nachdem nunmehr der umfangreiche Neubau fertiggestellt ist, können wir an weitere Vergrößerungen herangehen und jetzt auch allen Ansprüchen genügen. Kein Raucher wird mehr vergeblich nach unseren hervorragenden Marken:

Greiling-
Juwel 6 ₰
Auslese 5 ₰
Schwarz-Weiß 4 ₰



fragen, die uns zur größten Zigarettenfabrik Dresdens machten. Sie sind wieder in allen besseren Zigarettengeschäften zu haben. GREILING A.-G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0008

Aus dem Saalkreis

Forderungen der Ammendorfer Mieter und Wohnungslosen

Die Behörden drücken sich

Am letzten Mittwoch fand in der „Broihanschenke" eine vom Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Ammendorf, einberufene öffentliche Mieterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: **Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und deren Auswirkungen für die Mieter, und die Wohnungsnot und Wohnungspolitik in Ammendorf.**

Die gesamte Gemeindevertretung, der Gemeindevorstand und der Landrat waren besonders eingeladen, um mit ihnen eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen, wie die immer krasser werdende Wohnungsnot in unserem Orte behoben werden kann. **Die Behörden hatten es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen.** Man muß doch so etwas wie Schuldbewußtsein in sich fühlen, denn sonst hätte man doch wenigstens so viel Anstandsgefühl aufbringen müssen, sich zu entschuldigen. So muß man zu der Annahme gelangen, daß die Behörden nicht willens sind, von den Nöten und Sorgen der Wohnungsuchenden und Wohnungslosen zu überzeugen.

Wie kurzsichtig und denkfaul auch der Redakteur vom „Volksblatt" ist, beweist, daß dieses Blatt von jedem Schmierfinken (wir kennen ihn genau und werden uns besonders noch mit ihm beschäftigen), Berichte aufnimmt, die für die Mieterschaft sowie für die Mieter-Organisation nur zum Schaden sind. Wenn dieser Schmierfinke dann aber selbst in der öffentlichen Mieterversammlung ist und sich nicht willens sind, sich von den Nöten und Sorgen der Wohnungssuchenden und Wohnungslosen zu überzeugen.

Der Geschäftsführer Wagner ging in seinem Referat dann auch auf all die Gesahren, die den Raum- und Gewerberäummietern bevorstehen, ein und erläuterte sehr vieles an Hand von Beispielen aus der Praxis. Exmittierungen sind heute an der Tagesordnung. Existenzen werden rücksichtslos vernichtet. Das Mieterschutzgesetz geht seinem Ende entgegen. Neue Mieterhöhungen stehen bevor. Zur Linderung der Wohnungsnot wird so gut wie nichts getan.

Zum 2. Punkt wurde darauf hingewiesen, daß in Ammendorf von seiten der Industrie die Gemeinde schwer belastet wird. Rücksichtslos werden die Inhaber von Werkswohnungen auf die Straße gesetzt, zu Lasten der Gemeinde, während die Werkswohnungen leerstehen. Die Bautätigkeit wird erschwert in bezug auf Beschaffung von Baumaterialien, die ungeheuer im Preise gesteigert werden. Bei Beschaffung von Baugeldern werden schwere Hemmnisse in den Weg gelegt. Der sogenannte Ordnungsblock steht der Gemeinde hindernd im Wege und versucht, sich jedem Fortschritt entgegenzustemmen.

Zu all diesen Frage Rede und Antwort zu stehen und zu sagen, welche Aussichten wenigstens zur Behebung der Wohnungsnot vorhanden sind, hat der Gemeindevorsteher nicht den Mut aufgebracht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Derselbe Gemeindevorsteher, der bei seinem Amtsantritt erklärte: „Wenn ich merke, daß ich das Vertrauen der Arbeiterklasse nicht mehr besitze, trete ich von meinem Posten zurück." Heute bringt er nicht mehr so viel Mut auf, mit den Arbeitern zu beraten.

An die anwesenden Gemeindevertreter wurde die Forderung gestellt, sich dafür einzusetzen, daß wieder eine Wohnungstauschliste geführt wird. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

„Der vorzeitige Abbau der Mieterschutzgesetze hat die Wohnungsnot in den Industrie-Gemeinden verschärft und die Gemeindebehörden vor die schwierige Aufgabe gestellt, nicht nur die schon vorhandenen Wohnungsuchenden, sondern auch die aus regulären Wohnungen exmittierten Familien und auch die Familien, die aus den Werkswohnungen der Industrie und Landwirtschaft exmittiert worden sind, unterzubringen.

Wenn nicht sofort energische Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot getroffen werden, droht den Industriegemeinden eine Wohnungskatastrophe.

Es fordern daher die am 15. Juni 1927 in der „Broihanschenke" in Ammendorf (Saalkreis) versammelten Mieter und Wohnungslosen vom Reich, Staat und Gemeinden, daß sie in erheblich verstärktem Maße die Neubautätigkeit fördern, damit endlich eine Aussicht auf Beseitigung der Wohnungsnot in absehbarer Zeit geschaffen wird.

Hierzu muß im Wege der Reichsgesetzgebung der volle Ertrag der Hauszinssteuer zum Bau von billigen Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung verwendet werden. Der Staat muß die Durchführung der für die Verwendung der Hauszinssteuer erlassenen Vorschriften überwachen.

Die Mieter fordern von dem Reiche den Ausbau der Mieterschutzgesetze und deren Verankerung im bürgerlichen Recht."

Ammendorf. Nachklänge zur Stahlhelmschießerei am Volksentscheidstage. Anstatt die Stahlhelmbanditen auf die Anklagebank zu bringen, hielt es unsere Klassenjustiz für erforderlich, die Arbeiter auf die Anklagebank zu setzen. Die Arbeiter Lutze, Riese und Brehm aus Ammendorf waren angegriffen zu haben. Patzschke ist als Stahlhelmmitglied bekannt. Die Angeklagten wurden, außer Lutze, zu Geldstrafen und Bußen an Patzschke verurteilt. Die am 15. Juni stattgefundene Berufungsklage, in der der Angeklagte Brehm den Nachweis zu führen hatte, daß er in keiner Weise an der Auseinandersetzung beteiligt war, konnte mit einer Freisprechung abgeschlossen werden. Brehm selbst wurde am 20. Juni durch Schüsse der Stahlhelmer verletzt. Der Stahlhelmmann Patzschke behauptete auch im Berufungstermin am 15. Juni, daß er sich nicht irre, sondern Brehm sei der Angreifer gewesen. Fünf Zeugen sagten unter Eid aus, daß bei dem fraglichen Tumult Brehm auf dem Sofa gelegen habe und verbunden wurde. Man merkte dem Landgerichtsvorsitzenden Sievert an, daß er mit großem Unbehagen das freisprechende Urteil gegen Brehm verkünden mußte. Auch dieser Termin hat wieder bewiesen, daß sich die Arbeiter zu einer festen Abwehrfront zusammenschließen müssen, um gemeinsam gegen die Reaktion zu kämpfen.

Arbeitsgebiet Zwintschöna, Dieskau, Bruckdorf, Canena, Kleinkugel. Wichtige Kommunalkonferenz. Am Montag, dem 20. Juni, abends 8 Uhr, findet eine sehr wichtige Kommunalkonferenz für das gesamte Arbeitsgebiet statt. Alle Gemeinde-Vertreter und Funktionäre haben zu erscheinen. Sitzungslokal: Horn, Zwintschöna. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

An alle Ortsgruppen des JSB. und KJVD. im Bezirk

Am Sonntag, dem 19. Juni, findet im „Volkspark", vormittags 9 Uhr, eine

Bezirkskonferenz

des Jung-Spartakus-Bundes mit folgender Tagesordnung statt:

1. Berichte der BL. und Ortsgruppen.
2. Werbewoche „Mutter und Kind".
3. Unsere Sommerarbeit.
4. Pionierdelegation und ihre Berichterstattung.
5. Wahlen und Verschiedenes.

Alle JSB.-Gruppen delegieren dazu sämtliche Leiter. Von den Gruppen des KJVD. wird die Entsendung eines Vertreters erwartet, desgleichen die Teilnahme von Elternbeiratsmitgliedern der Partei.

BL. des JSB. und KJVD.

Roter Pfeffer

Böse Beispiele . . .

„Ausgerechnet nach England wollen Sie auswandern und dort Polizist werden? Was hatten Sie denn bisher für 'n Beruf?"
„Geldschrankknacker!" („Ulk".)

Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Die objektive Justiz. Anläßlich der Weihnachtssammlungen hielten es auch die Schkeuditzer Genossen für geboten, auf Sammellisten Geld und Lebensmittel für die Angehörigen der politischen Gefangenen einzusammeln. Auf Grund dieser angeblich nicht genehmigten Sammlung erhielten die Genossen Gottschalk und Nojak eine Strafbefehl über 30 Mk. und der Genosse Härtel, Halle, eine Geldstrafe von 40 Mk. Der eingelegte Einspruch wurde vor dem Amtsgericht in Schkeuditz verhandelt und führte dazu, daß die beiden Angeklagten G. und N. **freigesprochen wurden** und der Genosse Härtel, Halle, zu einer Geldstrafe von **3 Mk.** verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt und fand nunmehr am 15. Juni Termin vor der Strafkammer des Landgerichts statt. Trotzdem schon ein amtsgerichtliches Urteil vom 16. Juli 1926 in Osterfeld ausgesprochen war, wonach die Funktionäre, die eine Sammlung durchführen, nicht bestraft werden können, weil sie die Sammlung für eine erlaubte gehalten haben, verurteilte das Landgericht **alle drei Angeklagte zu einer Geldstrafe von je 3 Mk.** Genossen! Aus dieser Tatsache ist zu ersehen, daß die Justiz mit allen Mitteln bestrebt ist, die Hilfeleistung für unsere proletarischen Klassenkämpfer zu hintertreiben. Wir können uns nur dadurch wehren, daß wir die Rote-Hilfe-Organisation immer mehr ausbauen, neue Mitglieder werben, um so für die Freilassung der politischen Gefangenen zu wirken und auch materiell die Opfer der Klassenjustiz zu unterstützen.

Mansfeld-Sangerhausen

Wenn die Mansfelder Kumpels Auto fahren —

Der „wilde Max", das Automobbel, holpert über Stein und Stoppel!

Die Gerbstedter Arbeiterschaft, die auf der Mansfeld A.-G.-Grube, dem „Bisthumschacht", beschäftigt ist, hat einen Weg von zirka 15 Kilometern täglich nach der Arbeitsstelle zu machen. Um diesem Uebel abzuhelfen, nahm sich der Magistrat, hauptsächlich SPD.-Leute, der Sache an". Es waren mehrere Verhandlungen nötig zwecks einer Anleihe, um Autos anzuschaffen. Die führenden Persönlichkeiten der SPD. machten Fahrten mit dem Bürgermeister zu Grützner, Hörsing usw., die natürlich alle die Anleihe ablehnten. Zuletzt kam dann die „Harzgesellschaft" in Frage, die die Beförderung zusagte. Jetzt sind aber mit einemmal die Arbeiter vollständig **der Mansfelder A.-G. ausgeliefert,** ohne daß jemand etwas gewahr geworden ist. Die Direktion hat Karten herausgegeben, wodurch jeder verpflichtet wird, wenn er mitfahren will, folgende Fahrbedingungen zu beachten:

1. Der umstehende Ausweis berechtigt an jedem Arbeitstage zur Teilnahme an einer der regelmäßigen Lastwagenfahrten.

2. Der Inhaber erklärt sich durch die Annahme der Karte damit einverstanden, daß ihm für die Zeit, in der die Karte **nicht an die Registratur zurückgegeben ist, wöchentlich 2 Mark Fahrkosten einbehalten werden!** Jugendliche Arbeiter bis zum 17. Jahre zahlen die Woche 1 Mark.

3. Jede angefangene Woche wird voll in Anrechnung gebracht.

4. Eine Gewähr für die Ausführung der Fahrten wird nicht übernommen. Falls aus irgendwelchen Gründen eine oder mehrere Fahrten ausfallen müssen, wird nur ein entsprechender Teilbetrag vom Lohn abgezogen.

5. Den Anordnungen des Wagenführers ist Folge zu leisten, andernfalls sofortige Zurückziehung der Karte erfolgt.

6. Die Berechtigungskarte ist auf Verlangen dem Beauftragten der Mansfeld A.-G. offen vorzuzeigen.

7. Eine Haftung bei Unfällen oder bei Arbeitsversäumnis infolge von Verspätung oder Nichtbetriebes der Kraftwagen wird nicht übernommen.

Kameraden, was bedeuten diese Bedingungen? Wir sind vollständig der Mansfelder A.-G. ausgeliefert. Ein größerer Verrat von seiten der SPD.-Führer konnte gar nicht durchgeführt werden. Mit den einzelnen Paragraphen werden wir uns in den nächsten Artikeln befassen. Heute wollen wir nur schildern, was für eine saumäßige Beförderung für unser Geld von seiten der Harzgesellschaft vorgenommen wird. Es fahren zwei Autos. Das eine geht davon, aber das andere, genannt der „wilde Max" liegt stundenlang auf der Straße herum. Dauernd ist etwas entzwei an der Käserumpel. Aller zwei Tage kommt es nach Eisleben zur Reparatur. Wir bewundern nur, daß nicht schon Menschenleben dieser Karre zum Opfer fielen.

Kollegen, wir müssen die Gewerkschaften zwingen, daß sie sich für die Abänderung dieser schweinemäßigen Verhältnisse einsetzen.

Vorsicht, Hochspannung, Lebensgefahr!

Daß diese Warnung nicht zum Spaß an den Masten der Starkstromleitungen angeschlagen ist, beweist folgende Meldung:

Eisdorf. Am Montag erkletterte ein junger Bursche nach durchzechter Nacht einen Mast der elektrischen Starkstromleitung. Er kam dabei den Drähten zu nahe und stürzte brennend ab. Beim Fallen schlug er auf die vorbeiführende Lichtleitung auf, zerschlug diese und blieb mit schweren inneren Verletzungen und Brandwunden liegen. Er wurde in die hallische Klinik überführt, wo er seinen Verletzungen erlag. Ob Leichtsinn oder Selbstmord vorliegt, ist nicht geklärt.

Halle—Hettstedter Eisenbahn. Zug 8 fährt 20.27 von Gerbstedt nach Hettstedt und Zug 11 von Hettstedt nach Gerbstedt 21.03. Diese Zugverbindung ermöglicht Sonntagsausflüge ins Saaletal nach Friedeburg und den Einwohnern von Gerbstedt auch nach dem Harz. Der Abendzug von Friedeburg 19.30 hätte damit Anschluß in Gerbstedt 20.27 nach Hettstedt und der 21.00 in Hettstedt ankommende Triebwagenzug von Güsten Anschluß nach Gerbstedt mit Abfahrt 21.03 von Hettstedt.

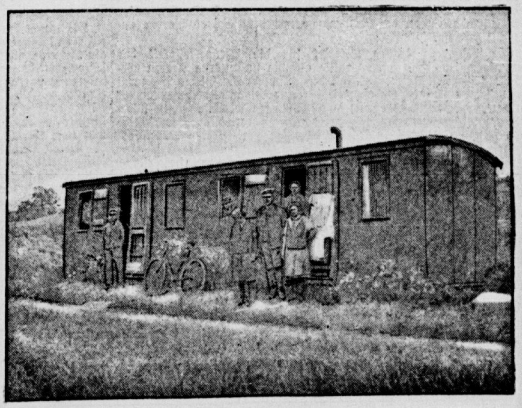
Gerbstedt. Wenn zwei dasselbe tun... Zu Pfingsten feierte hier in Gerbstedt der Militärverein sein Stiftungsfest, worüber wir schon berichtet hatten. Das „Volksblatt" brachte auch einen Artikel über dieses Fest. Der Berichterstatter ging sehr scharf gegen die Arbeiter, welche daran beteiligt waren, vor. Man möchte glauben, das wäre ein ganz radikaler, der so etwas schreibt. Auch wir verurteilen aufs Schärfste, daß sich Arbeiter dazu gebrauchen lassen, hinter den schwarzweißroten Mörderfahnen einherzu laufen. Wissen natürlich auch, daß nur Brot und Arbeit zu behalten, mitmachen. Aber was zeigte sich nun am Sonntag. Der Gesellen-Gesangverein „Liedertafel" hatte sein Stiftungsfest, wozu sämtliche bürgerlichen Gesangvereine eingeladen waren. Auch der „Gemischte Männerchor", früher „Bergmanns Liedertafel". In diesem Verein sind fast sämtliche Reichsbannerleute, was ebenfalls zu verurteilen ist. Am Ort ist auch ein Arbeiter-Gesangverein, welcher dem Arbeiter-Sängerbund angeschlossen ist. Aber dafür sind sie nicht zu haben. Die Geschäftswelt, wie das Bürgertum hatten nun die Stadt geschmückt. Selbstverständlich waren auch hier viele schwarzweißrote Fahnen herausgehängt und unter diesen zog nun das Reichsbanner und hauptsächlich führende Persönlichkeiten aus der SPD. in den Straßen mit herum. Also nicht solche großen radikalen Töne schwingen. Wenn man dasselbe tut, darf man auch nicht kritisieren. Den irregeführten Arbeitern aber rufen wir zu: Lernt aus diesen Vorkommnissen, entledigt Euch dieser Personen. Dazu gehört erst einmal zu brechen mit den bürgerlichen Vereinen. Organisiert Euch dort, wo der Arbeiter seinen Platz hat, nämlich in Gesangvereinen, welche dem Arbeiter-Sängerbund angeschlossen sind. Lernt erkennen, daß Euer Platz nur in der roten Front ist.

Strafgefangene als Arbeiter auf dem Beesener Rittergut

Wie die Landarbeiter in Cröllwitz wohnen

In einer bürgerlichen Zeitung erschien kürzlich unter Ammendorf eine Notiz, aus der hervorging, daß der Pächter des Rittergutes in Beesen „gezwungen" sei, Polen oder Strafgefangene zu beschäftigen, da sich sämtliche Erwerbslose des Arbeitsamtes Ammendorf geweigert hätten, landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten.

Mit dieser entstellten Notiz kann nur der eine Zweck verfolgt werden, die Arbeitslosen als Arbeitsscheue hinzustellen. In Wirklichkeit hat die Sache aber doch einen anderen Haken. Das nebenstehende Bild zeigt, wie Gutsbesitzer Winter, Cröllwitz, seine Landarbeiter einschätzt. Für die Arbeitenden, die nicht das „Schwein" haben, noch eine Art Schweinestall bewohnen zu dürfen, hat man mitten im Felde einige ausrangierte Eisenbahnwaggons als Wohnraum aufgestellt, in die die Landarbeiter eingepfercht sind. Der Herr Gutsbesitzer wohnt gewiß anders. Er hat genügend Räume, genügend Geld, voll Scheunen und Ställe, jenen aber, die ihm erst seinen Reichtum schaffen bzw. vermehren, wird zugemutet, in ausrangierten Eisenbahnwaggons zu kampieren. Daß dieser Zustand gerade nicht paradiesisch ist, wird jeder einsehen, höchstens der Herr Winter nicht und dessen Aufseher, der sich zur „Verschönerung" des Bildes schnell noch zwischen die Landarbeiterfamilie quetschte. Aehnlich oder noch schlimmer wie sie hier im Bilde vom Gute des Herrn Winter in Cröllwitz gezeigt werden, werden die Verhältnisse auch auf dem Rittergut in Beesen liegen.



Aber nicht nur in der Wohnraumfrage herrschen Mißstände, sondern auch in der Bezahlung der Landarbeiter. Kein Mensch wird bezweifeln, daß sich genügend Arbeitslose zur Landarbeit melden, **wenn ihnen ein entsprechender, auskömmlicher Lohn geboten wird.** Und das ist der ausschlaggebende Punkt. Der Herr Rittergutspächter will wohl recht viel verdienen, gönnt aber seinen Landarbeitern nicht dasselbe und ist froh, daß er nach Auswahl zwischen Polen und Strafgefangenen hat. Wenn er sich für die letzteren entschied, so sicher auch nur darum, weil er diesen Leuten noch nicht einmal den Lohn zu zahlen braucht, den selbst ein als Lohndrücker bekannter polnischer Landarbeiter verlangen würde. Strafgefangene, die mehr oder weniger lange Zeit hinter den grauen Mauern der Gefängnisse schmachten müssen, sind meistens froh, wenn sich ihnen Gelegenheit bietet, tagsüber im Freien zu arbeiten. Der größte Teil dieser Leute würde sicher sogar für das trockene Brot arbeiten, nur um aus den modernen Bleikammern herauszukommen und die graue, eintönige, geisttötende Strafvollstreckung durch Arbeit in frischer Luft etwas abzuschwächen.

Die oben erwähnte Notiz ist also nur ein Versuch, die breite Oeffentlichkeit gegen die Erwerbslosen zu beeinflussen. Gegen solche skrupellosen Machenschaften schützt sich der arbeitslose Arbeiter am besten, wenn er seine ganze Kraft mit dafür einsetzt, daß die bürgerliche Presse, die nur die Interessen der Ausbeuter wahrnimmt, aus den Wohnungen der Werktätigen verschwindet. **Verbreitet den „Klassenkampf"! Er allein ist das Sprachrohr aller Werktätigen und sorgt dafür, daß die Lügenmeldungen der bürgerlichen Schmokpresse richtiggestellt werden und wirkungslos bleiben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die Kriegsopfer zum Mord in Warschau und zur Kriegsgefahr

Die Ortsgruppe Teuchern des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit hielt am 12. Juni die fällige Monatsversammlung ab. U. a. wurde Bericht von der Bezirkskonferenz in Zeitz gegeben. Der Fall Tiedt kam zur Sprache. Da hier am Orte nicht genügend Klarheit herrscht über den 6. Bundestag und nur Auszüge aus dem stenographischen Bericht im JB.-Organ vorliegen, so wurde die hiesige Ortsleitung beauftragt, zwei Delegierte des Bundestages in einer Mitgliederversammlung sprechen zu lassen.

Weiter wurde Stellung genommen zur letzten Stadtverordnetenversammlung. Die SPD.-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, daß Personen, die Kreiswohlfahrtsunterstützung beziehen, diese um 10 Prozent erhöht wird. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Die am 12. Juni 1927 versammelten Mitglieder des JB. der Opfer des Krieges und der Arbeit stehen einmütig **hinter den Beschlüssen der Stadtverordneten-Fraktion der KPD.** Die Versammlung spricht **der Fraktion ihr volles Vertrauen** aus."

Ferner wurde ein Delegierter zum Gautag nach Erfurt gewählt. Dann wurden die Rechtsprechungen in Versorgungs- bzw. Invalidensachen vor den Versorgungsgerichten und Oberversicherungsämtern sowie dem Reichsversorgungsgericht bzw. Reichsversicherungsamt einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Speziell die ärztlichen Gutachten, die gewöhnlich immer lakonisch lauten: „Der Krankheitszustand wird anerkannt. Das Leiden haben Sie schon vor dem Kriege gehabt. Sie können noch arbeiten, Ihnen kann keine Rente gewährt werden" usw. Verschiedene Fälle wurden zur Sprache gebracht. Die Erbitterung und der Groll gegen die heute herrschende Gesellschaft kam stürmisch zum Ausdruck. Den abgesetzten Fürsten, Generalen und Offizieren, den hohen Beamten (pensionierten Ministern!) werden Millionen in den Rachen geworfen. Die sind alle gesund. Wir verlangen generell für alle proletarischen Rentenempfänger Rentenerhöhungen. Mieten steigen, Zölle werden erhoben, die Preissteigerungen halten an.

Weiter wurde Stellung zum kommenden Weltkrieg genommen. Eine Resolution, die den Mord an dem Sowjetgesandten Wojkow auf das schärfste verurteilt und die Arbeiterklasse auffordert, den Kampf gegen den Weltimperialismus und seine Helfershelfer aufs Höchste zu steigern, um ein zweites 1914 zu verhindern, wurde einstimmig angenommen.

Ueber „echte" und „unechte" Sozialdemokraten

Eine Revue bunter Nummern aus Naumburg.

In der am 13. Juni erschienenen Nummer des „Zeitzer Giftboten" werden mehrere unserer Genossen angegriffen, was darauf schließt, daß die Schreiber zweifellos im dritten Stadium des Delirium sich befinden. Sie schreiben von „echten" und „unechten" Kommunisten und vom Schuster Keil. Was bezwecken die SPD.-Schmierjacken damit? Sie wollen damit ihre Gemeinheiten, ihr arbeiterfeindliches Verhalten verdecken, das in der letzten Stadtverordnetensitzung bei der Debatte über den Polizeiüberfall zutage trat. Die SPD.-Fraktion stand mit den Bürgerlichen in einer Front. Wir fühlen uns veranlaßt und verpflichtet, da die Arbeiterschaft den gehässigen Kampf verwirft, uns zu wehren. Wir stellen dabei fest, daß uns von diesen SPD.-Helden der Kampf aufgezwungen wird. Wer sind nun diese Gernegroße? Als erster eröffnet den Reigen der frühere Buchdrucker und Postenschieber Stadtrat Teichmann im Schuster-Häuschen.

Mehrere ältere Parteigenossen, die lange Jahre, einer sogar 30 Jahre, in der SPD. organisiert und infolge der verräterischen Politik der SPD. zur KPD. übergetreten sind, interpellierten denselben in Arbeitslosenfachen. Sie gebrauchten dabei das vertrauliche „Du". Der Herr Stadtrat im Schuster-Häuschen verbat sich dies mit dem Bemerken: **„Ich verbitte mir dies, dieses Du hört auf, ich bin für Sie nur noch Herr Stadtrat!**

Als zweiter kommt der Maulheld und Landratsassistent Grunert. Er ist eine ganz besondere Leuchte. Vor dem Kriege saß er schmollend hinter dem Ofen und bewarf die Arbeiterbewegung mit Dreck, 1918 entdeckte er auf einmal plötzlich sein arbeiterfreundliches und sozialistisches Herz. Er wurde Novembersozialdemokrat. Heute spielt er dieselbe Rolle gegen die Kommunistische Partei weiter, die er früher gegen die SPD. gespielt hat.

Dasselbe trifft bei dem Lehrer Blüthgen, nebenbei bemerkt eine feine Blüte, zu. Er war vor dem Kriege Vorsitzender der Konservativen Partei, jetzt Stadtverordneter der SPD.!

Dann kommt der Reichsbannergeneral Hofmann, eine ganz besondere Type. Vor dem Kriege war er in der gelben Bergmannsgewerkschaft, nach dem Kriege rrrevolutionärer Linkskommunist und „Gewerkschaftszerstörer" (Transportarbeiter).

Weiter folgt der Anstreicher und blaubluttige Offizierssohn Heinrich, der vor dem Kriege nirgends zu sehen war, bei der USPD. auftauchte, später in Zeitz im Namen der Ortsgruppe, d. h. ohne deren Wissen, Geld holte und damit das Weite suchte, später sich im Ruhrrevier um die Stelle eines volksparteilichen Setretärs bewarb und nicht ankam, weil sie jedenfalls den Vogel erkannten, nach geraumer Zeit wieder hier landete — bei der SPD.

Eine andere Nummer ist der „schöne Eugen", in jeder Partei weit und breit bekannt. Er braucht immer Geld, arbeitet wenig, nimmt, wo günstige Gelegenheit geboten ist, von mildtätigen Händen gern.

Aufgepaßt, Eingemeindungskonferenzen!

In Zeitz

Am Sonntag, dem 19. Juni, nachm. 3 Uhr, in der „Herberge". Referent: Genosse Stolt.

Sämtliche Pol.-, Org.- und Kompol-Leiter der Ortsgruppen Zeitz, Aue, Rosberg, Tylsdorf und Grana haben zu erscheinen.

In Teuchern

Am Sonntag, dem 19. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Grünen Baum". Referenten: die Genossen Stolt und Gutjahr.

Hierzu müssen dieselben Funktionäre erscheinen wie in Zeitz aus den Orten Teuchern und Gröben-Runthal.

Bitterfeld-Wittenberg

Die rote Front ist und bleibt Trumpf in Petersroda

Die SPD.-Auferstehung — eine Pleite

Der Auferstehungsruf der SPD., den wir in unserer Nr. 136 vom 13. Juni veröffentlichten, erwies sich als ein Junischerz. Die Briefempfänger haben sich schwer geblitzt, den SPD.-Flötentönen Folge zu leisten. Um 3 Uhr sollte im bürgerlichen Gasthof die Auferstehung stattfinden, es war aber nichts da, um aufzuerstehen.

Der RFB. hatte um diese Zeit den Umzug durch den Ort, und das gesamte Proletariat beteiligte sich daran.

Baum saß mit seinem Partner und dem Totenerwecker allein. Sehr erstaunt sollen die Herren gewesen sein, daß der Ort, den sie sich als Auferstehungsobjekt ausgesucht hatten, einmütig mit der angeblich nicht vorhandenen KPD. verwachsen ist. Komisch wirkte es, als Baums Pikkolo im Saal die Ecke des Fenstervorhanges lüftete, um die aufmarschierende rote Front zu zählen. Lieber Baum, Dir sei gesagt, daß die Gauleitung nur wenige Ortsgruppen beordert hatte. Freund Baum, wir werden Dir an dieser Stelle Aufklärung geben, denn Du bist gewaltig auf die Leimrute gelockt worden. Hättest Du beim Wetzhakt die Worte der Frau Bauvereinsvorsitzenden der GmbH. gehört, so wäre Dir ein Talglicht aufgegangen. Ganz erstaunt war die Dame, als Kamerad Dietrich den Auferstehungsbrief im Original verlas, die Wahrheit erfährt man nur durch eine geifernde Dame. Warum der Herr Vorsitzende sich plötzlich schwarzrotgold anstreicht, können wir verstehen, wohnt er doch jetzt komfortabel. Bedauerlich ist es, daß er, der ehemals mit arbeitslos war und ebenfalls mit stempeln ging, dies alles vergessen hat. Seine Nachbarn wollen wir vorläufig nicht abmalen. Freund Baum, wenn Du auf solchen Leim kriechst, bedauern wir Dich. Wir rufen Dir an dieser Stelle zu: **Die KPD. und der RFB. leben in Petersroda.** Dein Leichnam der SPD. ist begraben und wird in Petersroda nicht mehr auferstehen. Hier herrscht **Rot,** nicht Schwarzrotgelb.

Die junge Ortsgruppe des RFB. Petersroda hat eine Etappe erreicht. Die neue Fahne wurde am Sonntag geweiht. Schon am Sonnabend war die Bevölkerung in Erregung, denn die RFB.-Kapelle Bitterfeld war erschienen, um den Fackelzug mit Kommers und Werbeabend zu verschönern.

Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt und an Darbietungen fehlte es nicht. Der Turn- und Sportverein TSV., der Radfahrerverein „Solidarität" Petersroda halfen den Abend ausschmücken. Bedauerlich ist es, daß der Arbeiter-Gesangverein stets eine ablehnende Haltung einnimmt. Der Sonntag begann trotz Regens mit dem programmäßigen Wecken. Auf dem „Roten Platz" wurde die rote Kampffahne gehißt, trotzdem der Köseblatt-Berichterstatter von einem Pleteplatz geschrieben hat. Mittags war Platzkonzert. In unserem Zickendorf Platzkonzert, noch dazu von „Rot Front", war wohl für die Spießbürger etwas ganz Neues, aber es klappte. Um 3 Uhr formierte sich der Umzug. Die Festrede hielt der Gauleiter von Jung-Front, Kamerad Dietrich, Halle. Besonders erwähnte er die SPD.-Geburt, die im anderen Lokal in dieser Stunde erwartet wurde, die aber, wie oben erwähnt, sich als Fehlgeburt erwies. Petersroda besitzt nun ein revolutionäres Kampfeszeichen.

Der Tag wurde verschönt durch Konzert, Ansprachen u. dgl. Für das Arbeiterdorf ein Ereignis! Hoffentlich werden viele Abseitsstehende davon gelernt haben, daß das Proletariat nur unter dem roten Kampfeszeichen sein Ziel erreichen kann.

Bitterfeld. „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann . . ." Eine Verhandlung vor dem hiesigen Amtsgericht entrollte wieder mal ein düsteres Bild aus dem Leben der Landarbeiter. Der Schäfer A. M. aus Zscherndorf und sein Bruder H. M. hatten sich wegen Diebstahls zu verantworten. **Der Schäfer erhielt 12 Mark Wochenlohn und im Monat einen Zentner Getreide** als Deputat. Mit diesem Hungerlohn mußte der Aermste **sich und seine Familie ernähren.** Der Mann machte Schulden. Als er gedrängt wurde, versprach er den „Gläubigern" — **8 Mark betrug die Schuld** — sein Deputatgetreide. Er brauchte es aber selbst für seine hungrige Familie. Da entschloß er sich, gemeinsam mit seinem Bruder einen Sack Hafer zu stehlen. Sie wurden erwischt und nun vom Gericht zu 70 bzw. 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Wie die beiden Proleten das Geld bei ihren Hungerlöhnen aufbringen sollen, wird wohl das Geheimnis des „weisen" Richters bleiben. Von Rechts wegen gehört der Agrarier vor Gericht, der diese armen Menschen mit ihren Hungerlöhnen alle Tage **um den Ertrag ihrer Arbeitskraft bestiehlt!** Aber, wir leben ja in einem Rechtsstaat!

Bitterfeld. Böser Bruch! Gestern abend stürzte der Arbeiter Paul Behrend in der Friedensstraße an der Leinebrücke infolge Vordergabelbruchs mit seinem Fahrrad. Er wurde von einigen jungen Leuten, da er besinnungslos war, aufgehoben und auf Veranlassung eines Schutzpolizisten zur Rathauswache gebracht. Der Arzt stellte eine Rippenverletzung an der linken Seite fest. Der Verunglückte wurde ins Kreiskrankenhaus eingeliefert. — Schadenfeuer auf Werk 3. Vorgestern entstand in einem Gebäude der Elektrochemischen Werke (J. G. Farbenindustrie A.-G., Elektron Nord 3) ein Brand durch Ueberkochen eines Apparates. Durch Eingreifen der Fabrikfeuerwehr konnte der Brand auf seinen ursprünglichen Herd beschränkt bleiben, so daß nur das Dachgeschoß und die obere Etage des Gebäudes zerstört wurden.

Wittenberg. Achtung! Heute, Freitag, den 17. Juni, 20 Uhr, in Muths großem Saal große öffentliche Versammlung. Gegen Kriegstreiberei, gegen Einkreisung Sowjet-Rußlands, für die chinesische Revolution. Erscheint in Massen!

Wittenberg. Lichtspiel-Theater. Für Freitag bis Montag ist wieder ein ganz hervorragendes Programm gewählt. Wer kennt nicht den immer lustigen Fred Thompson mit seinem Silberkönig. Jeder weiß, wo Thompson hinkommt, da gibt es ein Abenteuer zu sehen. Auch dieser Film: „Der Teufel vom Rindgrunde" ist von seltener Schönheit und spannendster Handlung. Als zweiter Schlager wird gezeigt: „Kinderseelen klagen Euch an". Ein Filmwerk, das sachlich und künstlerisch sehr trefflich behandelt. Nach der Erzählung von Paul Keller: „Die drei Ringe" ist ein stärkerer Film noch nicht dagewesen, ein Film von ungeheurer Wucht.

Proletarierkinder als Opfer des Chemietrusts!

Gesunde Kinder als Versuchskaninchen — Morphium gegen Morphiumsucht

Wo bleibt der Staatsanwalt!?

Es ist bekannt, daß die medizinisch-pharmazeutischen Erzeugnisse von den großen chemischen Fabriken hergestellt und in den Handel gebracht werden. Der größte chemische Konzern, der sich mit der Herstellung dieser Produkte beschäftigt, ist die **J.-G.-Farbenindustrie A.-G.,** der deutsche Chemietrust, der mit einem Aktienkapital von weit über eineinviertel Milliarden arbeitet. Diese Interessengemeinschaft verhindert einerseits, daß die chemischen Fabriken sich nicht zu viel Konkurrenz machen, andererseits, daß über **die üblen Geschäftspraktiken,** die von ihnen angewendet werden, allzuviel in die Oeffentlichkeit kommt.

Es ist noch viel zu wenig bekannt, mit welchen schamlosen Praktiken die chemische Industrie arbeitet, um ihre medizinischen Erzeugnisse populär zu machen. Dafür einige Beispiele:

Jedes neue Arzneimittel muß, bevor es in den Handel gebracht wird und in großem Maßstabe zur Heilung von Kranken verwendet wird, selbstverständlich erst auf seine Erfolge hin geprüft werden. Dies geschieht einerseits durch Tierversuche im Laboratorium, andererseits, wenn sich aus den Tierversuchen die Nützlichkeit bzw. Unschädlichkeit der Medikamente ergeben hat, auch an Menschen. Gegen solche Versuche, wenn sie unter Beobachtung aller nötigen Vorsichtsmaßregeln an den Kranken angestellt werden, hat niemand etwas einzuwenden. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß der Patient nach voller Kenntnis der Sachlage seine Einwilligung zur versuchsweisen Anwendung des neuen Heilmittels gibt.

Die Methoden der chemischen Fabriken, die sich der bürgerlichen Klassenmedizin im kapitalistischen Deutschland bedienen, um Erfahrungen über neue Arzneimittel zu sammeln, sind nun aber derartig, daß sie unter allen Umständen von dem gesamten Proletariat bekämpft werden müssen. Es genügt, diese Methoden an Hand einiger Beispiele, die sich im Laufe der letzten Monate ereignet haben, zu erläutern und aufzudecken. Mit Vorliebe bedient man sich

zu solchen Experimenten kranker Kinder,

da die sich ja nicht so wie Erwachsene gegen alle möglichen Eingriffe wehren können und auch die Tragweite dieser Versuche nicht übersehen. So wurde an der Wiener Universitäts-Kinderklinik das mit großem Reklamegeschrei von der J.-G.-Farben als Allheilmittel gegen die Zuckerkrankheit ausposaunte „Synthalin" ausprobiert. Das Resultat des Massenexperimentes fassen die Assistenten Dr. Priesel und Wagner folgendermaßen zusammen: „Kleine Synthalindosen sind unwirksam . . . Die größeren, auch beim Erwachsenen angewendeten Dosen führen im Kindesalter durchweg zu toxischen **(Vergiftungs-) Erscheinungen."** Ferner wird festgestellt, daß alle Kinder schwere Gesundheitsschädigungen erlitten, ohne daß ihre Zuckerkrankheit auch nur im geringsten beeinflußt worden wäre! Und dieses Mittel auch nur im geringsten beeinflußt worden wäre! Und dieses Mittel wird von der J.-G.-Farbenindustrie, die das Patent angekauft hat und demnächst mit der Massenherstellung beginnen wird, als das Heilmittel gegen Zuckerkrankheit angepriesen.

Daß diese Methoden nicht vereinzelt sind, beweist folgender, geradezu ungeheuerliche Fall:

Bei einer Scharlachepidemie im Berliner Städtischen Asyl für Obdachlose, Wiesenstraße, wurden 86 Kinder von Schnitterfamilien mit einem neuen Scharlachserum behandelt. Dieses Serum war bisher, nach den Angaben eines Amerikaners namens Dick hergestellt, in Deutschland noch nicht bekannt. Die Epidemie unter den polnischen Schnitterfamilien gab der Klassenmedizin den günstigsten Anlaß, das Mittel jetzt erst einmal an Proletarierkindern auszuprobieren, bevor es der Bourgeoisie empfohlen werden kann. Der Erfolg stellte sich denn auch prompt ein. Nach dem Bericht des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin waren nach Feststellungen, die allerdings erst am Ende der Scharlachepidemie gemacht wurden, von den 86 wegen „Scharlach" behandelten Kindern überhaupt nur 23 an Scharlach erkrankt,

während die übrigen 63 völlig gesund waren.

Trotzdem haben die Aerzte die Gewissenlosigkeit besessen, diesen 63 gesunden Kindern ebenfalls das in seinen Wirkungen bisher völlig unbekannte Scharlachserum zu impfen. Dazu ist zu bemerken, daß in Amerika **das Dicksche Scharlachserum als unzweckmäßig** und zum Teil **sogar schädlich abgelehnt** worden ist. Auch die Berichte deutscher Kinderärzte lauten über dieses, mit großem Reklamegeschrei angepriesene Mittel in den weitaus meisten Fällen **ungünstig. Trotzdem werden** sicher bei neuen Epidemien unter **Waisenkindern** usw. erneut Versuche mit dem Scharlachserum angestellt werden.

Ein besonders krasses Beispiel für die Skrupellosigkeit des Chemiekapitals, das seine Profite auf die unlauterste Art zu vergrößern trachtet, liefert der Fall des „Fumeron". Dieses Präparat wird seit 1912 als Geheimmittel (seine Zusammensetzung wurde also nicht bekannt gegeben!) und besonders wirksam gegen Morphiumsucht in den Handel gebracht. „Jeder Morphiumsüchtige von seiner Krankheit in sechs Wochen geheilt! Keine Rückfälle!" waren Schlagworte. Eine ungeheure Literatur, die fast eine Bibliothek füllen kann, bescheinigt die überraschenden Heilerfolge. Jetzt erst ist es gelungen, die chemische Zusammensetzung festzustellen. Woraus besteht das Heilmittel gegen Morphinismus? . . .

Aus — Morphium!

Da ist es natürlich kein Wunder, wenn sich die Kranken das reine Morphium bald abgewöhnen, dafür das „Fumeron" sich angewöhnen konnten. Für die herstellende Firma, die Kordia GmbH., **die der J.-G.-Farbenindustrie nahesteht,** war dieser ungeheure Schwindel natürlich ein glänzendes Geschäft! Während 100 Gramm zweiprozentige Morphiumlösung 4 Mark kosten, war der Preis für 100 Gramm „Fumeron", das bis auf den Namen **genau dasselbe** war, — 10 Mark.

Der Mehrgewinn betrug also allein schon 150 Prozent!

Solche offensichtlichen Betrügereien sind nicht etwa Einzelbeispiele, sondern an der Tagesordnung. Es macht den Chemie-Industriellen natürlich gar nichts aus, ob die Kranken dadurch geschädigt werden oder nicht. Der Profit ist maßgebend. Und das wird sich auch so lange nicht ändern, wie die **Heilung von Kranken nur ein Geschäft,** und zwar ein sehr gutes darstellt! Wir haben uns seinerzeit schon sehr gewundert, daß Prof. Dr. Curschmann bei der **Gründung des Bitterfelder Krankenhauses GmbH.** so bereitwillig Mittel seitens des J.-G.-Trusts zur Verfügung stellte. Wir glauben nunmehr eine Erklärung für diese verdächtige Menschenfreundlichkeit gefunden zu haben. Entweder wollen diese Menschenschinder ihr Gewissen beruhigen, — was wir aber bei der bekannten robusten Bauart des kapitalistischen Gewissens nicht glauben — oder will man vielleicht eine neue **Experimentierstation für die J. G. Farbenindustrie** schaffen. Die Arbeiterschaft Bitterfelds wird jedenfalls ein wachsames Auge auf diese Dinge haben. **Eine grundlegende Aenderung aber wird erst durch die soziale Revolution erreicht werden!**

Solche politischen Gestalten, wie die geschilderten, wagen sich zu erdreisten, von echten und unechten Kommunisten zu sprechen. Der Naumburger Arbeiterschaft rufen wir zu: **Wendet Euch ab von solchen Schmarotzern, seht ihnen nicht aufs Maul, sondern beobachtet ihre Taten, werft den „Zeitzer Giftboten" aus dem Hause, lest den „Klassenkampf" und reiht Euch ein in die rote Klassenfront!**

Weißenfels. Ungenaue Informationen. Am Mittwoch, dem 8. Juni, brachten wir in Nr. 132 eine Lokalnotiz unter der Ueberschrift: „Meidet bürgerliche Lokale" deren Inhalt nicht ganz aufrechterhalten werden kann, weil unserem Gewährsmann ein grobes Versehen unterlaufen ist. In der fraglichen Notiz schilderten wir die am 4. Juni, abends 10 Uhr, in der Gastwirtschaft „Kleiner Bahnhof" stattgefundene Rauferei und schrieben unter anderem, daß der Wirt an drei bereits angetrunkene junge Leute, die um 10 Uhr das Lokal betraten, weiter Bier verabfolgte und nachher als sie „laut" wurden, von der Polizei und unter Hilfenahme des Händlers Hörig entfernen ließ. Der Vorgang hat sich in der Weise abgespielt, daß der Wirt Kreßler den drei jungen Leuten unter der Bedingung Bier verabfolgte, daß die Angetrunkenen nur ein Glas bekommen sollten. Ein vollständiges Vorenthalten hätte einen Streit im Lokal gezeitigt. Da aber die Betreffenden ihr Versprechen nicht hielten und mit den Gästen Händel suchten, sogar handgreiflich wurden, wurde schließlich die Polizei gerufen. Der Händler Hörig hatte vom Wirt keine Aufforderung erhalten, die Gäste mit entfernen zu helfen. Der erste Bericht beruht auf ungenauen Informationen.

Weißenfels. In Untersuchungshaft wurde der Arbeiter Franz Lohse genommen, weil er sich an seinen Kindern unsittlich vergangen hat.

Roßleben. Gründung einer Rote-Hilfe-Ortsgruppe. Um endlich auch für unsere proletarischen Gefangenen und deren Angehörige etwas in materieller Beziehung zu tun, haben sich einige Genossen von Roßleben dahingehend verständigt, daß eine Rote-Hilfe-Ortsgruppe gegründet werden soll. Die Gründungsversammlung selbst findet am Sonnabend, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bergers Restaurant statt. Der Genosse Härtel (Halle) wird über die Aufgaben der Roten Hilfe referieren. Alle Arbeiter und Arbeiterfrauen müssen zu dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Genossen, Rote Hilfe tut not!

Zeitz. Erhängt. Gestern erhängte sich der in der Cariusstraße wohnende Bergarbeiter K. Zerrüttete Familien- und Gesundheitsverhältnisse haben ihn in den Tod getrieben. Ein Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Streckau. Zusammenkunft aller Gewerkschaftsvertreter aller am Gewerkschaftsfest beteiligten Verbände am Sonntag, dem 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Luckenau".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0010

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Baubeginn des Elster-Saale-Kanals noch in diesem Jahre

Die Verhandlungen des Sächsischen Finanzministeriums mit dem Reichsverkehrsministerium am vergangenen Montag haben insofern einen für Sachsen befriedigenden Verlauf genommen, als es nunmehr als feststehend gelten kann, daß das Reich mit Zustimmung des zuständigen Reichstagsausschusses nun den Bau des Elster-Saale-Kanals noch im Laufe dieses Jahres beginnen wird.

Delitzsch. Folgen eines Sturzes. Seinerzeit berichteten wir, daß eine Frau Menge aus Stralsund mit ihrer Tochter hier aus dem Fenster gesprungen sei. Mutter und Tochter sind jetzt an den Folgen des Sturzes gestorben.

Torgau. Wegen Amtsunterschlagung wurde ein 42 Jahre alter Steuererheber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Dronßig. Unser Gemeinde-König. Unser Ort Dronßig hat sich eine wundervolle Anlage zugelegt, welche nur die Kleinigkeit von 800 Mark kostet. Anno 1927, am 12. Juni, abends 9½ Uhr, ereignete es sich nun, daß sich ein gewöhnlicher Proletarierhund auf der Anlage, angelegt für 800 Mark, erdreistete, spazieren zu gehen. Dieses schreckliche Ereignis beobachtete der Häuptling von Dronßig durch seine Fenster. Er schickte einen seiner Krieger zur Aufnahme des Tatbestandes. Der unglückliche Besitzer des Hundes wurde zu einer Geldstrafe von 3,50 Mark verdonnert. Es ist nur schade, daß nicht noch mehr solcher gewöhnlicher Vierfüßler auf dieser wunderbaren Anlage eine Mondschein-Promenade unternehmen. Dadurch kämen die Dronßiger Spießbürger billig zu ihrer Anlage, der Prolete hat ja sowieso nichts von dem schönen Anblick. Wohlgemerkt, nur Hunden von Proletariern ist es untersagt, sich auf dem grünen Teppich zu tummeln. Wenn aber die Köter von der besseren Clique draufrumtanzen, werden zwei Augen zugedrückt, denn diese Sünde wird abends beim geselligen Beisammensein wieder beglichen. Arbeitsgenossen von Dronßig! Schaut Eurem Gemeinde- und Amtsversteher besser auf die Finger. Wählt bei der nächsten Gemeindevertreter-Wahl Genossen, die ihm scharf entgegentreten.

Glesien. Um das Kinderfest. Die letzte Sitzung des Ortskartells stand wieder vor sehr wichtigen Fragen. Der erste Punkt nahm Stellung zu einem Kinderfest. Es wurde beschlossen, wie alljährlich, ein Fest für unsere Kinder zu veranstalten, und zwar am 17. Juli. Der Beitrag pro Kind beträgt 50 Pfennig. Kinder der Erwerbslosen und Kriegshinterbliebenen zahlen nur die Hälfte. Die Anmeldung soll bis zum 20. Juni beim Genossen Krawczyk geschehen. In Anbetracht dessen kam das Kinderfest, das der bürgerliche Gesangverein am 20. Juni veranstaltet, zur Sprache. Wir können nur der Arbeiterschaft empfehlen, die Taschen zuzuhalten, denn es liegt von seiten der Arbeiterschaft kein Interesse vor, die Kinder, die unter schwarzweißroter Flagge segeln, zu sehen. Die beste Lehre hat uns das Kinderfest der Deutschen Turner im vorigen Jahr gegeben. Wir werden trotz der Schwierigkeiten auf Grund des Lokalkampfes unser Fest in einer großzügigen Weise durchführen und in einer imposanten Demonstration die Einheit der Glesiener Arbeiter zum Ausdruck bringen. Es steht fest, daß das Ortskartell allen Schwierigkeiten gewachsen ist, die uns heute von seiten des Bürgertums gemacht werden. Die Aufmärsche, die während des Lokalkampfes durchgeführt wurden, wie „Roter Tag" und „Sängerfest", waren von derartiger Wucht, daß selbst das Bürgertum zugeben muß, daß die Arbeiterschaft in Glesien eine Macht verkörpert. Mit dem Lokalkampf selbst wird sich das Ortskartell in der nächsten Sitzung eingehend befassen.

Republikaner. Die bürgerliche demokratische Presse weiß folgendes zu melden: Bei dem Empfang des Ozeanfliegers Chamberlin war auch ein Vertreter des Magistrats zugegen, der auf seinem Auto eine kleine schwarz-rot-goldene Fahe stecken hatte. Der ehrenwerte Herr hatte nichts eiligeres zu tun, als seinem Chauffeur zu befehlen, die Fahne abzuschrauben. Was auch geschah, worauf der Herr Stadtbaurat Adler von dannen fuhr. Dieser Adler war zuerst Sozialdemokrat und ist jetzt Zentrumsmann. Er muß stark republikanisch sein, daß er seine eigene Fahne nicht vertragen kann. Wie werden sich die Reichsbannerarbeiter über diesen republikanischen Helden freuen.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Warm, zunehmende Bewölkung, schon etwas Gewitterneigung.

Für das übrige Deutschland: In Norddeutschland trocken und sehr warm, West- und Süddeutschland vielfach Gewitter.

Verantwortlich: Kurt Kühn, Merseburg, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Stadtverordneten-Fraktion. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Fraktionssitzung. Die Bürgerdeputierten sind hiermit eingeladen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Böllberg-Wörmlitz. Sonntag, den 19. Juni, beteiligen sich die Parteigenossen und -genossinnen in Wörmlitz um 1 Uhr im Gasthof Rauschenbach. Am Werbetag des RFB. zu erscheinen ist Pflicht.
Zwintschöna. Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in Horns Gasthof Kompolkonferenz der Arbeitsgebiete Zwintschöna, Canena, Bruckdorf, Dieskau.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Heute abend 8 Uhr in Muths Festsälen große öffentliche Versammlung.
Wittenberg. Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Frauenkonferenz.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Roßleben. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in Bergers Restaurant Mitgliederversammlung.
Weißenfels. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung der Zellengruppe 4. Referent: Genosse Meißner.
Weißenfels. Heute abend 3 Uhr im Gewerkschaftshaus Fraktionssitzung des RFMB.
Weißenfels. Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Sitzung der Pol-Leiter der Arbeitsgebiete des Unterbezirks. Ref.: Gen. Schippa.
Weißenfels. Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, zweiter Abend des Elementarkursus.
Muschwitz. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Koch, öffentliche Volksversammlung. Referent: Gen. Krüger.
Unterröblingen. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Parteilokal Gewerkschaftskursus. Referent: BL. Es nehmen daran teil die Genossen der Gruppen Eisdorf, Teutschenthal, Wansleben, Röblingen a. S., Stedten, Schraplau.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg" allgemeine Mitgliederversammlung.
Mücheln. Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus allgemeine Mitgliederversammlung. UBL.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" 2. Kursus für Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte.
Sangerhausen. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug" zwei Stunden Elementarkursus. Sonntag, 19. Juni, daselbst zwei Stunden Elementarkursus. Referent der BL.

Unterbezirk Delitzsch

Glesien. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, b. Naue Mitgliederversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Mitteilung der Gauführung. Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, findet in Halle im „Volkspark" eine außerordentlich erweiterte Gauführungssitzung statt. Alle Gauführungsmitglieder, Untergauführer, Werbebezirksführer des Saalkreises und Abteilungsführungen von Halle müssen unbedingt daran teilnehmen. Vertreter der Bundesführung ist anwesend.

Antreten zum Abmarsch nach Böllberg

Sonntag, den 19. Jui 1927.

Abteilung 1. Antreten 12.15 Uhr mittags Roßplatz. Durch: Magdeburger Straße, Hagenstraße, Poststraße, Neue Promenade, Glauchaer Straße, Weingärtenplatz.
Abteilung 2. Antreten 12.30 Uhr mittags Johannisplatz. Durch: Liebenauer Straße, Torstraße, Weingärtenplatz.
Abteilung 3. Antreten 12.45 Uhr mittags Weingärtenplatz.
Abteilung 4. Antreten 12 Uhr mittags Wettinerplatz. Durch: Wettinerstraße, Hermannstraße, Große Wallstraße, von hier mit Abteilung 5 weiter.
Abteilung 5. Antreten 12.30 Uhr mittags Paradeplatz. Durch Bergstraße, Kleine Ulrichstraße, Oleariusstraße, Meteritzstraße, Alter Markt, Glauchaer Straße, Weingärtenplatz.
Spielleute bei den Abteilungen. Kapelle 12.45 Uhr Antreten Weingärtenplatz. Abmarsch Weingärtenplatz 1 Uhr durch Böllberger Weg. Rückkehr gegen 3 Uhr nachmittags.
Gauführung des RFB. Halle-Merseburg.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Alle Abteilungsführungen haben sofort das Werbematerial im Gaubureau abzuholen.
Halle. Abteilung 1. Heute abend 8 Uhr Sitzung aller in der KPD. organisierten Kameraden bei Lahse, Dessauer Straße.
Halle. Abteilung 1. Heute abend 9 Uhr Funktionärsitzung bei Lohse. Sämtliches Material abrechnen und abliefern.
Halle. Abteilung 2. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Mitgliederversammlung. Referent anwesend. Erscheinen aller ist Pflicht.
Halle. Geschlossener Spielmannszug. Sonntag, den 19. Juni, früh 7 Uhr, Antreten zum Werbeumzug der Arbeitersportler. Treffpunkt Steintorbrücke, Berliner Str.

Ammendorf. Sonntag, den 19. Juni, vormittags 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Antreten der gesamten Ortsgruppe zum Generalappell. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Böllberg-Wörmlitz. Sonntag, 19. Juni, vormittags 8 Uhr, tritt die Ortsgruppe in Wörmlitz, Gasthof Rauschenbach, an, zur Vorbereitung der Fahnenweihe.
Böllberg-Wörmlitz. Sonntag, den 19. Juni, 1 Uhr mittags, steht die gesamte Ortsgruppe in Wörmlitz im Gasthof Rauschenbach. Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Werbetag mit Fahnenweihe.
Nietleben. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Spielleute Instrumente mitbringen.
Wettin. Sonntag, den 19. Juni, Werbebezirksabend. Nachmittag 3 Uhr Umzug.
Hohenthurm. Sonnabend, den 18. Juni, abends 9 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Tanne", Zöberitz, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Kameraden von Niemberg und Spickendorf können den Zug von Niemberg ½9 Uhr benutzen.
Böllberg-Wörmlitz. Sonntag, den 19. Juni, 1 Uhr mittags, steht die gesamte Ortsgruppe in Wörmlitz, Gasthof Rauschenbach. Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Werbetag mit Fahnenweihe.
Oppin. Sonnabend, den 18. Juni, hält die Ortsgruppe Oppin in Ferls Gasthof einen Werbeabend ab, woran sich sämtliche Sportvereine beteiligen. Der Werbebezirk Seeben und die Ortsgruppe Hohenthurm sind freundlich eingeladen. Ref.: Müller.

Jungfront

Halle. Abteilung 2. Sonnabend, 18. Juni, abends ½8 Uhr, auf dem Johannesplatz antreten. Es ist für einen halben Tag Verpflegung mitzubringen.
Halle. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, Antreten aller Kameraden auf dem Weingärtenplatz zum Ausmarsch nach Beuchlitz. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Untergau Merseburg

Jungfront

Sonnabend, den 18. Juni, findet in Lützen die Sonnenwendfeier des KJVD. und der Roten Jungfront statt. Alle Kameraden werden aufgeordert, teilzunehmen.
Kötzschen-Beuna. Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kamerad Nowak, Kötzschen, Gartenstraße 17.

Untergau Bitterfeld

Zöberitz. Sonnabend, den 18. Juni, in Tannepöls im Lokal Goitzsche Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.
Zörbig. Spielleute vom Untergau Bitterfeld Uebungsstelle Zörbig Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Zappendorf. Sonnabend, den 18. Juni, Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung haben alle Mitglieder zu erscheinen. Bücher sind mitzubringen. Falls Nichterscheinen, schriftliche Entschuldigung beim Vorsitzenden.
Eisleben. Sonntag, den 19. Juni, Antreten des Spielmannszuges vormittags 8 Uhr, bei Kamerad Ernst, Leuschnerstraße. Erscheinen ist Pflicht.
Erdeborn. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Stern".
Oberröblingen am See. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal Henze, Unterröblingen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Untergau Weißenfels

Weißenfels, 2. Kameradschaft. Sonnabend, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.

Jungfront

Weißenfels. Sonntag, den 19. Juni, Wanderung nach Freyburg. Antreten 7 Uhr am Rosalskyweg.

Untergau Wittenberg

Jungfront

Sonnabend, den 18. Juni, findet in Annaburg die Sonnenwendfeier des KJVD. und der RJ., verbunden mit einem Aufmarsch in Annaburg, statt. Alle Kameraden müssen unbedingt daran teilnehmen. Referent: K. Helmut.

Untergau Zeitz

Theißen. Sonntag, den 19. Juni, vorm. 10 Uhr, im „Bergschlößchen" Vollversammlung. Bericht vom 3. Reichstreffen und unsere nächsten Aufgaben.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 214 73

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppenleitungsmitglieder, Jungfront-Abteilungsführer Sonnabend abend ½8 Uhr im Bureau wichtige Sitzung zur Sonnenwendfeier.
Halle. Sonntag Tagesfahrt nach Rattmannsdorf. Treffpunkt 7 Uhr Hallmarkt. Bei Regenwetter fällt die Fahrt aus.
Halle. Gruppe Nord. Sonnabend, ½8 Uhr, Wettinerplatz zur Wasserfahrt.
Halle. Gruppe Nord und Zentrum. Montag ½9 Uhr im „Volkspark" Musikübungsstunde.
Halle. Gruppe Westen. Montag, abend 8 Uhr in der Jugendherberge, wichtige Funktionärsitzung, Zehnerschaftsführer Süd, rechnet endlich ab, jeder muß zur Stelle sein.
Halle. Gruppe Zentrum. Montag abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt, wichtige Funktionärsitzung. Pflicht ist, zu erscheinen.

Halle. Gruppe Nord. Montag abend 8 Uhr im „Volkspark" wichtige Funktionärsitzung. Keiner darf fehlen.
Halle. Dienstag abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Zusammenkunft aller Mitglieder zur Vorbereitung der Sonnenwendfeier. Pflicht aller Mitglieder ist es, anwesend zu sein, Konzert darf nicht besucht werden!

Unterbezirk Mansfeld

Genossen, rüstet zur Sonnenwendfeier in Ermsleben. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.
Genossen, rüstet zur Sonnenwendfeier in Ermsleben. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.
Ermsleben. Sonntag, den 19. Juni, Arbeitsgebietskonferenz. Letzte Vorbereitungen zur Sonnenwende.
Eisleben. Sonnabend, den 18. Juni, Mitgliederversammlung.
Eisleben. Sonntag, den 19. Juni, Arbeitsgebietskonferenz.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, den 19. Juni, Tageswanderung der Stadtgruppen. Stadtgruppe 1 und 2 Rosalskyweg.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr 14

Alle Gruppenleiter müssen sich am Sonntag, dem 19. Juni, vormittags 9½ Uhr pünktlich im „Volkspark" zur Bezirkskonferenz einfinden. Die UB.-Leiter und BL.-Mitglieder treffen sich schon um 8 Uhr daselbst. BL.
Freitag, den 17. Juni, nachmittags ½6 Uhr, im Heim Besprechung der Werbewoche.
Halle. Sonnabend nachmittag ½5 Uhr sehr wichtige Funktionärbesprechung. Die säumigen Funktionäre werden hiermit aufgefordert, zu erscheinen.
Halle. Am Sonntag treffen sich alle Genossen um 9 Uhr im „Volkspark". Auch bei schlechtem Wetter. Rückkehr zu Mittag.
Sonntag, den 19. Juni, nachmittags ½2 Uhr, im Heim haben alle Pioniere mit ihren Schulkameraden zu erscheinen zwecks eines Werbeabends.
Sonntag, den 19. Juni, vormittags ½10 Uhr, im „Burgschlößchen" alle Spielleute vom JSB. haben da zu erscheinen. Wer nicht erscheint, dem wird das Instrument abgenommen. Pioniere, erscheint alle pünktlich, damit unsere Werbewoche etwas Ordentliches wird.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Adresse der Gauleitung des RFMB. Halle-Merseburg: Aenne Schumann, Halle a. S., Sternstraße 1 pt., bei Lichtenstein.
Bureauzeit der Gauleitung ist wie folgt: Von Montag bis Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.
Weißenfels. Außerordentliche wichtige Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referentin: Genossin Frieda Lehmann, Halle. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erforderlich.
Hohenthurm. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 19. Juni, nachm. 3 Uhr, bei der Gen. Gratias. Referentin: Gen. Frieda Lehmann, Halle.
Allen Genossinnen hiermit zur Kenntnis, daß das Bureau der Gauleitung am Sonnabend und Montag geschlossen ist.
An alle Ortsgruppen! Alle Ortsgruppenkassiererinnen werden ersucht, im Laufe des Monats Juni bestimmt die rückständigen Abrechnungen vorzunehmen, da die Gauleitung im Monat Juni größere Ausgaben machen mußte und daher das Geld dringend benötigt wird.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Roßleben. Gründungsversammlung der Roten Hilfe am Sonnabend, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bergers Restaurant. Alle Genossinnen, Genossen und mit der Roten Hilfe Sympathisierende sind zu dieser Versammlung eingeladen. Vortrag: Die Aufgaben der Roten Hilfe. Referent: Gen. Otto Härtel, Halle.
Warenbruck. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof. Alle Genossen müssen zu dieser wichtigen Versammlung. Referent: Genosse Otto Härtel, Halle.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Delitzsch. Heute, Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" wichtige Mitgliederversammlung.
Halle. Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark" Landeskonferenz. Die korporativ angeschlossenen Betriebe und Belegschaften müssen Vertreter entsenden.

Ihr Aussehen ist reizend! —

aber am glücklichsten stimmt Ihr edles Inneres. Suchen Sie die Bekanntschaft, die mit soviel Schönheit einen so trefflichen Kern vereint, proben und rauchen Sie nur LESSING-*Mussaf* die neue 4 Pf. Zigarette!

Mussaf

4 Pfg

Wer ihre Reize genossen, wird ihr immer treu verbunden bleiben, denn LESSING MUSSAF hält noch mehr als sie verspricht, sie ist unnachahmlich, milde, süß und duftig! Darum raucht der Feinschmecker nur LESSING MUSSAF.

ZIGARETTENFABRIK LESSING & CO / FRANKFURT AM MAIN / GEGR. 1898

Vertretung und Fabriklager: Kurt Gebhardt, Halle a. d. S., Ankerstraße 3. Fernsprecher 255 59

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0011

Zur Dirne gestempelt

Der Prozeß Kolomak (Machan) — („Vom Leben getötet")

Sonderbericht aus dem Großen Schöffengericht Bremen

Bremen, 15. Juni.

Der große Schwurgerichtssaal in Bremen bietet ein ungewöhnliches Bild. An langen Tischen haben mehr als 20 Pressevertreter Platz genommen insbesondere sind die am ganzen Reiche Platz genommen insbesondere sind die Berliner Blätter fast restlos durch Berichterstatter und Zeichner vertreten. Die Behörden sind durch Regierungsrat Dr. Pott, Dr. Paetow und den früheren Leiter des Medizinalamtes Prof. Dr. Tjaden vertreten.

Für die Polizeidirektion sind die Bürgerschaftsstenographen mit einem Stenogramm der Verhandlungen beauftragt. Der Zuhörerraum ist überfüllt; ferner ist der frühere Polizeiarzt Dr. med. Dreuw und einige Fürsorgerinnen erschienen. Beim Aufruf der geladenen Zeugen melden sich 48, einige fehlen entschuldigt oder kommen später. Die Angeklagte erscheint in Begleitung ihres Verteidigers Dr. Hertel.

Das Gericht setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Richter Dr. Wedemeyer, Beisitzer Richter Bolland, Schöffen Dr. phil. Johann Lürssen, Bauarbeiter Julius Gerke. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Dr. Drechsler.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses vom 18. Mai, in welchem der Angeklagten, Frau Elisabeth Kolomak, geborene Scholz, zum Vorwurf gemacht wird, sich durch zwei selbständige Handlungen der Kuppelei schuldig gemacht zu haben, beantragt der Vertreter der Anklage, die gesamte Oeffentlichkeit einschließlich der Presse auszuschließen. Er will also hinter verschlossenen Türen verhandeln und meint, er könne nicht einsehen, welches Interesse die Presse an diesem Prozeß haben könnte! Wie die tote Lisbeth Kolomak gestorben sei und über die Intimita des Buches werde in diesem Prozeß nicht verhandelt.

Der Verteidiger Dr. Hertel weist mit Recht darauf hin, daß alle Einzelheiten des Prozesses schon lange der breitesten Oeffentlichkeit bekannt seien. Die Angeklagte wolle hier ihre Ehre als Mutter und die ihrer toten Tochter in aller Oeffentlichkeit verteidigen.

Die Oeffentlichkeit ausgeschlossen

Das Gericht beschließt die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung auszuschließen, gestattet aber der Presse wyderruflich der Verhandlung beizuwohnen. Bedingung sei eine objektive Berichterstattung und keine Nennung von Namen der Zeugen.

Wir müssen es uns daher während der Prozeßdauer versagen, einige klassische Zeugen der Staatsanwaltschaft unter die Lupe zu nehmen. Feststellen aber wollen wir schon heute, daß am ersten Verhandlungstage eine ganze Reihe von Zeugen aufmarschieren, die ihre früher bei der Polizei und dem Untersuchungsrichter Dr. Warnken gemachten belastenden Auslagen wesentlich einschränken oder ganz zurücknehmen. Auf Vorhalt erklären sie, daß die Vernehmenden einen scharfen Druck auf sie ausgeübt hätten und durchaus belastende Auslagen haben wollten. Ein Zeuge sprach von schweren Drangsalierungen, die ihm der Untersuchungsrichter aussetzte.

Die Vernehmung der Frau Kolomak

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß sie die Tochter eines Schuhmachers ist. Der Vater ist tot, die Mutter lebt noch in Bremen. Die Angeklagte ist seit 1907 verheiratet und hatte außer der toten Lisbeth noch 4 Kinder. Lisbeth ist 1922 aus der Schule gekommen, besuchte dann 2 Jahre die Haushaltungsschule, arbeitete dann einige Wochen bei Heymann und Neumann. Während dieser Zeit machte sie mit einer Freundin die bekannte Reise nach Berlin. Bei der Abreise fand die Mutter einen Brief der Tochter vor, indem diese mitteilte, daß sie sich als Krankenpflegerin ausbilden lassen wolle. Eine Stelle habe sie schon. Man möge nicht nach ihr forschen, sie käme erst dann ins Elternhaus zurück, wenn sie ihren Weg gemacht habe. Es falle ihr schwer von zu Hause fortzugehen, aber ihren Vorsatz müsse sie ausführen. Es ergab sich weiter aus der Vernehmung, daß die Lisbeth und ihre Freundin in Berlin sich durchgehungert haben. In Vergnügungslokalen sind sie nicht gewesen. Auch haben sie keinen Verkehr mit Männern gehabt. Als sie in Not geraten, haben sie ihre ganzen Wertgegenstände verlegt. Und außerdem sich von einem Hausmädchen 60 000.— Mark (Inflationsgeld) geliehen. Diese Summe hat die Frau Kolomak zurückbezahlt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Lisbeth schon vor ihrer Abreise nach Berlin in Bremen mit Männern Verkehr gepflogen habe, erklärte die Angeklagte, dies sei ihr erst durch die Voruntersuchung bekannt geworden. Nach der Rückkehr aus Berlin blieb Lisbeth im Hause der Eltern und half dort in der Plätterei und Hausarbeit. Die Mutter wollte so die Tochter gegen die Vorurteile und den Klatsch der Nachbarn bewahren. Die Frau A. Abt hat Lisbeth zu Lebzeiten immer sehr gelobt und ihren idealen Charakter geschildert. Nach dem Tode der Lisbeth ist gerade die Frau Abt über dieselbe hergefallen.

Auf die Frage des Vorsitzenden an die Angeklagte, ob ihr nicht aufgefallen sei, daß mit der Tochter seit 1923 eine große Veränderung vorgefallen und daß sie in Lokalen wie „Trocadero", „Kakadu", „Astoria", „Tusculum", „Tivoli-Diele" und anderen verkehrt habe, verneint dies die Angeklagte.

„Vom Leben getötet"

Die G. M. kam am 11. Januar 1924 zum ersten Mal in das Haus der Angeklagten. Sie sei nur aus Mitleid aufgenommen worden, weil sie obdachlos gewesen sei. Lisbeth sei des öfteren mit ihr ausgegangen. Sie seien aber nie mit einem Auto vorgefahren gekommen. Die Nachbarn hätten mehr gesehen und gehört als wahr ist. Auch von den Herrenbekanntschaften habe sie (die Angeklagte) zum großen Teil erst während der Voruntersuchung Kenntnis erhalten. Ueber den „Beruf" der G. M. will die Angeklagte nicht im klaren gewesen sein. Sie hat nie geahnt, daß ihre Tochter schon Geschlechtsverkehr gehabt habe oder gar geschlechtskrank gewesen sei. Auch von angeblichen Nacktänzen ihrer Tochter im amerikanischen Konsulat habe sie nichts gewußt. Immer habe sie ihre Tochter gewarnt, das sei doch eine selbstverständliche Pflicht jeder Mutter. Angeklagte bestreitet entschieden, jemals von ihrer Tochter Geld (Dollar) bekommen zu haben. Ebenso entschieden bestreitet die Angeklagte, von der G. M. Geld bekommen zu haben.

Als der Vorsitzende der Angeklagten vorhält, daß die G. M. in der Voruntersuchung dies behauptet habe, ferner gesagt hat, daß die Angeklagte sogar die Geldtaschen der Mädchen revidierte, springt die Angeklagte erregt auf und sagt, das ist eine bewußte Lüge. Ebenso unwahr sei es, daß ein betrunkener Holländer in der Wohnung gewesen sei.

Vorsitzender: Und wenn G. M. dies hier beschwört?

Angeklagte: Dann lügt sie bewußt!

Vorsitzender: Als Ihre Tochter und G. M. aus Aendorf zurückkamen, sollen Sie gesagt haben: „Habt ihr denn kein Geld mitgebracht? Dann müßt ihr auf einer Bank schlafen."

Angeklagte: Das ist eine infame Lüge!

Vorsitzender: Wie kamen Sie dazu, das Buch „Vom Leben getötet" im Namen der Tochter zu schreiben?

Angeklagte: Ich habe das Buch im tiefsten Seelenschmerz über den Tod meiner Tochter und in größter Zerrissenheit geschrieben. So wie ich meine Tochter kannte und im Gedächtnis hatte. Die darin erwähnten Tatsachen habe ich zum Teil aus den Erzählungen meiner Tochter und der anderen Mädchen im Krankenhause rekonstruiert. Zu Lebzeiten habe ich und mein Mann unsere Lisbeth oft gezüchtigt, wenn sie spät nach Hause kam. Das wird selbst die Frau Abt bezeugen müssen. Es ist das Gegenteil von dem, was diese in den „Bremer Nachrichten" und ihrer Broschüre geschrieben hat.

Der Verteidiger Dr. Hertel legt zum Beweise dessen, daß einzelne Teile des Buches von der Lisbeth Kolomak selbst geschrieben sind, einen Originalaufsatz der Lisbeth vor, in dem diese in prachtvoller Weise über Mutterliebe schreibt. Darin heißt es u. a.: daß die Mutter (Angeklagte) ihr Kind gut erzogen hat und ihm den Pfad der Tugend wies. Die Angeklagte bestätigt auf die Frage, daß die G. des öfteren mit der Lisbeth in einem Bett geschlafen hat. Sie mußten, um in das Schlafzimmer zu gelangen, durch das Schlafzimmer der Eltern gehen.

Beweisaufnahme

Als erster Zeuge wird ein 67jähriger Tanzlehrer vernommen. Er hat früher in der Nachbarschaft der Angeklagten gewohnt und ist mit deren Mann des öfteren zum Fischen gegangen. Er verkehrt seit fast 19 Jahren im Hause der Angeklagten. Er hat nie beobachtet, daß die Lisbeth Verkehr mit Herrn gehabt hatte oder daß die Familie besonders gut lebte. Er hat den Eindruck, daß die Eltern die Lisbeth sehr gut erzogen haben. Von übermäßigem Aufwand könne durchaus nicht die Rede sein.

Die nächste Zeugin war mit der Lisbeth 2 Jahre in der Handelsschule. Dieselbe ist heute der Fürsorge überwiesen. Diese soll Lisbeth einmal erzählt haben, sie ginge des öfteren zu einem älteren Papierwarenhändler in Bremen, der sie unanständig anfasse und dafür Geld schenke.

Verteidiger Dr. Hertel: Es ist sehr auffällig, daß zwei Schulkinder zu einem älteren Manne ins Haus gehen sollen, um dort unsittliche Handlungen an sich vollführen zu lassen. Er stellt den Antrag, diesen Mann als Zeugen zu laden, da die Angeklagte sich dies nicht gefallen lassen könne, wenn es wahr sei und gegen den Mann Strafantrag stellen werde. (Wenn dieser Mann der Staatsanwaltschaft bekannt ist, warum hat sie nicht von sich heraus Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen erhoben. Die Redaktion.)

Der nächste Zeuge kennt die Kolomak seit 1916 und schränkt seine in der Voruntersuchung gemachten belastenden Aussagen wesentlich ein. Er lobt die Angeklagte und ihren Ehemann und gibt auf die Fragen der Verteidigung an, die Polizei wollte durchaus was Schlechtes hören über Lisbeth Kolomak und ihre Mutter. Man habe ihm nachgesagt, daß er im Hause Kolomak sein ganzes Geld gelassen habe, und mit der Angeklagten in ungesetzlichen Beziehungen gestanden hätte. Auch hiernach habe ihn die Polizei gefragt. An der ganzen Behauptung sei auch nicht ein Wort wahr. Die Polizei habe es aber geglaubt.

Ein Zeuge fand die Angeklagte nach dem Tode der Lisbeth eines Tages bewußtlos auf der Straße, weil sie infolge der Anwürfe der Nachbarn, die sie bis aufs Blut peinigten, ohnmächtig geworden war.

Die 12jährige Lisbeth

Der nächste Zeuge, ein früherer Kaufmann, jetzt auch Polizeibeamter, erzählt mit dem Brustton innerster Ueberzeugung, daß die Lisbeth als Schulkind sehr oft bei ihm im Hause verkehrt habe. Dieser Verkehr wurde aber auf Wunsch der Ehefrau des Zeugen abgebrochen, weil die Lisbeth sich auf den Schoß des Zeugen setzte. (Schrecklich, hoffentlich hat der Zeuge keinen Schaden an seiner Seele genommen!) Einmal soll die Lisbeth ihm erzählt haben, daß ein Logismann sie unsittlich angefaßt habe. Auf die Frage des Verteidigers, warum er denn, wenn es wahr sei, damals diesen Fall nicht angezeigt habe, es wäre doch seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, bleibt der Zeuge die Antwort schuldig, trotzdem er sonst so redselig war. Wir müssen nur feststellen, daß er zu den Nachbarn zählt, die mit der Familie Kolomak verfeindet sind. Die Angeklagte warf ihm sogar vor, daß er den Ehemann Kolomak zu einer falschen Auslage vor Gericht verleiten wolle. Die Ehefrau dieses Zeugen hatte den Eindruck, daß Lisbeth sehr aufdringlich zu ihrem Mann gewesen sei. (Man bedenke, Lisbeth war damals noch keine 12 Jahre alt.)

Keine Dirne

Der nächste Zeuge ist der im Buche genannte Gerd. Er hat die Lisbeth etwa 14 Tage vor ihrer Ueberbringung ins Krankenhaus im „Atlantik" oder „Astoria" kennen gelernt. Beide hatten sich lieb gewonnen, und Lisbeth hat sich ihm einmal in der Wohnung des Zeugen hingegeben. Er hat nie den Eindruck gehabt, daß Lisbeth ein Straßenmädchen war. Er ist nie im Hause Kolomak gewesen. Als der Zeuge nach Leipzig verreiste, stellte er fort fest, daß er mit Syphilis angesteckt war. Er führte diese Ansteckung auf den Verkehr mit der Lisbeth zurück. Nach dem Tode der Lisbeth schrieb die Mutter derselben dem Zeugen einen Brief und bat um einen Besuch. Hierbei war die Mutter sehr überrascht, daß Lisbeth mit dem Zeugen intim verkehrt hatte und geschlechtskrank war. Die Mutter meinte bei dem Besuch sehr. Lisbeth hatte einen sehr guten Charakter und hat von ihrer Mutter immer sehr gut gesprochen. (Die Angeklagte bricht in heftiges Weinen aus.) Nie habe Lisbeth direkt oder indirekt Geld von dem Zeugen verlangt. Vor seiner Abreise nach Leipzig habe er Lisbeth 50 Mark direkt aufgedrängt, damit sie in seiner Abwesenheit ab und zu einmal ein Cafe besuchen könne. Auch dieser Zeuge erklärt, der Untersuchungsrichter habe ihn sehr beeinflußt. In dem Protokoll wurde alles recht kraß geschildert, sodaß er (Zeuge) mehrmals Aenderungen vornehmen mußte. Er könne der Lisbeth nichts Schlechtes nachsagen, trotzdem er der Meinung wäre, von ihr angesteckt zu sein. Wenn einer daher Ursache hätte, Schlechtes über die Verstorbene zu sagen, dann hätte er Ursache dazu. Er könne es aber nicht, da sie ein durchaus anständiges Mädchen gewesen sei.

Der nächste Zeuge U. L. hat Lisbeth in der „Tivoli-Diele" kennen und lieben gelernt. Auch er bestätigt, daß Lisbeth ein sehr gutes Mädchen war, die man gern haben mußte. Zeuge sagt, es hat kein Mensch ein Recht, in unser damaliges Verhältnis etwas drein zu reden. Wir haben uns lieb gehabt. Nie habe ich der Lisbeth Geld gegeben, wohl aber einmal ein Kleid und etwas Wäsche, und die mußte ich ihr noch aufdrängen.

Eigenartige Untersuchungsmethoden

Verteidiger Dr. Hertel: Hatten Sie den Eindruck, daß die Polizei etwas Schlechtes über Lisbeth oder die Angeklagte von Ihnen hören wollte?

Zeuge: Der Untersuchungsrichter Dr. Warnken sagte zu mir über meine günstige aber wahre Auslage, daß sie im Gegensatz zu der aller anderen Zeugen stände. Der Zeuge glaubt nicht, daß die Angeklagte von seinem Geschlechtsverkehr mit der Tochter gewußt habe. Auch er ist nie im Hause der Kolomak gewesen. Die Zeugin G. wohnt gegenüber der Angeklagten. Sie hat nie Schlechtes gesehen oder Unanständiges gehört.

Vorsitzender: In der Voruntersuchung haben Sie sich aber doch gewundert darüber, daß Lisbeth einmal Motorrad gefahren ist.

Zeugin: Der Untersuchungsrichter fragte mich soviel: Haben Sie sich denn gar nicht gewundert darüber, daß ich Schlechtes sagen habe. Der Richter zwang einem ja alles auf!

Vorsitzender: Mir scheint so, als wollten Sie heute nicht alles sagen, was Sie wissen.

Die Zeugin Sch. hatte die Tochter Grete der Angeklagten als Schulkind 3 Jahre im Hause. Sie ist jetzt bei ihr als Hausmädchen tätig. Grete ist ein sehr nett erzogenes Mädchen und spricht nur in den besten Ausdrücken über ihre Mutter und ihre tote Schwester. Diesen Eindruck hat die Zeugin von der Angeklagten auch.

Ziege als Silberfuchs

Die nächste Zeugin, eine Frau E., wohnt seit 6 Jahren neben Kolomaks. Sie hat mit diesen aber keinen näheren Verkehr und ist die Freundin der erbittertsten Feindin der Angeklagten. Sie behauptet im Gegensatz zu den bisher vernommenen Zeugen, daß die Lisbeth Kolomak sogar einen Silberfuchspelz getragen habe und Lackschuhe dazu hatte. Bei dieser Gelegenheit zeigt der Verteidiger einen ganz schäbigen gefärbten Ziegenpelz vor, der fälschlich als Silberfuchs von der Zeugin angesehen wurde. Die Lackschuhe entpuppten sich als ganz gewöhnliche schwarze Hausschuhe. Die gesamte Presse und die meisten der übrigen im Gericht anwesenden Personen können ein stilles Lächeln nicht unterdrücken.

Anpfiff der Presse

Das gibt dem Vorsitzenden Anlaß, in scharfen Worten die Pressevertreter anzufahren und ihnen zu sagen, daß er, sollte sich der Vorfall noch einmal wiederholen, die gesamten Pressevertreter von der Verhandlung ausschließen werde. (!) Die Verhandlung fände nicht für die Presse statt, sondern der Gerechtigkeit wegen!!! (In der Mittagspause wurde dieses unberechtigte Vorgehen des Vorsitzenden von allen Pressevertretern aller Parteirichtungen aufs schärfste zurückgewiesen. Ein gemeinsames Protestschreiben an den Vorsitzenden soll ihm am Donnerstag überreicht werden.) Nach diesem Intermezzo fand eine Mittagspause bis 4 Uhr statt.

Amüsement der Bourgeoisie

Die nächste Zeugin hat im Jahre 1923 wegen Verdachts der Unzucht von der Polizei eine Verwarnung erhalten. Sie lernte Lisbeth im „Kakadu" oder „Tivoli" kennen. Lisbeth hatte zuerst keinen „Freund", später aber den amerikanischen Köppen Reinsch und sei mit diesem des öfteren in das amerikanische Konsulat gegangen. Ob es dort zu Geschlechtsverkehr gekommen sei, wisse sie nicht, wohl aber habe der Köppen einmal 50 Dollar hergegeben, die sich die Zeugin mit der Lisbeth teilte. Für dieses Geld soll die Angeklagte an einem der nächsten Tage für die Lisbeth einen Mantel gekauft haben. Dies bestreitet die Angeklagte entschieden und behauptet der Mantel sei von ihrem Gelde gekauft. Die Zeugin behauptet ferner, daß die Lisbeth mit ihr und noch einem anderen Mädel einmal in die Privatwohnung eines Herrn S. gegangen seien. Die Herren seien alle angetrunken gewesen. Sie hätten Lisbeth gezwungen sich nackend auszuziehen und auf dem Tisch zu tanzen. Hierfür habe Lisbeth eine Garnitur Wäsche bekommen. Zum Geschlechtsverkehr sei es dort nicht gekommen. Die Angeklagte weiß von diesem Vorfall nichts und erklärt, hätte sie davon die geringste Ahnung gehabt, hätte sie Anzeige erstattet. Im übrigen habe die Zeugin ihr 2 Ringe gestohlen und davon erst einen zurückgeliefert. Die Zeugin verwickelt sich in lebhafte Widersprüche. Der Verteidiger Dr. Hertel benennt den früheren Polizeiarzt Dr. med. Dreuw als Zeugen und Sachverständigen dafür, daß die Auslagen von Prostituierten äußerst vorsichtig zu bewerten seien. Ueber diesen Beweisantrag, sowie verschiedene andere wird später Gerichtsbeschluß verkündet werden. Die nächsten Zeugen waren bei dieser schamlosen Tat angetrunkener Männer aus gut bürgerlichen Kreise zugegen, wissen aber nicht, ob Lisbeth Kolomak diejenige war, welche sich auszog und nackend tanzte.

Eine harmlose Autofahrt

Ein Fabrikant und ein Dentist wollten eines Tages ihr neues Auto einfahren. Sie trafen Lisbeth Kolomak mit ihrer Freundin auf der Straße und da sie sie näher kannten, nahmen sie die Mädchen zur Autofahrt mit. Sie bestreiten, daß es hierbei zu Zärtlichkeiten oder zum Geschlechtsverkehr gekommen sei. Als ihnen vorgehalten wird, daß ihre früheren Auslagen wesentlich belastender für die Angeklagte gewesen seien, sagen die Zeugen, daß die belastenden Auslagen im Polizeiprotokoll falsch aufgenommen worden sind.

Verteidiger Dr. Hertel weist auf das eigentümliche dieser Tatsache hin, worauf der Staatsanwalt Dr. Drechsler den Beweisantrag stellt, den Untersuchungsrichter als Zeugen dafür zu laden, daß die Protokolle völlig einwandfrei zustande gekommen sind.

Ein Bademeister ist mit Lisbeth einmal zum „Korso" gegangen. Es sei überhaupt nichts passiert. Nie sei er in der Wohnung der Kolomak gewesen. Wenn die Kronzeugin der Staatsanwaltschaft dies behaupte, werde er gegen diese Strafantrag wegen Beleidigung stellen.

Der Staatsanwalt kann es sich nicht verkneifen den Zeugen zu fragen, ob er in Ehescheidung lebe. (Gehört diese Frage auch dazu, um die Schuld der Angeklagten zu beweisen?)

Verteidiger Dr. Hertel: Haben Sie sich nicht über die Vernehmungsmethoden des Untersuchungsrichters beschwert?

Drangsalierungen

Zeuge: Jawohl! Der Untersuchungsrichter hat mich schwer drangsaliert. Er hat mich angeschnauzt: „Sagen Sie die Wahrheit, Sie haben Lisbeth im Arm gehabt und geliebkost!" Diese Behauptung ist unwahr und deshalb habe ich dagegen angestritten. Auch bei der Polizei sagte man mir, ich hätte mit der Lisbeth eine Liebelei gehabt und deshalb der Familie Kolomak Backwaren umsonst geliefert. Auch diese Behauptung ist nicht wahr.

Die Verteidigung stellt den Vertagungsantrag, um den Kaptän zu laden, zum Beweis dafür, daß er mit der Lisbeth nie Geschlechtsverkehr gepflogen habe. Auch über diesen Antrag soll noch entschieden werden.

Einige andere Zeuginnen hatten den Eindruck, daß die Lisbeth durch die Kronzeugin der Staatsanwaltschaft auf die „Rolltarre" gebracht worden sei. Die Angeklagte habe ihrer Tochter immer gesagt, sie solle anständig sein. In Gegenwart der Zeuginnen ist dieses die Angeklagte auch immer gewesen. Die eine Zeugin bestätigt, daß auch sie von der Kriminalpolizei sehr schroff behandelt worden ist. Man hat ihr erzählt, daß sie diejenige gewesen sein solle, die nach dem Buche „Vom Leben getötet" die verstorbene Lisbeth verführt habe. Diese Behauptung ist völlig unwahr. Davon steht im Buche kein Wort drin.

Der letzte Zeuge hat die Lisbeth auf dem Freimarkt 1923 kennen gelernt. Er hatte von ihr den allerbesten Eindruck und wurde erst später irre, als er sie mit anderen Mädchen zusammen sah. Geld hat er der Lisbeth nie gegeben.

Um 1/28 Uhr wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 8 Uhr vertagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270617-17/fragment/page=0012